

SCHRIFTEN ZUR GEOPOLITIK

Eine neue Schriftenreihe.

*In ihr werden selbständig bedeutsame Aufsätze
und Aufsatzreihen der Zeitschrift für Geopolitik, meist
in erweiterter Form, als Broschüren veröffentlicht.*

Bisher erschienen:

J. THIES: Geopolitik in der Volksschule

Eine methodische Einführung zur nationalpolitischen Erziehung der deutschen Jugend. Mit 6 Abbildungen M 1.50

**ALBRECHT HAUSHOFER: Zur Problematik des
Raumbegriffs M -.60**

**KARL HAUSHOFER: Rückblick und Vorschau
auf das geopolitische Kartenwesen**

Mit 18 Abbildungen M -.60

Monokultur / Das Verhängnis der Einseitigkeit

Herausgegeben von Karl Haushofer M 2.-

Mit 3 Abbildungen



BERLIN-GRUNEWALD

KURT VOWINCKEL VERLAG / G. m. b. H.

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., Honorarprofessor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480444

Unter ständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Privatdozent Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinkel, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83
Fernsprecher: H 1, Pfalzburg 2234

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

X. JAHRGANG / HEFT 2 / FEBRUAR 1933

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Jurij Semjonow: Die geographischen Leitlinien des Fünfjahresplans</i>	65
<i>Karl Helbig: Bevölkerungsprobleme von Niederländisch-Indien</i>	76
<i>Walter Kintzel: Deutsche und japanische Siedlung in Brasilien</i>	81

BERICHTE

<i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	83
<i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	89
<i>Albrecht Haushofer: Die ländliche Entvölkerung in Großbritannien</i>	98

GRUNDFRAGEN

<i>Zum Fragenkreis der Verstädterung</i>	100
<i>Friedrich Burgdörfer: Stadt oder Land?</i>	105
<i>Elisabeth Pfeil: Die deutschen Juden als Beispiel für das Aussterben bei Verstädterung</i>	113
<i>Hans Harmsen: Verstädterung und Entvölkerung Frankreichs</i>	117
<i>Das bevölkerungspolitische Programm Mussolinis</i>	123

LITERATURBERICHTE

<i>Karl Haushofer: Literatur zum Auslandsdeutschum</i>	126
<i>Albrecht Haushofer: Literaturbericht aus der atlantischen Welt</i>	126

Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzelnen M. 2.— / Jahrgang mit Register M. 22.—

Österreich: Vierteljahr ö. Sch. 10.—, Ausland (portofrei): Jährlich RM 23.—

Gebunden (3 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM 0.90 / Inhalts-

verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag G. m. b. H. / BERLIN 18769 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

AN SCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Friedrich *Burgdörfer*, Direktor am Statistischen Reichsamt, Berlin W 15, Kurfürstendamm 194 —
Dr. med. et phil. Hans *Harmsen*, Berlin-Dahlem, Humboldtstr. 15 — Dr. Albrecht *Haushofer*, Generalsekretär
der Gesellschaft für Erdkunde, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl *Haushofer*, Gen.-Major a. D.,
Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Karl *Helbig*, Hamburg 13,
Reutzelstr. 11² — Walter *Kintzel*, São Paulo (Brasilien), Rua Guayanas 49 — Dr. Elisabeth *Pfeil*, Berlin-
Grünwald, Beymestr. 28—30 — Dr. Jurij *Semjonow*, Berlin W 30, Geisbergstr. 34.

**KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

JURIJ SEMJONOW:

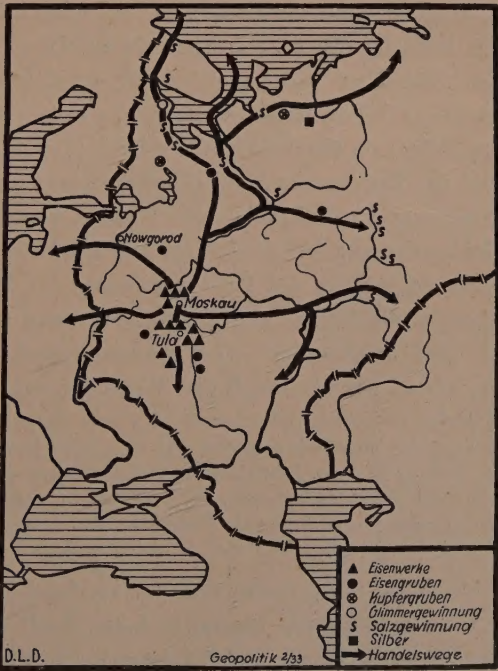
Die geographischen Leitlinien des Fünfjahresplans

Die allgemein üblichen Versuche, über das „Gelingen“ oder „Mißlingen“ des Fünfjahresplans ein Urteil zu fällen, gehen von einer durchaus falschen Vorstellung dieses Planes als einer in die Wirtschaft der Sowjetunion von außen hineingetragenen, einmaligen und feststehenden Größe aus. Aus dieser Einstellung heraus kann man weder die Bedeutung des Planes in seiner historisch-geographischen Gültigkeit verstehen, noch ihn als Aufbaumethode einer einheitlichen Wirtschaft würdigen. Ebenso wie die Revolution selbst, die ihn hervorgebracht hat, kann der Plan nur dialektisch aufgefaßt werden — in seiner Dynamik, als eine Synthese aller ihn bestimmenden Faktoren, als ein gegenwärtiges Glied zwischen Vergangenheit und Zukunft.

*

Zunächst: Auf welcher Grundlage, mit welchem vorhandenen Material wurde der Fünfjahresplan aufgebaut? Einerseits stellt er ein Ergebnis neuer Ideen dar und verkörpert festumrissene, in die Zukunft gerichtete Ziele. Seine Urheber wollten sich auf keinen Fall an irgendwelche geschichtliche Traditionen halten. Andererseits war man jedoch gezwungen, ihn einer aus der Vergangenheit übernommenen wirtschaftlichen und geographischen Grundlage anzupassen. Betrachtet man den Entwicklungsgang der russischen Wirtschaft im Laufe der vergangenen Jahrhunderte, gewahrt man einen viel größeren Zusammenhang zwischen dem Fünfjahresplan und der früheren Entwicklung als man glauben sollte: dieser Zusammenhang ist durch die geographischen Verhältnisse gegeben; sie haben sowohl die Standortbildung der Industrie, wie auch die Richtungen des Warenaustausches geschichtlich bedingt.

Die mongolischen Eroberer des 12—13. Jahrhunderts bewegten sich



I. Moskauer Staat am Ende des 16. Jahrhunderts.

auf dem eurasiatischen Raum von Osten nach Westen, indem sie sich auf die metallische Basis Sibiriens (wahrscheinlich Altai) stützten — den Sitz der damaligen „Rüstungsindustrie“. Die spätere Gegenbewegung von Moskau aus richtet sich von Osten nach Westen und stützte sich auf die metallische Basis des russischen Zentrums (Eisenerze des Tula-Gebiets) und des Nordens (Eisen und Kupfer der Gebiete um den Onegasee, das Dwina- und Petschorabassin) (s. Karte I) (1). Die Überreste des mongolisch-tatarischen Druckes wurden erst im Laufe des 18. Jahrhunderts abgeschüttelt. Um diese Zeit findet Rußland eine neue industrielle Basis am Ural (Eisen und Kupfer) und Vorräte von Nichteisenmetallen am Altai (Kupfer, Gold, Silber) (Karte II). Peter der Große versuchte eine „moderne“ Industrie in dem Gebiet um den Onegasee zu gründen. Jedoch mißglückte dieser Versuch, und erst in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts entsteht dort mit Hilfe von ausländischem Kapital eine Eisenindustrie. Am Ural hingegen glückte ein ähnlicher Versuch in vollem Maße. Am Ende des 18. Jahrhunderts stand Rußland in bezug auf die Roheisenproduktion an erster Stelle in Europa. Damals schon, als die Entwicklung der russischen Industrie erst einsetzte, trat jene Diskrepanz in der Standortbildung in Erscheinung, die bis zum Weltkrieg anhielt: die Orientierung der verarbeitenden Industrien nach Westen und die der Montan- und Rohstoffindustrien nach Osten.

Wenn das moskowitzische Rußland seine industrielle Basis im Norden suchte, und das Rußland des 18. Jahrhunderts am Ural, so wandte es sich im 19. Jahrhundert dem Süden zu. Die Aufschließung der Donkohle um 1840, sowie des Kriwoi Rog (siebziger Jahre) hatten eine schnelle Entwicklung der südrussischen Metallindustrie zur Folge; sie überholt bald die Uralindustrie. Auch die Erschließung der Ölquellen und der Erzlager im Kaukasus führt das industrielle Gründertum nach Süden. Die Bewegung der Industrie nach Sibirien kommt zum Stillstand. Abgesehen von der Goldgewinnung bringt das 19. Jahrhundert Sibirien nur noch eine sehr unbedeutende Steigerung der Kohlegewinnung im Kusnezki- und Tscheremchowskibassin, wogegen die Silber- und Kupfergewinnung am Altai bedeutend zurückgeht. Dafür ist dies Jahrhundert aber gekennzeichnet durch den Seitensprung nach Westen, welcher durch den Weltkrieg aufgehalten wurde.

Polen (Dombrowo) lieferte in den 50er Jahren 59% der gesamten russischen Kohle, im Anfang der 90er Jahre 42,6% (2). Die baltischen Provinzen und Polen umfaßten zusammen zu Anfang des 20. Jahrhunderts ca. 25% der gesamten Textilindustrie, 23% der Papier-, 29% der Holzverarbeitungs-, 21% der Metall- und 34% der chemischen Industrie, darunter die gesamte Gummiindustrie Rußlands. Im Zentralgebiet um Moskau wurden etwa 60% der Textilindustrie, 16% der Metall- und 23,2% der Mineralverarbeitung vereinigt.

Auch im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts setzte sich der Prozeß, der im vorigen Jahrhundert begonnen hatte, fort: der Süden überflügelte weiter sowohl Dombrowo in bezug auf Förderung von Kohle, wie auch den Ural in bezug auf Eisen- und Stahlerzeugung.



II. Rußland am Ende des 17. Jahrhunderts.



III. Rußland am Ende des 18. Jahrhunderts.

Auf den Ural, der beinahe 20% des gesamten russischen Roheisens lieferte, entfielen nur 4% der verarbeitenden Industrien (ca. 11% der Metallindustrien). Auf den Süden, der 74% Roheisen lieferte, entfielen 8,4% der verarbeitenden und 22% der Metallindustrie. Das 19. Jahrhundert war demnach das Jahrhundert der russisch-europäischen Orientierung der Rohstoff- und der westlichen Orientierung der verarbeitenden Industrien. Von der gesamten Kohlenförderung entfielen auf die asiatischen Gebiete nur 6,4%, von der Roheisengewinnung etwa 2% und von den verarbeitenden Industrien 3,5%.

Wie weit diese westliche Orientierung sich auswirkte, ersieht man aus folgender Tatsache: in der hundert Kilometer breiten Zone an der westlichen Grenze, an der Ostsee und am Schwarzen Meer war ein volles Drittel der russischen Verarbeitungsindustrie konzentriert, darunter $\frac{2}{5}$ der Metallverarbeitung und $\frac{2}{3}$ der chemischen Industrie! Dies alles ging Rußland im ersten Jahr des Weltkrieges verloren.

Die wachsende Erschließung durch den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts brachte endgültig die geoökonomischen und geopolitischen Grundlagen Rußlands in ihren gegensätzlichen Richtungen zum Ausdruck. Wir sahen eben die Entwicklungsrichtung der Industrie. Gleichzeitig aber verlagert sich auch das Schwergewicht der Landwirtschaft, und zwar immer mehr nach Südosten — ins Hinterwolgagebiet und nach Westsibirien. Der Strom der landwirtschaftlichen Kolonisation richtet sich nach Sibirien und Nordostturkestan.

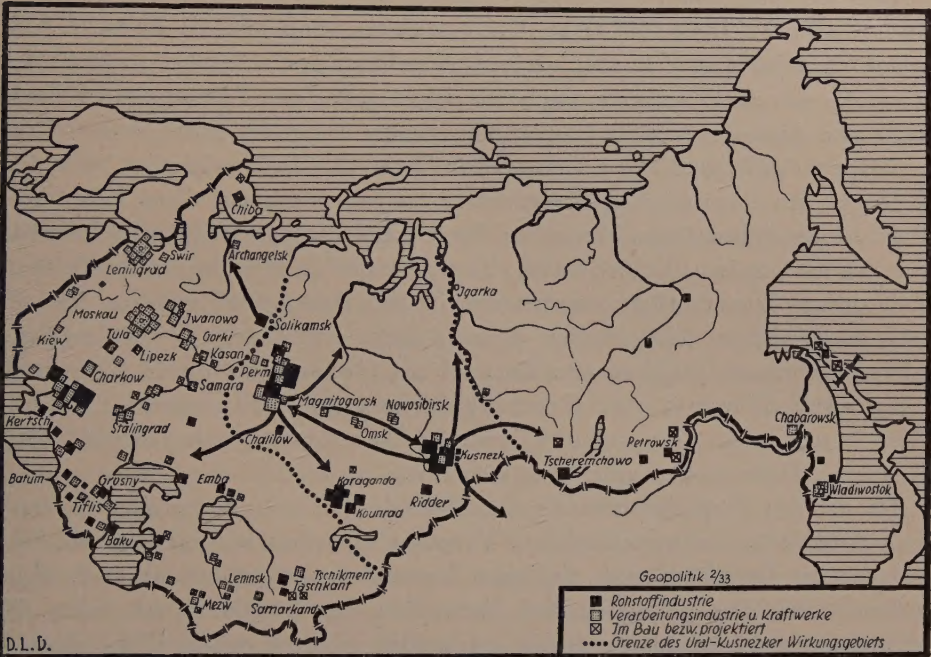
Entgegen einer vielfach verbreiteten Meinung gewinnt die russische Kolonisation erst im 19. Jahrhundert landwirtschaftlichen Charakter. Ursprünglich diente sie vorwiegend dem Handel, im 18. Jahrhundert auch schon der Industrie — damals nämlich, als Unternehmer und Abenteurer auf der Suche nach Gold, Silber, Kupfer und Erzen zum Osten zogen (3). Diesen „industriellen“ Charakter verliert sie aber wieder im 19. Jahrhundert, mit der Verlagerung der Industrieinteressen nach Süden.

Die Ausbreitung Rußlands in Mittelasien und im Kaukasus geschah vorwiegend im Interesse des Handels. Die ersten Baumwollplantagen russischer Firmen in Turkestan entstehen erst in den achtziger Jahren, und noch 1907 wurden laut offiziellen Statistiken aus Turkestan keinerlei Industrieerzeugnisse ausgeführt. In Transkaukasien beginnt die Ölgewinnung in den siebziger, der Baumwollanbau in den neunziger Jahren, jedoch noch am Ende des 19. Jahrhunderts wurden in ganz Transkaukasien, das Baku-Ölgebiet einbegriffen, nur etwa 20000 Arbeiter gezählt. Das einzige, worin sich der russische Drang nach Osten im 19. Jahrhundert kundtut, ist der Bau von Eisenbahnen. Dennoch dient auch er den Interessen des Handels und der landwirtschaftlichen Kolonisation, nicht denen der Industrie — wenn man von strategischen Zwecken einmal absieht. Die Eisenbahnen verstärken den Strom der Kolonisten; dadurch wird das Auseinanderfallen der Richtungen in der Wirtschaft nur unterstrichen. Während die Industrie sich nach Süden und Westen hin entwickelt, wächst die Bevölkerung am schnellsten im Osten. Zur Zeit der Volkszählung von 1897 betrug die gesamte Bevölkerung Rußlands auf dem heutigen Gebiet 103,8 Millionen, nach der Volkszählung von

1926 146,8 Millionen. Der durchschnittliche Zuwachs im ganzen Land beträgt somit in 30 Jahren 38,6%. Allein in Sibirien, im Fernostgebiet, in Kasakstan und Mittelasien vermehrte sich die Bevölkerung um 78%, in Transbaikalien um 138,5%, im Amurgebiet um 164,5% und im Fernostgebiet um 166% (4).

*

Der Weltkrieg brachte eine entscheidende Wendung. Durch den Verlust des Baltikums und Polens hatte sich die Bedeutung der inneren und der östlichen Industriegebiete automatisch vergrößert. Jene grundlegende Tatsache des russischen



IV. Die neuentstandenen Großbetriebe nach dem ersten Fünfjahresplan.

Wirtschaftsaufbaus: daß fast alle bedeutenden mineralischen Rohstofflager sich außerhalb des europäischen in den asiatischen Gebieten Rußlands befinden, mußte endlich zum Ausdruck kommen (5). Auf der Suche nach Rohstoffen wandte sich die russische Industrie dem Osten zu. Die verarbeitenden Industrien folgten und siedelten zum Teil nach Osten, vorwiegend nach dem Moskauer Gebiet, über — im Verlauf der berühmten „Evakuierung“ aus dem Baltikum und Polen. Diese Vorgänge wirkten auch in die erste Wiederaufbauperiode nach der Revolution hinüber. Eben in dieser Zeit vor dem ersten Fünfjahresplan beginnt die energische Erforschung der Bodenschätze, die in erster Linie nach Osten führen mußte. Von wichtigen Bodenschätzen kommt im Westen der Sowjetunion nur noch Phosphorit (in

Podolien) vor, Apatit- und Eisenerze (auf der Kolahalbinsel), das Bauxit (im Lenin-grader Gebiet) und neuentdeckte Vorräte von Eisenerzen auf der Kertschhalbinsel. Das sind Ergebnisse, die nicht ins Gewicht fallen gegenüber den ungeheueren Vorkommen von Kohle, Eisen, Buntmetallen und chemischen Rohstoffen, die in verschiedenen östlichen Gebieten der Sowjetunion entdeckt worden sind. Und dabei wurde nach der Erklärung des bedeutendsten russischen Geochemikers, A. E. Fersmann, bisher nur ein kleiner Teil der erzhaltigen Gebiete der UdSSR. geologisch erforscht.

Über die räumliche Verteilung der während des ersten Fünfjahresplanes neu-entstandenen industriellen Unternehmungen gibt die Karte IV Aufschluß. Auf ihr sind nur ganz große Unternehmungen, „Giganten“, sowohl der Rohstoff- wie der Verarbeitungsindustrie angedeutet. Zum Verständnis der Karte muß man folgendes berücksichtigen: alle Energie des ersten Planes war auf die Schaffung einer neuen schwerindustriellen Basis für die Sowjetunion gerichtet. Daher wurden Unternehmungen zunächst in Angriff genommen, die 1. industrielle Rohstoffe gewinnen (Erze, Mineralien, Baumwollplantagen usw.), 2. die Industrie mit Energie beliefern (Kohle-, Erdöl-, Torf-, Brennschiefergewinnung, Kraftstrom, insbesondere Wasserkraftstromwerke) und 3. Produktionsmittel erzeugen (Metall- und Maschinenbau, Schwerchemie, Elektrotechnik und dergl.). Vom geographischen Standpunkte aus betrachtet liefert der erste Plan nur eine rohe Skizze jener Grundtendenzen, die ihren vollen Ausdruck erst nach dem endgültigen Ausbau der verarbeitenden und leichten Industrien erhalten werden.

Da wir den Fünfjahresplan als eine Methode auffassen, deren Voraussetzung eine Kontinuität der wirtschaftlichen Vorgänge ist, haben wir zur besseren Ausprägung der Grundzüge auch diejenigen Unternehmen angeführt, die noch nicht vollendet bzw. nur projektiert sind, deren Bau aber beschlossen ist. Selbst die wichtigsten von ihnen hier auch nur aufzuzählen wäre unmöglich: allein während der ersten 3 Jahre sind 769 Werke gebaut worden (alte, die zu mehr als 80% renoviert wurden, sind dabei mitgerechnet). Wir können hier auch nicht die theoretische Auffassung des Standortproblems in der Sowjetliteratur wiedergeben; darum beschränken wir uns darauf, die Grundsätze anzuführen, welche die wirtschaftliche Praxis in der UdSSR. befolgt. Auf die Notwendigkeit, das Standortproblem auf das genaueste durchzuarbeiten, hat schon Stalin auf dem XVI. Kongreß der Kommunistischen Partei im Jahre 1930 hingewiesen. Jedoch wurden die Grundsätze der Standortbildung im Rahmen des Fünfjahresplans erst von der „Unionskonferenz zur Verteilung der produktiven Kräfte“ im April 1932 formuliert. Diese Grundsätze sind: Spezialisierung der Wirtschaftsgebiete, Kooperierung, d. h. Koordinierung der wirtschaftlichen Tätigkeit von verschiedenen Gebieten, und Kombinierung, d. h.

„vertikale“ Konzentration von Unternehmungen, die durch den Produktionsprozeß aufeinander angewiesen sind (6).

Es ist klar, daß diese Grundsätze einer wirtschaftlichen Zielsetzung auf den ganzen Zusammenhang der naturgegebenen und der sozial-ökonomischen Faktoren angewandt werden müssen. Bei aller Freiheit der Plansetzung, die durch den sozialistischen Charakter der Sowjetwirtschaft gewährleistet wird, sind hier die Tatsachen zumindest ebenso schwerwiegend wie Zielsetzung und Wille. Welchen konkreten Ausdruck haben diese Grundsätze in dem ersten Fünfjahresplan erhalten?

Als Antwort können wir nur ein ganz allgemeines und grobes Schema entwerfen. Zum Unterschied gegen Vorkriegsrußland bleibt im Westen eine Zone frei von neuen großen Unternehmungen — jedenfalls von Unternehmungen der Schwerindustrie. Zwar sind auch hier viele neue Fabriken entstanden, aber nur solche, die mit den örtlichen landwirtschaftlichen Rohstoffen und mit der Holzwirtschaft verbunden sind. Man sieht, hier hat der Naturfaktor stark mitgesprochen; denn wenn auch andere Erwägungen nicht ohne Einfluß gewesen sein mögen, so hat eben dieser Streifen sehr wenig Vorkommen an mineralischen Rohstoffen aufzuweisen. Als einziges nach Westen vorgerücktes Gebiet ist der Leningrader Rayon geblieben, wo riesige Metallbearbeitungs- und Maschinenbaufabriken, Schiffswerften, Präzisionswerkzeugfabriken u. a. m. gebaut worden sind. Hier haben sich die wirtschaftshistorischen Verhältnisse ausgewirkt: die alten Industrieherde, die Kaders der qualifizierten Arbeiter und schließlich die Bedeutung Lenins als des bestausgerüsteten und mit dem ganzen System der inneren Wasserwege verbundenen Ausfuhrhafens ziehen die verarbeitenden Industrien nach wie vor an sich. Indessen von einer „westlichen Orientierung“ des Leningrader Gebietes im alten Sinn kann kaum mehr die Rede sein. Es lag ja nicht nur im Westen Rußlands, sondern es hing vor dem Krieg auch von den ausländischen Rohstoffen und Halbfabrikaten, sowie vom Kapital und der Technik des Auslandes ab. Heute fällt diese Orientierung weg, denn der Nachdruck wird auf die Entwicklung der eigenen Rohstoff- und Energiequellen gelegt. Im Jahre 1913 wurden nach Leningrad etwa 6 Millionen Tonnen Kohle eingeführt, deren Fehlen während des Krieges die Leningrader Industrie fast lahmgelegt hat. Heute wird nur noch ein winziges Quantum Kohle importiert, dagegen die Torfgewinnung und Kraftstromerzeugung mit allen Mitteln gefördert.

Eine zweite Zone, welche die Mitte des europäischen Rußlands ganz durchquert, schließt die zwei wichtigsten industriellen Rayons ein: das russische Zentrum (Iwanow-, Moskau- und Gorkigebiet) und die Südukraine.

Das russische Zentralgebiet konzentriert in sich, ebenso wie das Leningrader Gebiet, die Bearbeitungsindustrien, hauptsächlich Metallbearbeitung, Schwer- und Leichtmaschinenbau, Holzbearbeitung, Elektrotechnik und Chemie. Hier fallen besonders die Industrien auf, die früher in Rußland gar nicht vorhanden waren, wie Auto- und Traktorenfabriken, Textilmaschinen- und Drehbänkebau, oder die sämtlich an der Ostseeküste lagen, wie die Gummi-

industrie. Neu ist auch hier die Schaffung einer eigenen energiewirtschaftlichen Basis. Die alte Diskrepanz zwischen Produktion und Energie wird durch die Entwicklung der Kraftstromversorgung sowie der Kohle- und Torfgewinnung beseitigt. Im Süd-ukrainischen Montanrevier wird die Stahl- und Eisenindustrie, die Erzeugung von Nichteisen- und leichten Metallen, im Rayon von Dnjeprostroi die Schwerchemie konzentriert. Die neuen Maschinenfabriken sind hauptsächlich in Charkow entstanden, weil die Süd-ukraine schon früher große Maschinen-, Lokomotiv- und Waggonfabriken besaß. Neue Maschinenbauanstalten sind in Rostow am Don geschaffen worden, darunter eine riesige Fabrik von landwirtschaftlichen Maschinen. Nordkaukasus erhielt vorwiegend neue Anlagen zur Gewinnung und Destillierung des Erdöls (eine neue Rohrleitung Grosny—Maikop—Tuapse und Maikop—Donbassin) und eine Anzahl von Buntmetallbetrieben. In Transkaukasien wurde die Naphthagewinnung und Destillation neu organisiert und mehrere Maschinen- und Werkzeugfabriken in Baku geschaffen, sowie der Bau eines neuen Eisenhüttenwerks in Aserbaidschan (Daschkesan) in Angriff genommen; die Kohlenförderung wurde verstärkt, neue Buntmetallbetriebe und mehrere Wasserkraftwerke gebaut. Für die UdSSR. bleibt Transkaukasien vorläufig ein Öl- und Buntmetallgebiet. In Turkestan war das Hauptaugenmerk auf das Verkehrsproblem gerichtet (Turksib, Eisenbahnen und Landstraßen örtlicher Bedeutung) sowie auf den Baumwollanbau. Große Kraftwerke sind errichtet worden, und ebenso wie in Transkaukasien wurde der Grundstein für die Textilindustrie und die Verarbeitung von Buntmetallen gelegt.

Schon aus dieser Übersicht erkennt man, daß die Hauptzweige der Verarbeitungsindustrie sich nach Osten verlagert haben. Von Westen nach Osten gehend, könnte man folgende meridionale Zonen verzeichnen: die westliche industrieloze Zone mit dem vorgerückten Leningrader Gebiet; die Jaroslawl-Rostow-Zone mit ihrer Maschinenbauindustrie sowie der Metallbearbeitung, wobei im Süden die schwarze und bunte Metallurgie und die Schwerchemie, im Norden, im Moskauer Rayon, die Elektrotechnik und die leichte Chemie überwiegen. Die dritte Zone ist durch den Wolgalauf gekennzeichnet: Maschinenbau- und Metallbearbeitung, Rohölestillation, Holzbearbeitung, alles unter starker Inanspruchnahme der neuen Wasserkraftwerke der Wolga (das Problem „Große Wolga“). Die vierte Zone bildet das Territorium des Ural-Kusnezki-Kombinats (abgekürzt: UKK.).

Das Territorium des UKK., als einheitliches Wirkungsgebiet betrachtet, umfaßt den Ural, die Baschkirische Sowjetrepublik, Westsibirien und Nordkasakstan, d. h. ein Areal von mehr als 6 Millionen Quadratkilometer Ausdehnung. Wie wenig dieses Gebiet früher entwickelt war, ersieht man daraus, daß die alten Industriegebiete der Union (Zentrum, Leningrad und Ukraine) noch 1927/28 71% der gesamten industriellen Produktion der Sowjetunion lieferten, das UKK. hingegen nur 5,3%. Dabei entfällt auf das UKK. der größte Teil der Bodenschätze der Union. Nach der Berechnung von J. A. Joffe (7) entfallen von den bereits erforschten Vorräten der Union auf das UKK. 20% Eisenerze (Ukraine 12%), 75% Kohle, 95% Kupfer, 73% Zink, 73% Blei und über die Hälfte aller Wasserkräfte. Ebenda finden sich Vorräte ausnahmslos fast aller Arten chemischer Rohstoffe wie der Buntmetalle und seltener Erden. Die Bedeutung dieses Gebietes für die Wirtschaft der UdSSR. wurde uns schon durch den Krieg und die Blockade deutlich, die schließlich die europäisch-

russische Industrie fast zum Stillstand gebracht hatten, wodurch der Anteil des Ural an der gesamten Roheisengewinnung von 19,7% 1913 auf 71% 1920, der Anteil der Kohlegewinnung in Grenzen des UKK.-Territoriums von 6,4% auf 24% anwuchs. Damit war bereits die Schwergewichtsverlegung nach dieser zweiten Montanbasis der Union vorgezeichnet. Wir können uns nicht bei Einzelheiten aufhalten. Die Aufgabe des UKK. liegt in der Überwindung des grundlegenden wirtschaftsgeographischen Mangels, der den Ural kennzeichnet: er zeigt zwar gewaltige Vorkommen aller mineralischen Rohstoffe, insbesondere hat er Eisenerze von Weltbedeutung; aber der Ural besitzt fast keine eigene Kohle — die Kohlenvorräte von Kisel sind gering und die Kohle eignet sich schwer zur Verkokung. Der Ausbau des Ural wird somit in großzügigster Weise abgestellt auf die Zusammenarbeit mit dem Kusnezsk-Kohlengebiet, das über ungeheure Lager bester Kohle verfügt. Und zwar wird die Kusnezker Kohle über rund 2000 Kilometer nach dem Ural befördert; um aber den Rücktransport nicht leerlaufen zu lassen, errichtet Kusnezsk eine eigene Eisen- und Stahlindustrie (zwei große Werke), welche zur Befriedigung Ostsibiriens beitragen soll. Am Ural sind Kombinate riesenhaften Ausmaßes geschaffen worden, die sowohl Eisen- und Buntmetallverarbeitung in sich beschließen, wie auch Kohlen- und holzchemische Betriebe, Maschinenfabriken u. a. m. Die Roheisenerzeugung innerhalb des UKK. stellte bereits im Jahre 1931 22% der Gesamtproduktion der UdSSR. und soll im Jahre 1937 50% liefern; die Kohleförderung soll 1937 55% (1931 16,1%), die Kupfergewinnung 90% und die Erzeugung von Schwerchemikalien 60% betragen.

Als natürliche Wirkungsgebiete des UKK. erscheinen in erster Linie Baschkirien und Nordkasakstan. In Baschkirien wird eine Eisen- und Stahlindustrie bei den Erzlagern von Chalilowo geschaffen. In Kasakstan haben wir bereits Buntmetallkombinate größten Stils (die alten, von Grund aus modernisierten Werke Spasski, Ridder und Kounrad), ebenso wie die Kohlengruben von Karaganda. Diese sind bereits durch eine Eisenbahnlinie mit der Transsibirischen Magistrale verbunden, wobei diese Linie nach Süden bis zum Balchasch-See weitergeführt wird und damit Anschluß an die Turksibbahn gewinnt. In dem von diesen Linien gebildeten Dreieck und weiter nach Südwesten, an den nördlichen Hängen des Tjan-Schan befinden sich ausgiebige Erz- und Öllager, an deren Ausbau bereits herangegangen ist. Dieses Gebiet wird die Grundlage für die Eigenindustrie Mittelasiens bilden. Vorläufig zählen wir zum Wirkungsgebiet des UKK. nur noch Nordkasakstan. Den Ausgang nach Nordwesten wird dem UKK. die Eisenbahnlinie von Perm durch die Waldgebiete Nordrußlands nach Archangelsk und die Murmanküste schaffen.

In Sibirien stellt die große Sibirische Eisenbahnlinie bis Transbaikalien ein unmittelbares Wirkungsgebiet des UKK. dar. Dort bildet sich ein neuer Industrierayon Enissei-Angara, der sich an das UKK. anschließt. Seine Grundlage sind das Tscherechowsker Kohlenbecken und die Wasserkräfte von Angara.

Hier soll im zweiten Jahrfünft ein Zentrum der Textilindustrie entstehen. Die sibirischen Wasserwege verbinden das UKK. mit dem gesamten Gebiet Westsibiriens und dem nördlich des Polarkreises liegenden neuen Binnenhafen Igarka, einem Knotenpunkt der sibirischen Binnenschifffahrt und des nördlichen Seeweges.

Die Entwicklung der fünften Zone — von dem Enissei nach Osten bis zur Meeresküste — hängt von der Erschließung der reichen Gold-, Erz- und Kohlengebiete ab, die längs der mandschurischen Grenze und um Wladiwostok herumliegen, sowie vom Kohle- und Erdölvorkommen auf Nordsachalin. Die ersten Schritte sind in dieser Beziehung schon getan — insbesondere auf Sachalin und bei Wladiwostok. Die geopolitische Lage des Fernostgebiets erschwert indessen seine unmittelbare Einbeziehung in das einheitliche System der Sowjetwirtschaft. Als wichtigste Aufgaben erscheinen hier nach wie vor die Entwicklung des Verkehrs und einer eigenen Verpflegungsgrundlage.

Das UKK. schafft nicht nur eine zweite metallurgische Basis der UdSSR. im Osten. Es revolutioniert im wahren Sinne des Wortes die bisherige wirtschaftliche und politische Struktur der Sowjetunion. Es umfaßt das ganze geographische Zentrum der Union von der Wolga bis zum Enissei und sogar das Zentrum des ganzen eurasiatischen Mutterlandes. Nach dreihundertjährigem Suchen nach ihrer „schweren“ Basis — im Norden, Westen und Süden — findet die eurasiatische Wirtschaft sie endlich im Osten, im Zentrum ihres Mutterlandes. Diese Orientierung unterscheidet sich von allen früheren dadurch, daß sie mit der natürlichen Lagerung der Rohstoffe, mit der Bewegung der Landwirtschaft und mit der Bevölkerungsentwicklung und der Wanderung zusammenfällt.

In der deutschen Presse wurde der Gedanke des UKK. öfters vom Standpunkte der Rentabilitätsberechnung aus kritisiert. Als problematisches Moment wurde stets die Notwendigkeit hervorgehoben, Kusnezker Kohle auf eine Entfernung von 2000 Kilometer zu den Uralerzen zu schaffen. Diese Erwägung aber gründet sich auf einen Mangel an Verständnis der geo- und ökopolitischen Probleme der Sowjetunion. Der Ural besitzt keine eigene Kohlenbasis, die für seine Bedürfnisse genügt. Wollte man bei privatkapitalistischer Rentabilitätsberechnung bleiben, so hieße das, den Ural überhaupt zum Erstarren und allmählichen Absterben verdammen, was ja auch vor der Revolution beinahe drohte. Die geoökonomischen Voraussetzungen des Ural verlangen, daß der Staat, und zwar der Sowjetstaat, dieses Problem in Angriff nimmt. Denn nur er handelt nach seiner eigenen Auffassung geopolitisch-wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit, die nicht mit dem Begriff der kapitalistischen Rentabilität zusammenfallen kann¹⁾. So

¹⁾ Die Frage der Rentabilität in der staatlichen Planwirtschaft wird später eingehender beleuchtet werden müssen.
Die Schriftleitung.

führt er Planwirtschaft in einem zeitlichen und räumlichen Maßstab durch, der sich vom Kapitalismus von Grund aus unterscheidet. (Es ist übrigens kein Zufall, daß auch die erste Blüte des Urals in der russischen Geschichte mit der Errichtung einer staatlichen Wirtschaft dort im 18. Jahrhundert zusammenfällt.) Die soziale und Nationalitätenpolitik des Sowjetstaates ist mit dem Prinzip sozialistischer Planwirtschaft harmonisch verbunden. Sie alle haben geographisch dieselbe Richtung und führen die Sowjetunion eben zu jener geo- und ökopolitischen Basis, von welcher der russische Zarismus das Land zur Zeit seiner scheinbaren Blüte abgedrängt hatte. Die Katastrophe des Weltkrieges war die Buße für solch grundlegende Fehler der Standortbildung. Alexander I. hat gesagt, daß „wir die Schlüssel zu unserem eigenen Hause in Konstantinopel suchen müssen“. Hundert Jahre lang hat man dort gesucht, ohne zu ahnen, daß sie an einer ganz anderen Stelle lagen. Die UdSSR. hat sie gefunden.

Anmerkungen

Die wirtschaftliche Entwicklung des alten Rußlands wurde, außer in früheren Arbeiten von Kulischer, Tugan-Baranowski u. a. m., insbesondere von den marxistischen Historikern M. Pokrowski, N. Roschkow u. a. beleuchtet. Ferner befaßt sich damit die bahnbrechende Monographie von Lenin über die „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“, die auch eine glänzende Charakteristik der einzelnen Gebiete enthält.

(1) Karte I ist nach dem „Russischen historischen Atlas“ von Kudrjaschow, Moskau 1928, skizziert.

(2) Die Prozentsätze sind nach dem Produktionswert berechnet. — Siehe M. Wolff, „Die geographische Verteilung der russischen Industrie“, Moskau 1928, ferner das Sammelwerk, herausgegeben von Prof. W. E. Dehn, „Die Schwerindustrie in der UdSSR.“, Moskau 1926.

(3) Prof. Downar-Sapolski in den „Publikationen des Staatlichen Agrar- und Kolonisationsinstituts“, B. XI, Moskau 1929.

(4) Die Zahlen stammen aus dem „Atlas der Industrie der UdSSR.“, Moskau 1929–31, einem monumentalen Werk, das 175 große Karten enthält, herausgegeben vom Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR.

(5) Eine Übersicht über die Bodenschätze der UdSSR. findet man in der Zeitschrift „Planowoje Chosjaistwo“ (Die Planwirtschaft), Moskau 1932, Maiheft.

(6) Reichhaltiges Material über die Methodik der Planierung in der UdSSR. enthält insbesondere die „Planowoje Chosjaistwo“. Wichtig ist in dieser Beziehung auch die kollektive Arbeit: „Die Prinzipien der geographischen Verteilung der Schwerindustrie nach dem zweiten Fünfjahresplan“, Moskau 1932.

(7) J. A. Joffe im Sammelwerk „Ural-Kusnezki-Kombinat“, Moskau 1931. Siehe auch „Magnitostroi“ von Bulatow und Gekker, M. 1931. Sehr gut zusammengestellte fortlaufende Zahlenangaben über die Wirtschaft der UdSSR. bietet ferner die von der Handelsvertretung in Berlin herausgegebene Zeitschrift: „Sowjetwirtschaft und Außenhandel“.

Der Beitrag von Dr. J. Semjonow ist der erste einer Aufsatzreihe zur Geopolitik Sowjetrußlands. Wir versuchen in ihr, die Erfahrungen zu erschließen, welche das größte Staatsexperiment der modernen Geschichte zeitigt. Zunächst werden wir in weiteren fünf Aufsätzen die Grenzziehung (innere und äußere Grenzen), die Verkehrsfragen (zugleich Kritik des ersten Fünfjahresplans), die Behandlung der Nationalitätenfrage, der Wehrpolitik, Wanderung und soziale Umschichtung darstellen. Für die Aufsätze stehen uns neue und besonders gesichtete Unterlagen zur Verfügung.

Die Schriftleitung.

KARL HELBIG:**Bevölkerungsprobleme von Niederländisch-Indien**

Niederländisch-Indien, vom Europäer heute „Insulinde“ und vom Eingeborenen „Indonesien“ genannt, wird durch die ewigen Streitfragen im fernsten Osten (Japan, China, Mandschurei) einerseits und die bedenklichen Wirren in Vorderindien andererseits mehr und mehr aus unserem aktuellen Interesse gerückt. Sehr zu Unrecht, denn bei gründlicher Betrachtung lassen sich dort tiefgreifende Bewegungen feststellen, die in ihren Ausmaßen den übrigen asiatischen Problemen in keiner Weise nachstehen. Ohne großes Aufsehen, ohne breite Erörterungen in der Presse (die aktiven Kriegs- und Aufstandsbewegungen beherrschen, wie gesagt, die öffentliche Anteilnahme allzu sehr) befindet sich Insulinde seit mehr als zwei Jahrzehnten in der Anbahnung und langsamen Verwirklichung eines gewaltigen Schrittes: nämlich in dem Aufstieg aus kolonialer Massenbeherrschung zur nationalen und politischen Freiheit.

Nur zu gerne sehen wir von hier aus Insulinde als einen grünen Südseeraum mit friedlichen Inseln, sanften Menschen und paradiesischer Fülle. Dies ist in gewisser Hinsicht alles richtig; und wenn man mit den nötigen Dichteraugen im Lande umherreist, wird man dieses Ideal auch gern überall bestätigt sehen. In der Tat gibt es solche Gebiete, die in der Schönheit ihrer Natur, der Üppigkeit ihrer Kulturen der Sorglosigkeit der Eingewohnten und im Fehlen jeglicher aufpeitschender Fragen unsere westliche Welt, knapp gesagt, als ein riesiges Irrenhaus erscheinen lassen, von dem man sich zur Wahrung seines inneren Friedens am besten so fern wie möglich halten sollte.

Aber dies sind eben nur Teileindrücke, die nicht maßgebend für das Ganze sind. Insulinde von der nüchternen Seite läßt alle Märchenträume grausam zerrinnen und uns im Schatten seiner schlanken Palmen fast die gleiche Not, gleiche Bitterkeit und gleiche Auflehnung sehen, wie sie uns aus den steinernen Schluchtwänden unserer Großstädte anglotzt. Ein Glück, daß es solche Elends- und Spekulationsgeburten allerdings in Insulinde noch nicht gibt; aber reich bevölkerte Städte und selbst Großstädte mit einem echten Stadtproletariat sind auch dort zur Genüge vorhanden. Der Europäer hat sie — besonders auf Java — importiert.

Vorderindien hatte sie schon längst vor Ankunft der Europäer gekannt. Auf Insel-Indien dagegen sind einige wenige Tempel- und Priestersiedlungen hinduistischer Glaubensbringer, die man allenfalls „Städte“ nennen könnte, immer Fremdgeburten geblieben und nicht von der eingeborenen Bevölkerung als heimisches Gut aufgenommen worden. Die „große javanische Stadt“ Jacatra beispielsweise, die sich zu Beginn der holländischen Kolonisationsperiode am Platze des heutigen Batavia erhob, bestand aus etwa tausend windschiefen Bambushütten, die erhöht auf Pfählen in den Küstensümpfen ver-

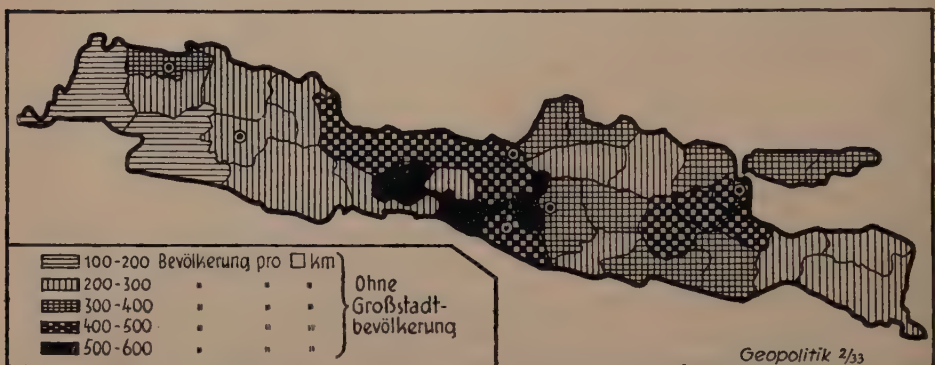
streut waren und durchaus den Eindruck eines „Dorfes“ machten. Die Städte, die dann unter der Herrschaft der Holländer entstanden, und deren größte: Batavia, heute fast eine halbe Million Menschen beherbergt, haben zwar anfangs echt amsterdamsche Engigkeit und vor allem auch chinesischen Massenhaus-Charakter besessen, sind dann nach schwerer Lehrzeit aber bald zur tropischen Weitläufigkeit übergegangen, wie sie der eingeborene Malaie als Vorbild stellte. Was aber am bedeutsamsten für die Stadt- und Volksgeschichte Niederländisch-Indiens wurde: auch der Eingeborene, der Kuli, der Proletarier behielt selbst im dichtesten Zentrum der Großstadt seine heimische Bauart bei, das heißt also: das einstöckige, nur für eine Familie berechnete Häuschen aus leichtem pflanzlichem Material. Raumnot hat später dazu geführt, daß diese „Kampongs“, wie man sie ihres dorfähnlichen Aussehens wegen in der Landessprache nennt, zwar eng zusammenrücken mußten, ihren Grünschnitt teilweise verloren und selbst in langen einheitlichen Reihen aneinandergefügt wurden, aber doch ist man vom Ein-Stockwerk-Bau nicht abgegangen. Was in Europa, im Orient, in Vorderindien, ja selbst noch im nahen Singapore in die kubistische Höhe gebaut wird, das verliert sich in Insulinde in die flächenhafte Breite. Das macht die Städte so endlos groß und gibt z. B. Batavia eine Ausdehnung von fast 14 km Länge! Selbst der zugewanderte Chinese hat nur in ganz seltenen Fällen mehr als zwei Stockwerke gebaut, der Europäer erst recht nicht; und ein modernes vierstöckiges Kontorhaus, das sich an Batavias belebtester Geschäftsstraße befindet, kann geradezu als eine einzig dastehende Sehenswürdigkeit in ganz Niederländisch-Indien angesprochen werden.

Diese tropenangepaßte Bauart hat sehr dazu beigetragen, daß der städtische Eingeborene den Verlust seiner ursprünglichen Dorffreiheit nicht allzu schwer empfunden hat; und daß ihn selbst in der Großstadt die gleiche Heimatliebe für den Geburtsort beseelte wie auf dem platten Lande. Volkspolitisch ist dies ein ungeheures Plus gegenüber etwa dem britisch-indischen Proletariat, das in den steinernen Kasernen und Elendshöhlen seiner Massenquartiere keine Heimat sehen kann, sondern nur ein verdammtes Gefängnis. Lediglich die Verstädterung des Malaien wäre also sicherlich nicht zur zersetzenden Gefahr und Unruhenquelle unter der Bevölkerung geworden, wie man es in Anlehnung an die Wirkungen unserer Städte auf den Volkscharakter leicht annehmen könnte. Zu den Spannungen innerhalb der holländischen Kolonien haben ganz andere, teils natürliche, teils künstlich geschaffene Umstände beigetragen.

In Niederländisch-Indien gibt es noch eine Reihe anderer Tatsachen, die zu wirklichen „Problemen“ führen. Niederländisch-Indien ist der reinen Landfläche nach fast 60mal größer als das Mutterland Holland. Auf das ganze Gebiet bezogen, kann man die 65 Millionen Einwohner geradezu als eine „spärliche“ Bevölkerung dafür bezeichnen. Problematisch aber ist die Verteilung der Menschen. Java (nur

etwa $\frac{1}{3}$ so groß wie das heutige Deutschland) beherbergt allein 45 Millionen, während auf dem 3mal größeren Sumatra 8,3 Millionen und auf der Rieseninsel Borneo noch weniger Menschen wohnen. Die Bevölkerung auf Java wächst katastrophal. Während dort 1870 nur 125 Menschen auf den Quadratkilometer entfielen, sind es heute schon 325. Das heißt: soviel wie in der Provinz Sachsen; in manchen gut aufgeschlossenen Gebieten sind es 900, ja sogar über 1000, so daß Java als das dichtest bevölkerte Land der ganzen Welt anzusprechen ist.

Der Landbau (auf eigener Scholle bzw. im gemeinsamen Dorfbesitz oder als Lehen vom Fürsten) ist stets der Hauptwirtschaftszweig auf Java gewesen. Man erzeugte genug, um sich zu ernähren und noch davon abzugeben. Dann setzte um 1870 die „freie Plantagenwirtschaft“ des Großkapitals ein. 10% der



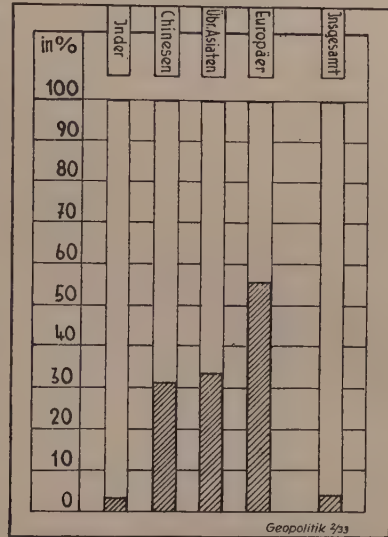
Bevölkerungskarte von Java und Madoera.
Nach Siegfried Peer: Niederländisch-Indien (L'India Olandese).

Landesoberfläche sind in seine Hand gekommen, Landmangel für die zunehmende Bauernschaft war die Folge. Heute drängt sich die Landbevölkerung auf Java eng zusammen, alle 20 Minuten kommt man durch ein Dorf. Auf 5 Eingeborene fällt im Durchschnitt nur noch 1 ha Land; und für rund 6 Millionen Menschen, das ist fast $\frac{1}{7}$ der Bevölkerung, ist überhaupt kein Land mehr da. Für die Hälfte davon auch schon keine Nahrungsmittel mehr. Sie müssen eingeführt werden, vor allem Reis aus Hinterindien. Freies Land ist auf Java nirgends mehr zu bekommen, die Insel ist so gut wie restlos durchkultiviert. Die Plantagen haben allerdings noch ungenutzte Reserven liegen. Aber im Verhältnis zu denen auf anderen Inseln sind sie doch nur klein, bestenfalls 20, 30%. Während in Südsumatra beispielsweise von dem ausgegebenen Plantagenland erst 7% bepflanzt sind und 93% noch für spätere Zeiten in Reserve liegen.

Die Regierung gibt sich alle Mühe, den Menschenüberschuß Javas erträglich zu machen. Unter ungeheurem Aufwand wird das restliche Freiland, in der Hauptsache Sümpfe, nutzbar gemacht und für den Nahrungsmittelanbau verteilt. Durch

Bewässerungsanlagen sucht man den Eingeborenen-Reisbau zu verbessern, um höhere Erträge herauszuholen. Bisher sind etwa 70% aller Ländereien von dieser Wasserverteilung erfaßt. Es ist ein besonderes Ministerium dafür eingerichtet worden. Viele Millionen werden jährlich für den Rückkauf privater Ländereien aus der Hand der Europäer ausgegeben, um sie den Eingeborenen wieder zur Verfügung stellen zu können. Seit vielen Jahren schon darf überhaupt kein Land mehr an Europäer verkauft, sondern nur in Pacht oder Konzession gegeben werden. Es wird energische Kolonisationspropaganda für die Nachbarinseln getrieben. Der Erfolg war bisher, daß etwa 5000 javanische Familien in Südsumatra und einige Hundert an der Ostküste dieser Insel angesiedelt werden konnten; ein Tropfen auf den heißen Stein! Ferner sucht man Java durch Belieferung auswärtiger Plantagen mit Arbeitskräften zu entlasten. In dem weiten Kulturstrikt an der Ostküste Sumatras hat sich ein geeignetes Feld dafür geöffnet. Neben Tabak ist hier ein Standardgebiet für Kautschuk. Mehr als 300 000 javanische Kulis haben in letzter Zeit jährlich auf diesen Plantagen gearbeitet und damit zugleich der Überfremdung durch chinesische Hilfskräfte entgegengewirkt, die hier bedenkliche Formen annahm. Auch durch scharfe Kontrolle über die zuwandernden Chinesen hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung wehrt man sich gegen die Überhandnahme des gelben Elementes. Aber dann kam der große Kautschuk-Krach. Die Welt will keinen Kautschuk mehr kaufen, es sei denn weit unter Selbstkosten. Die Folge ist, daß eine große Zahl Pflanzungsgesellschaften ihre Betriebe schließt. Die Arbeiter werden entlassen, mehr als $\frac{1}{3}$ der javanischen Kulis ist bereits in die Heimat zurückgeschickt; zum Entsetzen der Regierung, die nicht mehr weiß, was sie mit all den Arbeitslosen anfangen soll. — Trotzdem steigt die Bevölkerung Insulindes weiter; eine Million neuer Erdenbürger erblickt in jedem Jahr das Licht der Welt.

Man kann nicht sagen, daß der Lebensstandard des Eingeborenen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes gleichen Schritt gehalten hätte. Nur während des Krieges und kurz nachher, als die Preise für Tropenprodukte ins Märchenhafte stiegen, hat sich auch das Gros der Eingeborenen eines nennenswerten Wohlstandes erfreut. Sonst aber nie. Jedoch hat Bescheidenheit stets zum Volkscharakter des Malaien gehört, und nur selten hat er sich mit dem Kris in der Hand



Anteil der Großstadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung, nach Rassen (Peer, a. a. O.).

gegen sein Los aufgelehnt. Der Eingeborene ist mehr und mehr zum Kleinlandbauer und Lohnarbeiter herabgesunken. Man kann getrost sagen, daß 92% der einheimischen Bevölkerung Proletariat ohne wesentlichen Besitz ist, denn 92% aller steuerpflichtigen Eingeborenen in Niederländisch-Indien hat ein jährliches Einkommen, das unter 500 Gulden liegt. Von den Europäern dort dagegen sind es noch nicht 2%, die ein derartiges Minimaleinkommen beziehen; mehr als 16% weisen jährlich ein steuerpflichtiges Einkommen zwischen 25 000 und 200 000 Gulden aus (Zahlen von 1928). Interessant ist auch, daß sich die eingeborenen Lohnarbeiter durchweg besser stehen als der Bauer mit eigenem Landbesitz, obwohl es schon von den Löhnen im amtlichen niederländisch-indischen Regierungsbericht von 1924 wörtlich heißt, daß sie „niemals eine Höhe erreicht haben, die den Lebensbedürfnissen der Eingeborenen entspricht“! Folge war, daß eine große Zahl der Bauern zum Anbau von gewinnbringenden Exportgütern, wie Kautschuk und Kaffee, überging. Die ständig sinkenden Preise der letzten Jahre aber haben auch diese Verdienstmöglichkeit sehr geschmälert.

Alle diese Umstände: die teilweise Übervölkerung, der Landmangel, die niederen Löhne und die Notwendigkeit, die Bedürfnisse zu beschränken, die Erniedrigung zum Halb- oder Vollproletariat haben den Boden günstig vorbereitet für die neuen Ideen, die der Weltkrieg bis zu den fernsten farbigen Völkern brachte, und die der unerwartete japanische Sieg 1904 über das weiße Volk der Russen bereits eingeleitet hatte. Das Selbstgefühl stieg ins Ungeheure. Die Eingeborenen Niederländisch-Indiens begannen sich zu rühren und politische Rechte zu fordern. 1910 entstand die erste nationalpolitische Massenorganisation. Im November 1918 hat der Generalgouverneur dann die ersten und schon gleich weitgehenden Zugeständnisse gemacht und eine Beteiligung an Regierung und Verwaltung in Aussicht gestellt. Holland hatte seinen imperialistischen Standpunkt als Kolonialmacht verlassen.

Als 1926 ein neuer Generalgouverneur an die Spitze der Kolonien trat, erklärte er sogar, „den Belangen der Eingeborenen vor allen anderen Belangen den Vorzug geben zu wollen“. Ein Konflikt mit dem Großkapital war dadurch unvermeidlich, weil dieses naturgemäß weniger Belang am Wohlergehen des Eingeborenen haben konnte als an der möglichst wirtschaftlichen Ausnutzung seiner Anlagemittel. In demselben Jahre kam es allenthalben zu blutigen Aufständen, die man immer gern mit „Moskau“ in Verbindung bringen will, die aber sicher ihre tieferen Gründe in dem Erwachen des indonesischen Freiheitsgedankens haben. 1929 setzte sich der „Volksrat“, eine Art koloniales Parlament, schon zur Hälfte aus Eingeborenen nebst Chinesen zusammen; und heute hat selbst das oberste Regierungskollegium, der „Rat von Indien“, der vorher aus 5 Europäern bestand, durch Aufnahme von 2 Eingeborenenvertretern der Stimmung des Volkes Rechnung tragen müssen.

WALTER KINTZEL (São Paulo):

Deutsche und japanische Siedlung in Brasilien

Wie man auch „großzügige“ Siedlungspläne von der Art der von General Kundt vertretenen¹⁾ beurteilen möge, — man muß verstehen, aus welchem Boden sie entstehen. Sie wachsen aus der Ansicht, daß gerade die von Deutschland aus bisher betriebene Art der Ansiedlung elend Schiffbruch gelitten hat. Diese Ansicht setzt sich mehr und mehr durch.

Man vergleiche nur die glänzenden Erfolge, welche die Japaner in den letzten Jahren hier in Brasilien durch ihre straffe Organisation, durch geschlossene Ansiedlung und durch Unterstützung vom Heimatlande aus erreicht haben, und betrachte dagegen das Ergebnis unserer deutschen Siedlung. Dann wird jeder auch nur oberflächlich mit den hiesigen Verhältnissen Vertraute zugeben müssen, daß die deutsche Südamerika-Siedlung in den 14 Nachkriegsjahren nur geringe positive Ergebnisse aufzuweisen hat. — Und warum?

Weil unsere Auswanderer von dem Augenblick an, wo sie die Heimat verlassen, vollkommen auf sich selbst angewiesen sind.

Weil sie ohne Kenntnis des Landes und der Sprache gezwungen sind, ihr Land von den großen Kolonisations- und Bodenspekulationsgesellschaften zu kaufen, die Hunderte von Kilometern im Innern, weit von jeder Bahnstation entfernt siedeln.

Und weil das auswandernde Menschenmaterial — bis auf Ausnahmen — zwar nicht schlecht ist, aber so verstädtert, daß es einfach nicht in den primitiven Rahmen einer südamerikanischen Urwaldsiedlung paßt.

Wenn heute Tausende unserer deutschen Landsleute allein in der Stadt São Paulo arbeitslos sind und sich nur durch den kümmerlichen Verdienst, den ihre Frauen als Wäscherinnen oder Aufwärterinnen haben, durch das Leben schlagen, so ist dies allerdings zum Teil mit auf die mangelhafte Organisation unserer Auslandssiedlung zurückzuführen. Denn ursprünglich saßen fast alle diese Leute als Kolonisten im Urwald und hatten nicht die Absicht, Verdienst in der Stadt zu suchen.

Warum sind sie nicht auf ihrer Scholle geblieben?

Weil keine planmäßige Kolonisation, weil keine Organisation vorhanden war, die sie landsmannschaftlich geschlossen ansiedelte. Sie saßen als Einzelgänger unter polnischen, rumänischen oder italienischen Ansiedlern auf ihren Urwaldkolonien. Not, Entbehrungen und Krankheiten, die keinem Neusiedler erspart bleiben, sowie schlechtes Vorwärtskommen durch Unkenntnis der Verhältnisse oder unter den Auswirkungen der Krise fanden in ihnen naturgemäß geringere Widerstandskraft, als wenn sie einen Rückhalt unter gleichdenkenden, gleichsprachigen Stammesangehörigen gehabt hätten.

¹⁾ Ansiedlung von 250 000 deutschen Familien (1) in den hochlandähnlichen Quellgebieten des Amazonas mit Hilfe nordamerikanischen Kapitals.

So verloren sie den Mut und flüchteten bei der ersten Gelegenheit in die Stadt, um dort ein kümmerliches Proletarierdasein zu fristen. Ihre einzige Hoffnung ist: eines Tages in die Heimat zurückkehren zu können; wenn der vom Zuckerrohrschnaps und Krankheiten verseuchte Körper bis dahin noch aushält. —

Ein ganz anderes Bild bieten die Japanersiedlungen¹⁾, die ich hier im Staate São Paulo, etwa 80 km von der Landeshauptstadt, kennengelernt habe. Sie sind in einem Maße aufgeblüht, daß sie jeden Europäer, der die Verhältnisse auf den Urwaldkolonien kennt, mit Neid erfüllen müssen. Auch diese Siedler der gelben Rasse hatten im Anfang schwer zu kämpfen. Aber sorgfältige Auswahl des Menschenmaterials, Organisation der Auswanderung, Rückhalt des einzelnen an gleichrassigen Genossen sowie staatliches Interesse und Beratung durch eigene Agronomen ließ sie bald die schwersten Jahre überwinden, ließ sie sogar zu Wohlstand gelangen. Es wäre daher recht angebracht, wenn unsere Fachleute für Südamerika-Siedlung einmal bei den Japanern in die Lehre gingen. Dann würden sie wissen, was siedeln und kolonisieren heißt.

Gewiß haben auch wir, z. B. im Staate Santa Catharina, viel geleistet, aber fast alles in den Vorkriegsjahren. In der Nachkriegszeit bleibt als wesentlicher Erfolg nur die Ansiedlung der Wolgadeutschen auf den Gebieten der „Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft“ bestehen. Wer hat sich aber um die Reichsdeutschen bekümmert? — — —

Ich will nicht verkennen, daß in einer ganzen Anzahl Fälle der Auswanderer selbst sein hartes Schicksal verschuldet hat. Wir vergessen nur zu oft, daß in den letzten 30 Jahren Deutschland aus einem Agrarlande ein Industriestaat geworden ist. Diese Wandlung bedingte zwar die heutige hohe Kultur des arbeitenden Auswanderers, aber damit auch seine hohen Lebensansprüche. Unter den primitiven südamerikanischen Verhältnissen, im Wettbewerb mit den weniger verstädterten, anspruchslosen und lebensstüchtigen italienischen, polnischen und rumänisch-ungarischen Auswanderern mußten sie sich unbedingt nachteilig auswirken. Primitivität ist die erste Vorbedingung für den Lebenskampf im Neulande.

Unter Berücksichtigung aller dieser Tatsachen und der augenblicklich in ganz Südamerika herrschenden Wirtschafts- und politischen Krisen muß mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, daß die Auswanderung nicht mehr planlos hierhergelenkt wird. Denn deutsches Wesen und deutsche Arbeitskraft können sich in ihrer ganzen Größe nur in einer deutschen Volksgemeinschaft unter deutscher Verwaltung und Obhut entwickeln.

¹⁾ Über die Japanersiedlungen haben wir ausführlich berichtet in IX. Jahrgang 1932, Heft 5: Max Biehl: Brasilien als japanisches Kolonisationsgebiet. Dort auch Karten der japanischen Konzessionen bzw. des jetzigen Standes der Siedlungen. Schriftleitung.

ALBRECHT HAUSHOFER:

Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Während sich in den letzten Wochen vor Übernahme des Amtes durch den neuen Präsidenten wenigstens eine formale Zusammenarbeit zwischen Hoover und Roosevelt in der Schuldenfrage anzubahnen scheint, die zu einer sehr unterschiedlichen Behandlung Englands und Frankreichs führen wird, wollen wir als bedeutsamstes Ereignis dieser Übergangszeit in der amerikanischen Politik das überstimmte Philippinen-Veto Hoovers verzeichnen. Wir haben in unserem letzten Bericht den Versuch gemacht, die Grundlinien der amerikanischen Philippinen-Politik aufzuzeigen. Die Ereignisse des Januars fügen sich diesen Linien ein. Senat und Repräsentantenhaus haben sich auf eine gemeinsame Form des Unabhängigkeitsgesetzes einigen können. Dieses Gesetz sieht die Unabhängigkeit der Philippinen für 1943 vor, beginnt aber die Vorbereitung dieser Unabhängigkeit damit, daß bereits 1933 erhebliche Einschränkungen in der Freiheit des Wirtschaftsverkehrs zwischen den Philippinen und den Vereinigten Staaten eintreten sollen. Während die Ausfuhr nach den Inseln freibleiben soll, sind sehr weitgehende, mit den Jahren wachsende Hemmungen sowohl der Einfuhr wie der Einwanderung aus den Philippinen nach den Vereinigten Staaten vorgesehen; diese würden eine plötzliche Verschlechterung der Wirtschaftslage auf den Philippinen hervorrufen und auf die Dauer eine erhebliche Umstellung im Wirtschaftskörper der Philippinen erzwingen. Diese Umstellung wird nie zu vermeiden sein, wenn die Philippinen unabhängig sein, d. h. auch von der Notwendigkeit eines sehr weitgehenden Wirtschaftsaustausches mit einem größeren Wirtschaftsraum frei sein wollen. Monokulturen müßten dann verringert werden, die Produktion müßte vielfältiger werden; erhebliche Kapitalien würden dadurch entwertet; in jedem Fall würde die Wirtschaft der Insel von einer heftigen Krise ergriffen. Das alles jetzt — die Unabhängigkeit, immer noch umhegt von militärischen Klauseln, erst in zehn Jahren! So ergibt sich die reizvolle Lage, daß gegenüber diesem Gesetz die amerikanische Regierung und die nach Unabhängigkeit rufenden Führer der Philippinos gemeinsam gegen den Kongreß kämpfen. Aus sehr verschiedenen Gründen — es wird weder der einen noch der anderen Seite in dieser Gesellschaft wohl sein! — aber die Tatsache besteht. Hoover hat sein Veto gegen das Gesetz eingelegt. Dieses Veto ist sowohl vom Repräsentantenhaus wie vom Senat mit einer starken Zweidrittelmehrheit übergangen worden. So könnte denn das Gesetz von Washington aus in Kraft treten — wenn nicht das Einverständnis des Philippinen-Parlaments vonnöten wäre. Dieses Einverständnis zu diesem Gesetz zu erlangen, erscheint ausgeschlossen; die Philippinos bedanken sich für die vorgesehene Methode des Unabhängigwerdens. Die Führer der Philippinos verlangen damit von ihrer Gefolgschaft ein sehr feines Unterscheidungsvermögen zwischen Ziel und Methode; sie besorgen damit gleichzeitig die Geschäfte

der amerikanischen Admiralität, die grundsätzlich nicht willens ist, die Philippinen freizugeben aus der begreiflichen Sorge, die Begehrlichkeit Japans durch Schaffung eines machtpolitisch leeren Raumes im Westpazifik zu Handlungen aufzufordern, denen das Vorgehen in der Mandschurei ein Vorbild wäre.

Geringere „Unabhängigkeits“-Sorgen macht im Augenblick der westindische Herrschaftsbereich der Vereinigten Staaten. Auch gegenüber Haiti hat man eine ähnliche Methode verfolgt wie gegenüber den Philippinen. Haiti ist seit 1917 durch amerikanische Truppen „befriedet“. Nachdem man den Versuch gemacht hat zu sehen, wie sich Nikaragua ohne amerikanische Truppenhilfe im Interessenkreis der Vereinigten Staaten halten wird (Anfang Januar haben die letzten Besatzungen das Land verlassen), versucht man das gleiche mit Haiti. Die Truppen sollen teils zurückgezogen, teils „haitisiert“ werden; eine strenge finanzielle Bevormundung soll weiter bleiben; trotzdem nennt man das Ganze einen Versuch, „die volle Unabhängigkeit der souveränen Republik Haiti wiederherzustellen“. Der Präsident von Haiti war mit diesem Vorgehen einverstanden (zum Teil wohl aus Furcht vor der kommenden Präsidentschaft Roosevelt, in Erinnerung daran, daß Roosevelt im Jahre 1917 als Unterstaatssekretär im Marineamt erheblichen Anteil an der Besetzung von Haiti hatte und als Vater der von Washington aus oktroyierten Verfassung von Haiti gilt). Das Parlament von Haiti hat dem Präsidenten die Gefolgschaft verweigert; es ist mißtrauisch gegen das Geschenk einer Unabhängigkeit, die nur eine Unabhängigkeit des Namens wäre.

Aus Südamerika ist von beiden Kriegsschauplätzen ein Zustand leidlicher Waffenruhe zu melden. Der Krieg um den Chaco leidet mehr unter dem Klima, als unter den Vermittlungsversuchen verschiedener Herkunft, von denen sich die des Papstes immer noch als am wirksamsten erwiesen haben; die geopolitische Komödie um Leticia scheint um den neuen Akt eines brasilianischen Vermittlungsversuches bereichert zu werden, nachdem sich Brasilien schwer dazu entschließen kann, eine an verschiedenen Stellen zusammengekaufte kolumbianische Armada, bestehend aus älteren Flußkanonenbooten, den Amazonas hinaufdampfen zu lassen. In Chile ist eine Periode von mehreren Monaten ohne Revolution vergangen; die Frage, ob überhaupt eine Reorganisation der Salpeterwirtschaft möglich ist — eine Lebensfrage für Nordchile —, beherrscht die innere und die Finanzpolitik des Landes. In dem handelspolitischen Zwist mit Argentinien ist wenigstens soweit ein Ausgleich erzielt worden, daß man als Symbol dafür, daß Grenzen nicht nur eine Sperrfunktion haben, die Bahnverbindung über die Anden wieder geöffnet hat, die viele Monate gesperrt war,

Die Entwicklung Südafrikas, deren Hintergründe wir in unserem letzten Bericht gestreift haben, ist noch nicht zu irgendwelchen Entscheidungen gelangt. Tielmann Roos, der sich von den Nationalisten getrennt hatte und einen erheblichen Teil der gemäßigten öffentlichen Meinung hinter sich hat, ist bis jetzt auch mit General

Smuts nicht einig geworden. So bleiben die großen Verfassungsprobleme Südafrikas einstweilen in der Schwebe; sie werden sich jeder kommenden Regierung stellen, ob sie nun von Smuts, Roos oder Hertzog geführt werde.

Ein Vorgang von grundsätzlicher Bedeutung spielt sich in der britischen Kronkolonie Kenya ab. Dort war nach langen Kämpfen im Jahre 1930 ein Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten weniger erzielt, als vom Colonial Office verfügt worden. Den stärksten Beschränkungen war dabei die indische Händlerschicht unterworfen worden; aber auch die weißen Siedler hatten weitgehende Ausdehnungspläne aufgeben müssen. Der Landbesitz der zahlreichen Eingeborenenstämme war, wie man annahm, dauernd gesichert worden. Durch die Native Lands Trust Ordinance waren etwa 30 Millionen Acres Land zu dauerndem Gebrauch durch die Eingeborenenstämme reserviert worden, denen auf diesem Gebiet ihre alte Stammverfassung und ihre ländliche Betätigung erhalten bleiben sollte. Ein Vorgang, der in sehr viel größeren Ausmaßen der Bildung der amerikanischen Indianer-Reservationen vergleichbar ist. Nur sind die Neger von Kenya sehr viel widerstandsfähiger, zahlreicher und im biologischen Sinn zukunftsicherer, als es die Reste der Indianer in Nordamerika jemals waren. Um so bedeutsamer ist nun ein Vorgang, der sich vergleichen läßt mit den Ereignissen, die sich in Oklahoma abgespielt haben, als die dortigen Mineralschätze bekannt wurden. Zum Unglück für alle feierlich unterschriebenen Versprechungen ist im Kavirondo-Distrikt in Kenya Gold gefunden worden; soweit man den geologischen Berichten trauen darf, ein sehr reichhaltiges Goldvorkommen. Und dieses Goldvorkommen liegt nun innerhalb des Landkomplexes, der von Eingeborenen dicht bevölkert ist und ihnen nach der Ordinance von 1930 auf ewige Zeiten gehören sollte. Die Verwaltung der Kolonie befand sich in einem peinlichen Zwiespalt der Gefühle, als die Goldfunde bekannt wurden. Kann man auf Gold verzichten, wenn es darum geht, den Eingeborenen ein Versprechen zu halten? Reiche Goldausbeute würde für den Etat der Kolonie sehr viel bedeuten . . . Man könnte vieles tun, auch zum Wohle der Eingeborenen, wenn man über die reichen Erlöse des Goldes verfügte . . . Die armen Eingeborenen verstehen ja ihren eigenen Vorteil nicht . . . Was haben sie denn von dem bißchen Land, das so viel weniger wertvoll ist als der Schatz in seinem Boden . . . Dieses waren die Gedanken einer hohen Kolonialverwaltung. Sie hatte nicht die Absicht, die Eingeborenen zu schädigen; sie glaubte sehr klug zu sein und allen Verpflichtungen gerecht zu werden, wenn sie auf dem Verordnungsweg nur eine kleine Klausel der Native Lands Trust Ordinance änderte: jene Klausel, die vorsieht, daß Landflächen, die aus dem Eingeborenenland zu wirtschaftlichen Zwecken herausgenommen werden müßten, für Bahnen, Straßen und ähnliches, niemals in bar abgegolten, sondern nur durch gleichwertige Landflächen ersetzt werden dürften. Man verordnet also, daß den Eingeborenen das goldhaltige Land weggenommen werden kann, daß sie Entschädigung aber nicht in neuem Land

finden — das nämlich ist bei der dichten Besiedlung nicht ohne weiteres zu haben, es sei denn, man wollte weißen Siedlern das Land abnehmen, von denen mancher nur zu bereit wäre, sein Land zu gutem Preise zu verkaufen! —, sondern in barem Geld. Was sollen die Neger damit machen? Sollen sie ihren Stamm verlassen, sollen sie ihre Familien auflösen? Sollen sie an die Küste auswandern, in die Hafenstädte? Man hatte sie an den Boden gebunden, gerade um die Überflutung der Städte mit wurzellosem Negerproletariat zu verhindern. Sollte all das im Goldtausch verschwinden? — Noch ist eine endgültige Entscheidung der britischen Krone nicht erfolgt; in England selbst hat sich starker Widerspruch gegen das Vorgehen der Kenya-Verwaltung erhoben. Persönlichkeiten vom Rang des Erzbischofs von Canterbury und Lord Lugards haben Einspruch erhoben. Die letzte Entscheidung über die Frage des Kenya-Goldes — die ihren Weg in deutsche Zeitungen noch kaum gefunden hat — wird einen tiefen Einblick in die Grundsätze vermitteln, nach denen England in der Gegenwart seine Kolonialpolitik richtet.

Inzwischen hat auch die irische Krise eine nur im Zeitpunkt überraschende Wendung genommen. Um der Einigung seiner Gegner zuvorzukommen, hat De Valera das Parlament aufgelöst. Die Neuwahlen werden stattgefunden haben, wenn dieser Bericht vor unsere Leser tritt. Zu erwarten ist eine Befestigung der Stellung De Valeras bei den Wählern des „armen Südwestens“, jener Kleinbauern distrikte im Süden und Westen der Insel, in denen sich das Gälische als Sprache am besten behauptet hat, in denen die wirtschaftliche Not groß ist, die Augenblickserleichterungen, die De Valera gewährt hatte, daher besonders wohlthätig empfunden wurden; in denen auf der anderen Seite der Blick für wirtschaftliche Zusammenhänge am wenigsten entwickelt ist. Wer zu verlieren hat, scharf sich um Cosgrave, der wohl kaum ohne Zusagen seitens Englands das Versprechen gewagt hat, er werde, falls er die Mehrheit gewinne, binnen drei Tagen den Zollkrieg mit England beenden und den englischen Markt wieder für den irischen Farmer eröffnen. Das Ergebnis der Wahl wird knapp sein. Bleibt De Valera siegreich¹⁾, so eröffnen sich Ausblicke auf dauernden Unfrieden mit England, steigende Wirtschaftsnot im Inneren und Entwicklungen, die der Dritten Internationale angenehmer sein könnten als der in Irland an sich so mächtigen katholischen Kirche.

Neben Irland ist Spanien seit der Revolution ein dauernder westeuropäischer Unruheherd; innerhalb Spaniens sind es immer wieder die gleichen Landschaften, vor allem Andalusien und Katalonien, in denen sich Unzufriedenheit gewaltsam äußert — Katalonien mit der Industriebevölkerung von Barcelona, Andalusien mit einer auch für spanische Verhältnisse ungewöhnlich unglücklichen ländlichen Besitzverteilung.

Aus dem Bereich der Mittelmeerpolitik sei die Ernennung de Jovenels zum Bot-

¹⁾ Das ist inzwischen eingetreten; de Valera hat die knappste aller absoluten Mehrheiten, eine Stimme im Parlament, gewonnen.

schafter in Rom hervorgehoben — als Zeugnis für die neuerdings aufgenommenen Versuche Frankreichs, zu einer Teilverständigung mit Italien zu gelangen, deren Vordergrund-Objekte zunächst wieder die Behandlung der Italiener in Tunis und die Südgrenze Tripolitaniens sind, während die großen Fragen der beiderseitigen Flottenstärken, der Adria-, Balkan- und Donaupolitik im Hintergrund stehen. Herriot, der aus psychologisch wohlgewählten Gründen das Ministerpräsidium an Paul-Boncour abgegeben hat und sich nun eine freiere Sprache gestatten kann, hält es allerdings für richtig, schon jetzt das Scheitern der von ihm eingeleiteten Verständigungspolitik mit Italien festzustellen. Dazu wäre zu sagen, daß sein eigener Besuch in Madrid, verbunden mit den Balearen-Beschlüssen des spanischen Parlaments, nicht geeignet war, italienisches Mißtrauen gegen Frankreich zu beseitigen; die südslawischen Angriffe auf die künstlerischen Wahrzeichen früherer venezianischer Hoheit in dalmatinischen Städten sind ebenfalls Zeichen steigender Spannung, nicht steigenden Verständigungswillens. Auf der anderen Seite der Adria werden die Handelsvertragsabsichten Italiens gegenüber Albanien mit wachsendem Mißtrauen beobachtet. Man befürchtet in Südslawien, daß die neuen Abmachungen höchstens dem Namen nach keine Zollunion sein werden.

Griechenland und Rumänien haben fast zu gleicher Zeit ihre Regierungen gewechselt; in Griechenland hat sich Tsaldaris nicht halten können, in Rumänien ist das Kabinett Maniu an dem persönlichen Herrschaftswillen des Königs gescheitert. Donauaufwärts ist eine Benesch-Rede bemerkenswert, die sich über das „korrekte“ Verhältnis der Tschechoslowakei gegenüber dem Deutschen Reiche ausspricht, in der aber zugleich die sehr engen Grenzen angezeigt werden, innerhalb deren dieses korrekte Verhalten gilt. Wieder einmal hat sich Benesch namens der Tschechoslowakei als erbitterter grundsätzlicher Gegner jeder Vertragsrevision erklärt, auch wenn die Tschechoslowakei davon unmittelbar nicht berührt wird. Das ist erklärlich: Mögen auch Polen, Rumänien und Südslawien von einer allgemeinen Revision der Verträge manches zu fürchten haben — in allen diesen Fällen bleibt ein unbestrittener Kern des Staates, der selbst nach einer gründlichen Revision der Grenzen Träger einer geschlossenen Macht sein könnte. Benesch weiß, daß es sich mit der Tschechoslowakei anders verhält; aus diesem Wissen stammt seine Feindschaft gegen jede Revision, und wenn sie an einem sehr entfernten Landstrich wirksam würde; daher stammen auch neuerdings die Versuche, das Verhältnis zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu verbessern; Versuche, die auch wirtschaftspolitisch gekleidet werden: so etwa in dem Bestreben des aus Danzig bekannten polnischen Ministers Strasburger, der Tschechoslowakei den Exporthafen von Gdingen zu empfehlen. Es ist ein Zug aus derselben Entwicklung, wenn das Verhältnis Polens zu Rumänien im Gefolge der russischen Paktpolitik, aber auch der Weigerung Rumäniens, sich in Donaufragen antideutsch festzulegen, etwas kühler geworden ist.

Während die russische Außenpolitik die Vereinsamung Rumäniens mit Befriedigung beobachtet, hat die außenpolitische Freude an einer anderen Stelle der weitgestreckten Sowjetsüdgrenze nicht lang gedauert. Die schroffe Haltung Persiens gegenüber der D'Arcy-Konzession der Anglo Persian hat gegenüber dem englischen Widerstand schnell nachgelassen; der für den Handstreich der Annullierung verantwortliche persische Minister ist vom Khan entlassen worden; ein Kompromiß mit der Anglo-Persian, deren strenge Unterscheidung gegenüber der englischen Regierung mehr dem persischen Prestige-Bedürfnis als den Tatsachen entspricht, liegt näher, als noch vor kurzem zu erwarten schien. Dafür wendet sich die persische Wirtschaft mit steigendem Nachdruck gegen ihre Ausbeutung durch das russische Durchfuhrmonopol und drängt auf unmittelbare Verkehrsverständigung mit den Mittelmeernachbarn.

In der Sowjetunion selbst bedeutet dieser Winter, der am Ende des „Fünfjahresplans in viereinviertel Jahren“ steht, eine Steigerung der allgemeinen Not, die an die Jahre des Kriegskommunismus erinnert. So hält man es im Kreml für richtig, den Fortgang der Industrialisierung zu bremsen und mit dem Erreichten seine Zufriedenheit zu erklären. Die Rede Stalins vom 7. Januar 1933 ist ein Meisterstück der Darstellung — sie ist dem deutschen Leser in der Moskauer Rundschau vom 15. Januar zugänglich gemacht. Wir können uns nicht versagen, unseren Bericht mit dem Zitat zweier kurzer Abschnitte aus dieser Rede zu beschließen, darin manches ausgesprochen ist, was selten in solcher Offenheit gesagt wird. Die Not verteidigend, die dem russischen Volk auferlegt worden ist, heißt es da folgendermaßen:

„Selbstverständlich hätten wir von den eineinhalb Milliarden Rubel ausländischer Valuten, die während dieser Periode für die Einrichtung unserer Schwerindustrie aufgewandt wurden, die Hälfte für den Import von Baumwolle, Leder, Wolle, Kautschuk usw. zurücklegen können. Wir hätten dann mehr Kattun, Schuhe, Kleider. Wir hätten aber dann weder eine Traktorenindustrie noch eine Automobilindustrie, hätten dann keine gediegene Hüttenindustrie, hätten dann kein Metall für den Maschinenbau und stünden der mit der neuen Technik ausgerüsteten kapitalistischen Umgebung waffenlos gegenüber. Wir hätten uns dann der Möglichkeit beraubt, die Landwirtschaft mit Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen zu versorgen, würden also ohne Brot dasitzen. Wir hätten uns der Möglichkeit beraubt, den Sieg über die kapitalistischen Elemente im Lande zu erringen, hätten folglich die Aussichten auf die Restauration des Kapitalismus unglaublich gebessert. Wir hätten dann nicht alle die modernen Verteidigungsmittel, ohne die die staatliche Unabhängigkeit des Landes unmöglich ist, ohne die sich das Land in ein Objekt der militärischen Operationen ausländischer Feinde verwandelt. Unsere Lage wäre dann mehr oder weniger der gegenwärtigen Lage Chinas gleich, das keine eigene Schwerindustrie besitzt, keine eigene Kriegsindustrie, und das von allen, denen es nur einfällt, geschröpft wird.“

Mit einem Worte, wir hätten in einem solchen Falle militärische Intervention und keine Nichtangriffspakte, hätten Krieg, einen gefährlichen Krieg auf Tod und Leben, einen blutigen und ungleichen Kampf, denn in diesem Kriege würden wir den Feinden, denen alle modernen Angriffsmittel zur Verfügung stehen, fast waffenlos gegenüberstehen...

Man kann nicht umhin, ein Land nicht anzuspornen, das um hundert Jahre zurück war und dem infolge seiner Rückständigkeit Todesgefahr drohte. Nur auf diese Weise konnte dem Lande die Möglichkeit geboten werden, sich in der Eile auf der Basis der modernen Technik neu auszurüsten und schließlich die breite Bahn zu betreten. (Könnte dieser Satz, 230 Jahre früher, nicht von Peter dem Großen gesprochen worden sein? Anm. d. Ber.)

Ferner, wir konnten nicht wissen, an welchem Tage die Imperialisten über die Sowjetunion herfallen und unseren Aufbau unterbrechen würden, und daß sie in einem beliebigen Augenblick unter Ausnutzung der technisch-wirtschaftlichen Schwäche unseres Landes über uns herfallen konnten, darüber kann kein Zweifel bestehen. Die Partei muß deshalb das Land anspornen, um keine Zeit zu versäumen, um die Atempause bis aufs äußerste auszunützen und rechtzeitig in der Sowjetunion die Grundlagen der Industrialisierung, die die Basis ihrer Macht darstellen, zu schaffen. Die Partei hatte keine Möglichkeit, zu warten und zu manövrieren, sie mußte die Politik der weitmöglichst beschleunigten Tempos durchführen.

Schließlich mußte die Partei in möglichst kurzer Frist die Schwäche des Landes auf dem Gebiete der Wehrfähigkeit überwinden. Die augenblicklichen Verhältnisse, die Zunahme der Rüstungen in den kapitalistischen Ländern, das Fiasko der Abrüstungsidee und der Haß, den die internationale Bourgeoisie gegen die Sowjetunion hegt, all das zwang die Partei, die Verstärkung der Wehrfähigkeit des Landes, der Grundlagen ihrer Unabhängigkeit, zu forcieren."

So sprach Stalin am 7. Januar 1933.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Alles, was der Völkerbund durch passives Geschehenlassen — ganz im Sinn Gandhis durch „Nichtwiderstehen dem Übel“ — China widerfahren läßt und was ihm die japanische Vitalität aktiv nun jenseits von Manchukuo in Shanhaikwan und Jehol zufügt, ist ein Kinderspiel gegen das, was ihm auf weite Sicht die weder dem Völkerbund noch Japan besonders grünen beiden anderen großen Bünde der Welt an Schaden bereiten: die Vereinigten Staaten von Amerika (USA.) und die Sowjetunion (SSSR.).

Denn diese beiden vermochten, was weder Japan in seiner Waffenrüstung noch

der Völkerbund in seiner Hilflosigkeit vollbringen konnten: China an seinem fünftausendjährigen Kulturgefüge, an seiner Seele zu schaden. Wer sich aus jüngster Zeit Belege dafür aus dem nur scheinbar geistreich an der Oberfläche hinflitzenden Buch eines „rasenden Reporters“ sammeln will, der in Wahrheit mit einem herben Mut, Tatsachen ins Gesicht zu schauen und mißratene Kinder beim Namen zu nennen, in sonst verborgene Tiefen schaut, der findet viele bei Egon Erwin Kisch, „China Geheim“, einem würdigen Nachfahren des unvergeßlichen Pseudonymträgers für Putnam Weale, Lennox Simpson, der bei allem Unfug doch für eine recht ernste Sache zu sterben wußte.

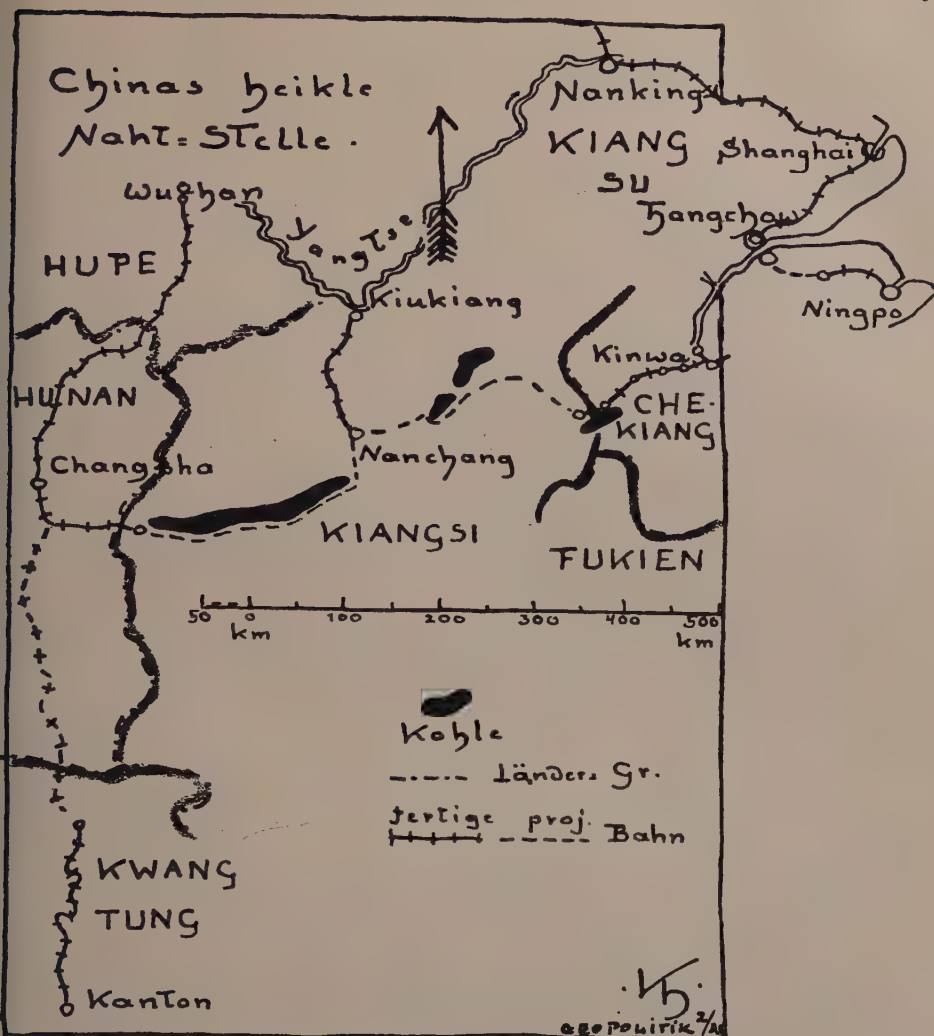


Onkel Sams Vogelstrauß-Politik.

Wittfogel und Kisch, über Land- und Arbeitsfragen und Schäden an Imponderabilien um beide übereinstimmen, da wird wohl Feuer bei diesem Rauch sein! „Das Problem ist nicht, wer den Staat regieren soll, sondern ob es überhaupt einen Staat geben soll!“ Aber hatten die so schwer gescholtenen japanischen Denkschriften über das „Chaos“ in China Schlimmeres behauptet als dieser langjährige Berater Chinas?

Tawney erinnert allerdings auch daran, daß — abgesehen von einem halben Dutzend von größtenteils außenbürtigen Großstädten — im Rest von China die Industrialisierung kaum begonnen habe, daß die Zahl seiner Textilwerke etwa der Englands von 1795, seine Kohlenförderung der Englands von 1820 gleichkomme,

Wer aber dann wissen will, wieviel an diesen grausamen Geißelhieben eines Satirikers grimmige Wahrheit ist, der mag es, wenn er schon uns nicht glaubt, aus der stummen Verzweiflung des Nahzeugen Gustav Amann und vieler anderer echter Chinafreunde erfahren, oder aus einem sehr ernsthaft zu nehmenden, neuen Buch von R. H. Tawney: „Land and Labour in China“ (London, Allen & Unwin). Mit diesen beiden Worten Land und Labour nennt Tawney, geraume Zeit sozialpolitischer Berater der chinesischen Regierung, die wundesten Stellen Jungchinas. Wo so grundverschiedene Autoren, wie Taw-



Gerade an solchen Stellen aber, wo jede geopolitische Erwägung zu verbindenden Neuanlagen drängen mußte, ist zwar viel geredet, aber wenig gebaut worden. Dazu gehört eine der gefährlichsten Nahtstellen Chinas, von der wir eine Skizze bringen. In der Nordsüdrichtung zwischen altangeleglichem Kolonialgebiet südlich des Yangtse und noch unvollkommen eingeschmolzenem in den Kwang-Ländern, in der Westostrichtung zwischen den uralten Nordsüdverbindungen von Hunan und Kiangsi (deren Wichtigkeit u. a. Georg Wegener so klar gezeichnet hat), schrie alte und neue Erfahrung geradezu nach besseren Quer- und Diagonalverbindungen. Nun sitzt gerade hier in allen Schutz- und Reservat-Landschaften die Sowjetorganisation fest, die sich offenbar klarer über die geopolitische Gunst dieser Gaue war als die Papierzentrale. Die Seiten 270–275 des Annex IV zu den „Memoranda“ der Chin. Regierung an den Völkerbund, Nanking, April-August 1932 verraten es amtlich in den „cartes des zones soviétisées“, von denen mindestens Kiangsi und Hunan durch einen Bahnbau zur rechten Zeit politisch und wirtschaftlich hätten durchorganisiert werden können, statt dauernd Guerilla-Kriegsgebiet beider Parteien zu sein.

sein Eisenverbrauch — verglichen mit beiden Angelsachsenreichen — lächerlich gering sei. Aber nicht das ist entscheidend, wie Japans Vorstoß in die erste Reihe der großen Mächte beweist, sondern die Tatsache, daß vorerst kein opferbereiter Erneuerungswille, wie in Japan, in gleicher Stärke hinter der papierenen Wirtschaft Jungchinas steht. Tawneys Fabrikerfahrung führt ihn zu „stufenweiser Verbesserung“ der Arbeitsbedingungen, „statt zur fruchtlosen Proklamation unerfüllbarer Verheißungen“ — wie in China und bei den Sowjets. „Aber wirtschaftliche Erneuerung — wofür China so fruchtbar an Plänen ist — und auch nationale Selbstbestimmung hängt zuletzt davon ab, ob die ersten Daseinsbedingungen eines modernen Staates geschaffen werden können.“ Diese sieht Tawney mindestens in China trotz allen großen Worten vorläufig noch nicht gegeben. Sonst würde er nicht schreiben: „Entweder die innere Unstete findet sich von selbst zu einem Kräftegleichgewicht durch und schafft sich eine Regierung, stark genug, dies zu erhalten; oder sie wird gezwungen werden, in der einen oder anderen Form, sich bei einer Ordnung zu beruhigen, die ihr fremdes Handeln aufnötigt.“ „Das Leitproblem für ein unabhängiges China“, fügt der A.P.W.-Kritiker Tawneys im Manch. Guard. v. 11. 1. 1933 hinzu, „ist die Schaffung einer wirksamen Regierungsgewalt; eine Landschaft muß die Rolle Preußens und Piemonts im Europa des 19. Jahrhunderts spielen (sic!) und neue Maßstäbe durch sein Beispiel aufrichten!“ Wie kann sie das aber, wenn man die Stärke der Länder zerschlägt und aushöhlt?

Über die Schulen und Universitäten aber, die dem neuen Staat die Reichserbauer mit moderner Technik über chinesischen Grundmauern liefern sollen, über das „neue Erziehungssystem“, „eine auf der Spitze stehende Pyramide“, urteilt T. mit einer „an Verzweiflung grenzenden Offenheit und Freiheit“. „Die Universitäten hängen in der Luft, breit geschieden von jeder Fühlung mit dem wirklichen Leben.“ Sehr ermutigend klingt das nicht! —

Man hat eben zwischen 1906 und 1932 in China zuviel auf einmal eingerissen und zuviel nur auf Papier, statt auf Boden und Erde neu gebaut.

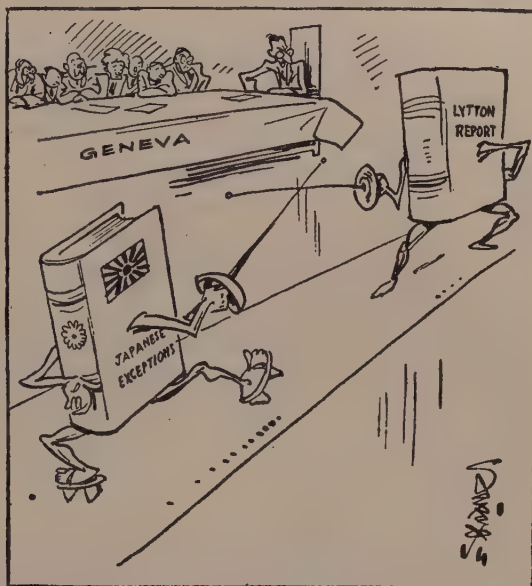
Es fehlte nur noch, daß die Unheilsidee von Sun-Fo und seiner Kanton-Regierung zur völligen Zerschlagung der physischen und historischen Länder wie des Heeres Gestalt gewonnen hätte, um ganz China in Fetzen aufzulösen und uns vergeblich nach irgendeinem Kern für einen möglichen Widerstand umherblicken zu lassen. Oder wollen gerade die Kriegstreiber in Kanton und Nanking denn Japan und Manchukuo auch noch Jehol und die altberühmte Berg-Meer-Schranke (Shan-Hai-Kwan), ein unzweifelhaftes Stück altchinesischen Kulturbodens, ohne Schwertstreich überlassen? „Der Völkerbund führt Chinas Kriege nicht.“ (Far Eastern Review.)

Taktische und technische örtliche Vorteile legten freilich den japanischen Truppen die Sicherung von Shanhaikwan und Umgebung und des Chiumenkow-Passes so ähnlich nahe, wie 1864 den deutschen die Besetzung von Kolding (Jütland)

jenseits der schleswig-holsteinischen Grenze, die auch erhebliche diplomatische Schwierigkeiten in sich barg. Mindestens bis zum Lwan-Fluß aber waren die Küstenstellungen ohnehin gegen die immer flankierende, übermächtige japanische Flotte kaum zu halten, die Vorsicht also der bessere Teil der Tapferkeit. Über die große Mauer, die heute noch mit einem sehr malerischen Auftakt vom Meer und einem scheidenden, in die Befestigung gezogenen Höhenrücken abschwingt, den die Bahn Mukden—Tientsin mit Tunnel unterfährt, reicht die Verwaltungsgrenze von Chili-Hope an verschiedenen Stellen nördlich hinaus. Das alte Reichsschutz-Sinnbild ist also nur mehr ein Imponderabilienhüter, steht als solcher aber hoch im Wert in der Volksseelenstimmung. Japan wußte, was es tat, als es gerade hier die Vorstellung vom internationalen Schutz des eigentlichen chinesischen Altkulturbodens zeretzte. Selbst Shanghai 1932 tat dem internationalen Gefühl in China nicht so weh wie der ruhmlose Fall von Shanhaikwan. Was der Fall von Shanhaikwan an eingreifender, helfender Fremdgewalt nicht weckte, wird hinter diesem Schleier auch ein weiteres Vorgehen auf Jehol nicht wachrufen. Schon geht ein Gerücht aus Genf, daß erst „ein Vormarsch auf Peking oder Nanking eine neue Lage schaffen würde...“. Für weitere Zurückhaltung Englands — trotz seinem kurzen Ausgleichsversuch — sprechen mancherlei Anzeichen.

Eines davon ist in Indien unter lebhaftem Spektakel hervorgetreten.

Das kleine indische Fürstentum Alwar in Radjputana mit seinen rund 8000 qkm und der ungefähren Einwohnerzahl Münchens im ganzen Fürstentum, am Nordostende des Arawallgebirges, mit einem starken mohammedanischen Bevölkerungseinschlag (Meos; mindestens 200 000, höchstens 400 000) unter einem einsichtigen Hinduherrscher ist gewiß keines der großen Probleme unter den 562 namhafteren indischen Fürstenstaaten, wenn es auch zu den über hundert (106) lebensfähigeren darunter gehört. Aber es ist durch seine Lage an einer spannungsreichen Gewölbestelle des India-Reichsbaues ein merkwürdiges Probierstück, zwischen der Südspitze des Punjab, zwei Tagmärsche (rund 60 km) von Delhi, am Stoß von Radjputana



Wie Genf entscheidet.

und der vereinigten Provinzen, etwas südöstlich der Hauptverbindung Delhi—Agra—Bombay. Nur einen schwachen Tagmarsch von zwei Hauptschlagadern des indischen Verkehrs haben sich im Ostteil dieses kleinen Fürstentums um Govindgarh Zustände entwickeln können, die es den freilich zuerst und zu lang in die Luft schießenden Truppen des Maharaja unmöglich machten, 8000 bewaffneten Meos Herr zu werden. Sie konnten Hindutempel und Götterbilder zerstören und einen Priester, Füße nach oben, Kopf nach unten, an einen Baum hängen, plündern und Regierungsgebäude stürmen, so daß Truppenzüge der Zentralregierung und deren Beraterstab in die kleine Residenz Alwar, mit ihren 45 000 Einwohnern, zu Hilfe gerufen wurden. Solche, meist zu spät erstickte Unruhen hat Indien schon viele gesehen und wird sie in viel größerem und kleinerem Maßstab noch oft erleben. Diese ist nur gerade eine seltsame, zeitgerechte Neujahrsillustration zu der Beschwichtigungsrede, mit der man amtlich in London die ziemlich ergebnislose dritte Rundtischkonferenz schließen zu müssen glaubte. Und sie ist ein warnender Auftakt für alle Mahner an Englands Adresse, in Nordchina die anderwärts gebundenen Hände nicht zwischen die Räder zu bringen.

Das Spiel von Alwar kann jeden Augenblick von seinen getreuen Islambekennern gegen den Hinduherrscher von Kaschmir, von seinen getreuen „Götzendienern“ gegen den Islambherrscher von Hyderabad losgehen, wo es sich aber um Quadrat-kilometerzahlen von mitteleuropäischen Ausmaßen handelt; und einige 60 000 Mann Weiße sind schnell auf 5 Millionen Quadratkilometer zum Ruhighalten von 353 Millionen verbraucht — auch ohne daß asiatische Mächte Hilfsstellungen beziehen!

Man vergleiche den III. Afghanen-Krieg von 1919!

„Ihr Abendländer wißt ja gar nicht, wie man ein orientalisches Volk in Bewegung setzt“, hat mir im Fernen Osten einmal ein hochstehender und sachkundiger Mann gesagt. „Aber wir, wir wissen, wie man Indien vom Kap Comorin bis zum Khyber-Paß hochbringt, und die Engländer wissen von uns, daß wir es können.“ Das war, als man in Tokio noch an der freilich schon wankenden anglo-japanischen Allianz festhielt und eigentlich ganz gut mit den Herren Indiens stand, ohne sie wirklich zu fürchten.

Freilich war Japan damals noch weniger verstädtert als heute mit seinem Großtokio von 5,3 Millionen und überwiegender verstädteter Bevölkerung im Stammland. Aber man kennt dafür dort die Nervosität der noch mehr verstädterten und kriegsscheuen anderen Großmächte und traut sich zu (trotz Lenins Anweisungen über das Brodelnlassen des Fernen Ostens und Stalins jüngster Rede über Japans Reife für den Bolschewismus), vorläufig noch eher auf faschistischen Bahnen wandeln und die verstädterten, dem Fellachentum zutreibenden Volksteile mit hochpeitschen zu können.

So wund und infektiös, wie etwa Shanghai, Tientsin, auch Kanton oder Wuhan, selbst das wohlbewachte Nanking, ist keine von den volkspolitischen, urbanistischen Schwachstellen Japans; und vollends die mehr tropischen Bevölkerungsbildungen von Batavia, Singapore, Kalkutta, Bombay glaubt man in Japan sehr viel empfindlicher als die eigenen zu wissen; man glaubt nicht einmal, daß eine Erneuerung des „Anzac“- (australisch-neuseeländisches Armeekorps) Rufes zu den Waffen die gleiche Gefechtskraft, wie 1914 gegen die ganz anders gebundenen Zentralmächte, aus Sidney und Melbourne etwa gegen Japan herausholen würde, und aus den vier anderen Städten, in denen mehr als die halbe Bevölkerung Australiens sitzt. Auch der „rauhe Kalifornier“ hat durch die Ballung in Los Angeles und San Francisco viel an seinem kriegerischen Schreck verloren, namentlich seit die große Flotte der USA. um Hawai so ruhig im Skat liegenblieb, daß ihre Drohung sich abnützte wie das viele Gold in den Stahlkammern. Es ist schließlich ein Unterschied, ob man das Prinzip: „Fleet in being“ vor dem Fuchsbau an der Nordsee oder vor dem um die Japan-See und das Gelbe Meer mit transpazifischen Weiten handhaben möchte...

Ein geopolitisch greifbarer Hauptgrund für die jähe Beschleunigung, Übersteigerung und Wucht der politischen und sozialen Krise des Fernen und Mittleren Ostens liegt im Aufdrängen außenbürtiger, orts- und wesensfremder Formen der Verstädterung, des „Urbanismus“ durch das euramerikanische Abendland an die großen Kulturvölker Monsunasiens — und zwar noch mehr von U.S.-Amerika als von Europa aus.

Dabei hat Tawney gewiß recht, wenn er meint, daß von dieser einseitigen Verstädterung nicht wie in Altengland fast 90%, in Deutschland 73% der Bevölkerung, sondern in China erst etwa 20%, in Indien sogar erst 11—12% der Volksmasse erfaßt und aus ihrer natürlichen, angestammten Entwicklungsrichtung hinausgedrängt seien. Aber das Beispiel der Gewaltherrschaft eines relativ zahlen-schwachen verstädterten Proletariats über einige 140—150 Millionen Muschiks und ihresgleichen in den Sowjetbünden zeigt, daß es darauf nicht ankommt. Liest man z. B. aufmerksam daraufhin das vorerwähnte „China-Geheim“-Buch von Kisch, so sieht man augenblicklich, daß die Mehrzahl seiner Eindrücke nur aus Shanghai, Peking, Nanking, kaum Kanton und Hankau-Wuhan stammt, und daß er sie nach Mitteilungen von Frau Agnes Smedley (mit guter, aber höchst einseitiger Beobachtungsgabe) und des „China-Forum“-Kreises, auch wohl von Freunden des Kommunistenpaares Ruegg verallgemeinert. Man würde ein ähnliches Anklagebuch ebenso sicher über New York und Buenos Aires wie über Moskau und manchen „Kolchos“ (Agrarverwaltg. d. Sowjets) schreiben können und damit ebenfalls durchaus berechtigterweise das Gewissen der Menschheit erschüttern! Aber die schärfsten Schlaglichter und Schlagschatten hängen mit der Ortsfremdheit der betreffenden städtischen Nachtbilder zusammen, der russischen Emigration, der

verschleppten Frühindustrialisierung im „semi-european style“, die doch vorerst nur 127 Werke im riesigen China betrifft. Dennoch kann eine dort ausgeheckte Organisation durchaus wie ein Lauffeuer über China wegbrausen, wie denn in zwei Jahren die chinesische Sowjetorganisation — in Kanton entstanden, von Shanghai aus subventioniert — von etwa 60 000 Bewaffneten auf 90 000 und heute geschätzte 300 000 stieg, trotz verschiedenen „Vernichtungsfeldzügen“. Ortsfremde, von außen her in ihrer Gruppenbildung ins Leben gerufene Verstädterungserscheinungen sind auch in Indien, Bombay wie Kalkutta, Herde des Mißvergnügens und Ausgangspunkte gegensätzlicher, soziologischer wie wirtschaftspolitischer Strömungen, selbst unter den weißen Handelskammermitgliedern.

Von dem seit der Landöffnung jäh übersteigerten japanischen Verstädterungsproblem geht der überwiegende Teil der Antriebe zur stoßweisen Reichsexpansion aus; viel weniger von der in ländlicher Wohnweise auf etwa 47—48% herabgeglittenen, in der Beschäftigung noch etwa 57—58% der Volksmasse umfassenden ländlichen, land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerungsquote, eher schon von den mit Meererwerb befaßten, etwa 8—10 Millionen. (Genauere Zahlen weisen Dr. Schepers und Dr. Rosinsky in ihren Spezialarbeiten über Japans Meerernährung nach.)

Wohl ist noch ein Teil der fortschrittsfrohen Japaner im westlichen Sinn auch an dieser Jahreswende stolz über jedes 100 000 verstädterter Menschen mehr, die er namentlich für das unheimlich anschwellende Groß-Tokio (5,3 Mill. E.), für Osaka (über 2,5), für Nagoya (demnächst 1 Mill.) verbuchen kann. Aber schon wachsen die Kreise, die unter vier Augen zugeben, die große Torheit Japans heiße Groß-Tokio, wie die große U.S.Amerikas Groß-New York und Deutschlands Groß-Berlin, Kreise, die auf Erleichterung des Verstädterungsdruckes bedacht sind und in Spannungszeiten den Regierungsapparat sicher wieder aus der brodelnden verstädterten Menschenmasse hinweg in das stille, gefestigte Hiroshima oder Kure fahren werden.

Sehr fraglich ist ja auch, ob man heute noch in Britisch-Indien die Zentrale in das religiöse Streitgebiet um Delhi legen würde (vgl. Fall Alwar!), wenn nicht die Prunkbauten schon stünden, fraglich ist, ob man voraussah, daß ein sparsamerer Geldbewilligungskörper zuerst mit dem Luxus des wechselnden Regierungssitzes (ehedem Kalkutta-Simla, heute Delhi-Simla) aufräumen würde und die Sahibs in Regen und Sonne von Delhi herabnötigen müsse, die schon den Großmoguln so auf die Nerven ging, daß sie sich weither Wasserfäden in die Palastgärten leiten, Rosen samt Erde bis von Kabul karawanenweise herabtragen ließen oder auch nach Srinagar flüchteten. Ebenso liegt ja auf die Dauer schon im bloßen tropischen Großstadtdruck in Singapore oder Batavia ein hemmendes Moment für den weißen Mann gegenüber dem gelben und braunen Wettbewerb.

So hat die bloße Weiterverbreitung der von ihnen selbst in einseitiger und übertriebener Ausbrütung der Rassenkrankheiten und Volkskörperinfektion durch Ver-

städterung geschaffenen geopolitischen und sozialen Übelstände die Aussichten der Kolonialmächte auf guten Ausgang des von ihnen selbst durch den Weltkrieg herbeigeführten Abringens herabgedrückt. Da dieses Heft sich auch sonst mit Folgen der Verstädterung befaßt, mußte auch der indopazifische Bericht diesen Zusammenhang für sein Gebiet einmal beleuchten. Man kann die politisch-wissenschaftlichen Forscher geradezu in zwei große Gruppen einteilen, je nachdem sie diesen Befund erkennen, oder ob sie es nicht tun und dann sekundäre Symptome für primäre Ursachen lärmend bekämpfen.

Nicht jeder kann, wie Lord Irwin, in seinem Lebewohl an Bombay so sicher darauf trauen, daß ihm die Nachwelt gerecht wird, und sagen: „Das Lebenswerk eines Mannes oder einer Altersklasse ist eine kleine Kraft in der Evolution einer Volkheit, und wir werden sicherlich auf einer größeren Waage gewogen werden als wir wissen.“ Wesentlich ist, daß wir dann als ganze Gewichte darin liegen und nicht etwa, wie Macdonald oder Roosevelt und so viele andere, ganz verschieden wiegen, je nachdem wir als Abgeordnete oder Premierminister, durch Oppositionsgeschrei oder formende Taten wirken müssen. Wenn man begütigend zwischen Macdonald und Gandhi steht, wie Rabindranath Tagore, so spricht sich leicht aus: „Kein Land kann gegen seinen Willen von einem anderen regiert werden, und Indien nicht länger mit Gewalt...“ Noch vieles andere meinte der humane Weise, etwa wie Plato bei seinen Gastrollen in Syrakus. Aber kann sich China, könnte sich Indien ohne Gewalt regieren? Einstweilen jedenfalls stehen Anfang 1933 die Japaner für Manchukuo in Shanhaikwan und besetzen Jehol; schräg durch China marschieren rote Armeekorps und die umgewandelte 19. Armee hinterdrein; Islam und Hindus zerschlagen sich in Alwar, Bombay, Kaschmir die Köpfe, und R. Tagore predigt über indische Versöhnung, L. Cranmer-Byng schreibt goldene Worte über „The Vision of Asia“, herrlich in Erbauungsstunden zu lesen. „The Peoples Tribune“ serviert ein unübertreffliches Gemisch aus milder, weltversöhnender Kulturpolitik und scharfem antijapanischem Pfeffer, und der „Japanische Verein in Deutschland“ bereitet in geschickten Dosierungen das projapanische Gegengift.

Zwischen alledem sucht der Berichterstatter seinen Weg; er findet die gefährlichste Krankheitsursache des Ostens eben doch in der unweisen Übertragung westlicher Krankheitsstoffe in einen ganz anders aufgebauten Kulturkörper, der nur in Japan einigermaßen Zeit gehabt hatte, die unentbehrlichen Schutzstoffe auszubilden, sonst aber schutzlos im Fieber glüht.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Die ländliche Entvölkerung in Großbritannien**

Die Aufgabe von Kulturland, die Verminderung der Menschenzahl innerhalb eines größeren Landschaftsbereiches, die mit ihr einherzugehen pflegt, kurz: die Minderung der Menschenverbundenheit und Menschengestaltung eines Landes gehört zu den eindrucksvollsten Vorgängen, weil sie bis vor kurzem in Europa verhältnismäßig selten war, und auch heute noch selten zu sein scheint. Sie ist es in Wirklichkeit nicht. Die ausgezeichneten Arbeiten von Bernhard und seiner Schule haben gezeigt, daß die Alpenländer in weiten Teilen einen Bevölkerungsrückgang aufweisen; die Entvölkerung großer Teile der ländlichen Departements in Frankreich ist ebenso bekannt wie der früh einsetzende, zeitweise freilich wieder aussetzende Bevölkerungsrückgang in Irland; auch im Deutschen Reich finden sich einzelne ländliche Gebiete, deren Bevölkerung geringer ist als sie vor dem Kriege war. Die Nachkriegsentwicklung ist in Deutschland noch nicht genau zu verfolgen; die Zählung von 1925 liegt schon weit zurück.

Großbritannien hat Zählungen in den Jahren 1921 und 1931 gehabt; ein Vergleich der Bevölkerungsverteilung in diesen beiden Jahren ist lehrreich — selbst wenn man in der Darstellung nicht auf die Gemeinden, sondern nur auf die größeren Gebietseinheiten der Counties zurückgreift. Gewiß gehen dabei die Wanderungsverluste auf kleinem Raum der Darstellung verloren. Wenn eine Industriestadt nur auf Kosten der sie unmittelbar umgebenden Landfläche wächst, dann tritt das in der Bevölkerungsstatistik der Counties nicht in Erscheinung. Aber die Counties umfassen verhältnismäßig kleine Flächen: ihre Durchschnittsgröße ist für England etwa 2600, für Wales etwa 1550, für Schottland etwa 2300 qkm. Zahlreiche Grafschaften in Schottland (Bute, Clackmannan, Dumbarton, Haddington, Kinross, Nairn, Renfrew, Selkirk und Linlithgow), einige in England und Wales (Middlesex, Rutland; Anglesey, Flint) sind an Fläche kleiner als die Stadt Berlin mit 880 qkm. Die größte Grafschaft in England, York-West, ist etwa so groß wie der Regierungsbezirk Münster, die zweitgrößte, Devonshire, so groß wie der Regierungsbezirk Stade. In Schottland gehen nur die dünnbevölkerten nördlichen und nordwestlichen Grafschaften Inverness, Argyll, Ross-Cromarty über diese Größenordnung hinaus. So wird der Wanderungsverlust auch bei einer kartographischen Darstellung, die sich auf die Grafschaften bezieht, im allgemeinen erfaßt werden — mit Ausnahme jener Gebiete, in denen städtische Zuwachs- und ländliche Entvölkerungsgebiete sehr nahe beisammenliegen, wie in einigen Teilen von Lancashire und Yorkshire, in Durham und Northumberland und vielleicht in einigen der östlichen Grafschaften Englands. Der mögliche Fehler einer solchen Darstellung liegt darin, daß einige Gebiete, deren Bevölkerung schon zurückgeht, von der Darstellung als Entvölkerungsgebiet ausgeschlossen bleiben, weil einzelne Städte noch Wanderungsgewinn auf-

weisen; daß umgekehrt einige noch eben wachsende Städte, wie Aberdeen und Dundee in Schottland, Cardiff in Wales mehr als ausgeglichen werden durch eine stark schrumpfende Bevölkerung im Umkreis. Im ganzen also ist die von der



Bevölkerungsverminderung erfaßte Fläche noch größer als sie auf der Karte erscheint; auf dieser treten nur die stärksten und am meisten zusammenhängenden Gebiete des Rückgangs hervor.

Deren Verteilung aber gibt ein sehr klares und eindrucksvolles Bild. Das gesamte

nördliche Hochland in Schottland ist ein geschlossenes Gebiet des Bevölkerungsrückgangs, ebenso der Westen Südschottlands; die Lowlands sind keineswegs ein geschlossenes Gebiet des Zuwachses: dieses beschränkt sich auf die unmittelbare Umgebung von Edinburg und Glasgow, und im südlichen Hügelland auf Selkirk, Renfrew und Roxborough.

An die Entvölkerungsgebiete von Südschottland schließen sich die englischen Grafschaften Cumberland und Westmorland; weiter südlich gehört der größte Teil von Wales und im Südwesten die Grafschaft Cornwall dazu. So ist die gesamte Westküste Großbritanniens mit Ausnahme Lancashires, wo das Industriegebiet an die Küste reicht, der Liverpool benachbarten Waliser Grafschaften Denbigh und Flint, und einiger Strecken um den Bristolkanal Entvölkerungsgebiet. Demgegenüber sind es im Osten Englands nur zwei Grafschaften, die schon im Bevölkerungsrückgang sind: das kleine Rutland und das London benachbarte Essex, das am wenigsten teilhat an der Außenentwicklung der Hauptstadt. Freilich kommen auch Suffolk und Norfolk der Grenze des Gleichgewichts sehr nahe; es ist wahrscheinlich, daß eine nächste Zählung auch hier an der Ostküste ein größeres Gebiet des Bevölkerungsrückganges aufweisen wird.

Die regionalen Einzelheiten aufzuzeigen, kann nicht die Aufgabe dieser kurzen Übersicht sein. Die Übereinstimmung der wichtigsten Entvölkerungsgebiete mit den Bergländern und mit den klimatisch ungünstigsten, dem atlantischen Wetter offensten, der Landwirtschaft und dem täglichen Leben des Menschen unfreundlichsten Landstrichen ergibt sich ohne weiteres. Bemerkenswert aber ist, daß auch ein großes Bergbauggebiet, das Kohlengebiet um Cardiff, zu den Gebieten der Entvölkerung zählt. London selbst unterliegt weiter der Citybildung; die Wanderung in die Außenbezirke hält an; die Verringerung der Volkszahl im Stadtkern ist beträchtlich. Das Gesamtbild zeugt für die weitere Verstädterung Großbritanniens.

VOM ABSTERBEN DER STÄDTE

Zum Fragenkreis der Verstädterung I

Der Fragenkreis der Verstädterung, des Urbanismus, ist — neben dem Verhältnis der Ernährungskraft des Bodens zu seiner drohenden Übervölkerung — der wichtigste für die Zukunft der Menschheit auf der immer enger werdenden Erde. Zu seiner voraussetzungslosen Erforschung müssen sich Geopolitik, Ethnopolitik und Soziopolitik die Hand reichen, ganz gleich, ob wir die Bevölkerungswissenschaften und Gesellschaftswissenschaften gegen ihre erdbestimmten und bodenwüchsigen Grundlagen so abgrenzen, wie R. Kjellén es tat, oder wie wir Neueren es tun. Kein Gesellschaftsbau: Land, Staat, Reich, Völkerbund, Sowjet oder USA. kann frei vom Boden, von der Erde auf dem Papier stehen; und sobald man ihn

auf festen Boden zu stellen sucht, erhebt sich, gleich nach der Frage, ob überhaupt Raum zum Atmen da sei, die zweite: ob das Leben sich in ländlichen oder verstädterten Formen darauf abspiele.

Die Frage, ob ein verstädteter Lebensraum sich dauernd lebensfähig erhalten kann, ist an vereinzelten Stellen unseres Planeten uralten Versuchen unterworfen worden, deren Ablauf wir zum Teil sehr genau kennen. Es gab einen verderblichen Stadt-Land-Gegensatz in Babylon, Ur und Ninive — wahrscheinlich ganz ähnlich, wie er ehemals das mittelalterliche Bagdad zerstörte und heute noch durch den Haß des Nomaden gegen den Städter das Irak lähmt. Athen, Rom, Alexandria und die syrischen Orontes-Städte, Alt-Delhi zeigen verwandte Erscheinungen; und dem römischen Reich wurde seine Unfähigkeit, die Verstädterungsfrage zu lösen (wie Eduard Meyer in seiner „Wirtschaftlichen Entwicklung des Altertums“ enthüllt), zum Reichsproblem, an dem die Antike zerbrach.

Aber erst das 19. Jahrhundert sah die Verstädterungsgefahr für das Dasein weiter Erdräume zum weltumspannenden Problem heranwachsen, ungefähr gleichläufig mit der rasch zunehmenden Volksdichte, obwohl in Ostindien und China lange vor Europas Industrialisierung altgeschichtliche Räume vorindustrieller Volksverdichtung ohne eigentliche Verstädterung bestanden: in Bengalen, Shantung und im Yangtsetal. In dem außerordentlich dicht besiedelten Japan ist erst 1927 mit 51% gegen 49% das Überwiegen städtischer Bevölkerung über die ländliche eingetreten.

Dennoch ist Japan, mit 8 Arbeiter- und Kleinbauern-Abgeordneten unter 466, noch weit von jener Neigung zur Arbeiterherrschaft, die wir mit so ausgesprochener Entwicklung der Verstädterung im Westen als selbstverständliche Parallelerscheinung verbinden, oder gar von der spätrömischen Entwicklung auf panem et circenses hin, in vorwaltend materieller Einstellung eines großstädtischen Proletariats.

Aber die Tatsache, daß mit den Gedankenreihen der Verstädterung fast selbsttätig solche des Verfalls von staatlichen und städtischen Lebensformen sich in unser Erfahrungsbild einschalten, zeigt uns den Ernst der Lage und die Notwendigkeit, ihm ins Auge zu sehen.

Wann spricht die Wissenschaft beim Vergleich der menschlichen Siedlungsformen auf der Erde von Verstädterung? Der rein zahlenmäßig Eingestellte macht sich die Antwort leicht und sagt: Wenn die Statistik uns nachweist, daß mehr als 50% der Bevölkerung in Städten wohnen oder unter der Vorherrschaft städtischen Lebens stehen. Aber so monoton ist der Gottheit lebendiges Kleid nicht gewoben! Überschaun wir den Erdball vergleichend, so erfahren viele unserer Mitbürger wahrscheinlich mit Staunen, daß Erdräume hochgradig verstädtert sind, die sie für vorwiegend ländliche, agrarische halten, in deren Ausfuhr auch eine landwirtschaftliche Farbe deutlich sichtbar wird, wie Australien, Kalifornien, neben den wirklich durch Industrialisierung verstädterten und übervölkerten, wie Deutschland, Belgien, England und Teilgebieten der Vereinigten Staaten im Osten. Und zu ihrer weiteren

Überraschung sehen sie großräumige Landschaften, wie Indien, ausgedehnte Teile von China, mit uralter Kultur, altberühmten Stadtnamen, noch immer auf den Schultern der Dorfgemeinschaft, der Panchayat stehen, und die altberühmten Stätten menschlicher Stadtkultur darin zahlenmäßig eine ganz bescheidene Rolle spielen. Wir sehen also: mit den allzu dürftigen statistischen Methoden werden wir diesem Problem nicht beikommen. Dazu ist es zu lebensvoll und zu vielgestaltig: es ist überhaupt nicht mit den Mitteln einer einzelnen Ressortwissenschaft allein erfaßbar. Sie sind alle dafür zu eng!

Es gibt keinen andern Weg, als den der sorgfältigen, aber auch mühevollen länderkundlichen und volkswirtschaftlichen Untersuchung der einzelnen Groß- und Teilräume auf das Bild und den Grad ihrer Verstädterung hin, und dann erst wieder ihrer vergleichenden Zusammenfassung darauf hin, wie sich die Verstädterung in ihnen auswirkt, ob sie der Arbeiterherrschaft Vorschub leistet und sie dann wieder dadurch zerstört, daß die Stadt, namentlich die Großstadt, eben ein Verzehr des Lebens auf der Erdoberfläche in größerem Umfang ist, als sie Leben hervorbringt und steigert.

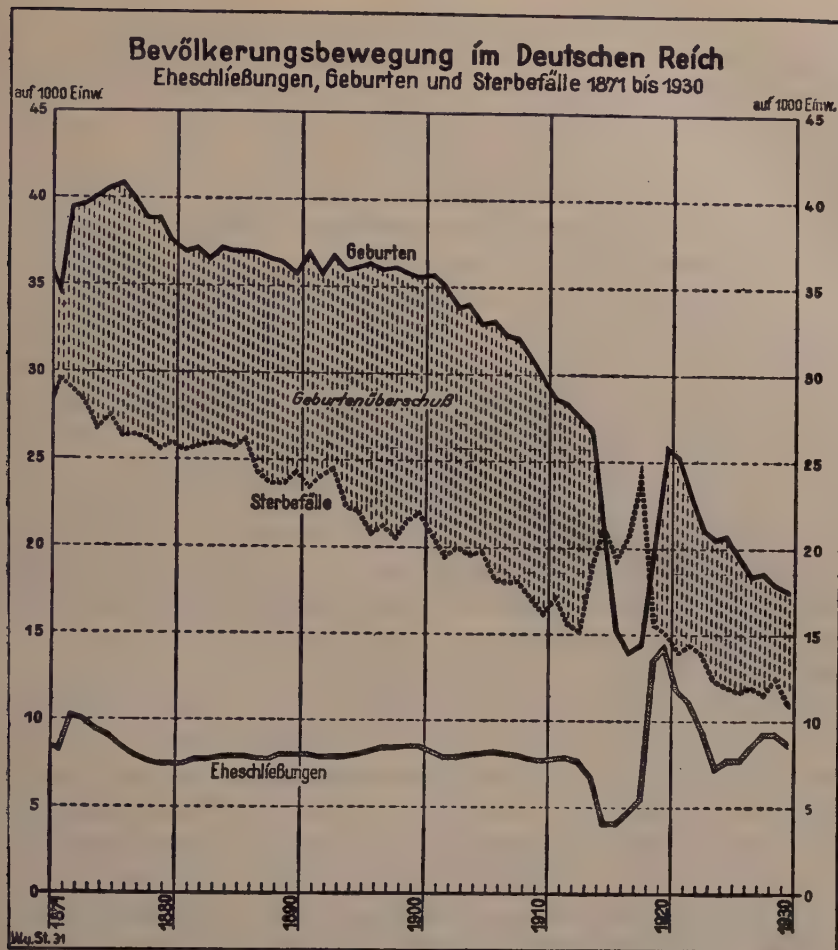
Karl Haushofer¹⁾).

Zum Fragenkreis der Verstädterung II

Zur Kernfrage des Verstädterungsproblems wird die Feststellung: wo wächst die Stadt, die mit dem Boden verwurzelte Sammelstätte der Kultur, hinüber in die wurzellose Form der Großstadt, — jenen „Verzehr des Lebens“, wie Haushofer sagt? Hier liegt ein entscheidender Schnitt, fast eine strukturelle Änderung. Sie wird sinnfällig, wenn man München, statistisch eine Großstadt von 730 000 Einwohnern (1931), vergleicht mit Köln, das fast genau ebensoviel Bewohner hat. Während München sich in seinem Gefüge nur langsam wandelte, ist bei Köln in der Nachkriegszeit eine Umstellung festzustellen, die unter Vernichtung alter Werte (wie es auch seine Altstadt schon frühzeitig geopfert hat) bis an die Wurzeln des sozialen Gefüges geht. Vorgetrieben wurde diese Entwicklung durch die Lagen- gunst während der Besatzungszeit: die Tatsache, daß der Druck der englischen Besatzung leichter war als der von Belgiern und Franzosen, gab Köln für die Dauer der Besatzung und der Inflation eine Bedeutung, die weit über seinen „Lebensraum“ hinausging.

Man wird unschwer Parallelen zwischen dieser Entwicklung der Stadt und dem auffinden können, was wir im Januarheft als Monokulturerscheinung feststellten. Denn in zwiefacher Hinsicht ist die Großstadt, wenn sie einmal wurzellos geworden ist, monokulturbedingt: zum einen ist sie in einseitiger Weise Ausgleichsstelle zwischen den verschiedenen Erzeugungsmonokulturen (in einem nach Größe und Bedeutung unterschiedlichen Einzugsgebiet). Zum anderen aber ist

¹⁾ In der Einleitung zu Gattineau, H. J. C.: Verstädterung und Arbeiterherrschaft, Berlin 1929, S. XII ff.



Aus Fr. Burgdörfer: Volk ohne Jugend, Berlin 1932

Auf einige Aussagen, welche diese Darstellung vermittelt, sei besonders hingewiesen: die Geburtenzahl beschreibt eine Kurve, deren Bruch 1901 einsetzt und die — mit der Unterbrechung durch den Krieg — völlig gleichmäßig bis heute absinkt. Weder die durch Vorkriegszeit, Krieg, Inflation und Krise alle Extreme durchlaufenden Wirtschaftsbedingungen haben den Verlauf der Kurve beeinflusst, noch hat der Krieg eine heute ersichtliche langdauernde Einwirkung neben der vorübergehenden von 1914—1920 ausgeübt. Tatsachen, die deutlich gegen die landläufige Auffassung sprechen: daß die Kinderzahl von wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmt werde. Sehr beachtenswert ist auch das Ineinanderwirken der anderen Kurven dieser Darstellung: das ständige Sinken der Sterbeziffer um fast $\frac{2}{3}$, die Gleichmäßigkeit der Eheschließungen vor dem Kriege, die Tatsache, daß wir heute bei demgegenüber hohen Eheschließungsziffern einen Tiefstand der Geburten haben. Auf die Problematik, die hinter diesen zunächst nur statistisch zu bewertenden Kurvenverläufen steht, kann hier nicht eingegangen werden.

sie selbst Ausstrahlungsgebiet im Sinne der Monokultur: von ihr vor allem gehen jene Einflüsse aus, die wir unter dem Begriff „Verstädterung“ erfassen wollen. Ein Begriff übrigens, der nur die verhängnisvoll-einseitigen Auswirkungen der entwurzelten Großstadt, nicht aber die andersgearteten der Stadt deckt.

Monokultur zieht Monokultur nach sich. Nach diesem Satz steht in der entwickelten Stadt alles Leben unter dem Banne der Monokultur. Das großstädtische Dasein trägt den Zug der Einseitigkeit. Beim einzelnen Menschen verschiebt sich das Schwergewicht des Lebens zur Berufsarbeit, die normalisiert, speziell geworden ist und ihren eigentlichen Kulturgehalt zu verlieren droht oder schon verloren hat. Das Eigenleben schwindet unter der Belastung mit dieser Arbeit, die unter der Peitsche des „Tempos“ meist auch die physischen Kräfte an sich reißt. Es fehlt der Einklang zwischen den beiden Hälften, in die der Stadtmensch zerrissen wird: dem Erwerbsdasein und dem „eigentlichen Leben“.

Dieser Zwiespalt reicht bis in die Lebensfunktionen des Stadtmenschen. Es gibt vieles, was Mediziner und Biologe hierzu sagen könnten. In einem der nächsten Hefte werden wir ausführlicher auch diese Auswirkungen des Stadtlebens auf den Körper des Menschen behandeln. In diesem Heft liegt uns daran, zunächst das Verhängnis aufzuzeigen, mit dem die Einseitigkeit städtischer Lebensform die Familie, die Generationenfolge und in letzter Entwicklung Volkskörper und Staat bedroht.

Unter dem Zwang des Stadtlebens wird der einzelne Mensch in biologisch und psychologisch faßbarer Weise umgestaltet: die Angleichung der Geschlechter, die Vermännlichung der Frau, die Verweiblichung des Mannes, sprechen dafür. Es ist kein Zufall, daß gerade in den Ländern stärkster Verstädterung (USAmerika, Großbritannien, Deutschland) die Polarität der Geschlechter stark an Spannung verloren hat. Einseitig wird das Familienleben von Wirtschaftsfragen bestimmt. Mann, Frau und Kind, sie alle stehen unter der Not des „Verdienens“. So laufen ihre einzelnen Lebenskreise auseinander. Der Boden zwingender Gemeinsamkeit, der die mittelalterliche Familie kennzeichnet, ist versunken. Fast nur der Bauer kennt ihn heute noch. Die Ehe büßt an Tragfähigkeit ein (man beachte die Scheidungspraxis!); mit der Spannkraft der Ehe sinkt der Wille zur Fortpflanzung: Geburtenmüdigkeit und Geburtenverweigerung gewinnen die Oberhand. Trotz Zunahme der Eheschlüsse gehen die Geburten jäh zurück. Sie reichen in den Ländern der höchsten Verstädterung nicht mehr aus, den Bestand der Bevölkerung zu erhalten: die Städte sterben ab.

Diese Erscheinung ist so sichtlich mit dem Wesen der wurzellosen Großstadt verbunden, daß sie wohl dazu dienen kann, an die tieferen Lagen der mit Verstädterung verbundenen Fragen heranzukommen. Es kommt hinzu, daß gerade die Bevölkerungsstatistik mehr als andere Formen der Statistik in der Lage scheint, auf viele Fragen Auskunft zu geben, die sich bei der Suche nach einer Erklärung

der für das Schicksal des deutschen Volkes ausschlaggebenden Bevölkerungsbewegung aufdrängen: Hier wird die wissenschaftliche Fragestellung am ehesten zu Ergebnissen führen.

In folgendem Aufsatz stellt F. Burgdörfer das Verhältnis zwischen den Geburtenziffern des Landes und der deutschen Städte dar, um daraus eine Reihe wichtiger Folgerungen für die großen Linien der deutschen Politik zu ziehen. Es ist zu beachten, daß diese Untersuchung sich streng an den statistischen Begriff der Stadt hält, zunächst also keinen Aufschluß gibt für den Prozeß der Verstädterung, wie wir ihn oben erläuterten. Ihm werden wir uns erst im weiteren Verlauf unserer Untersuchung nähern, die zunächst im Märzheft fortgeführt wird.

Die Schriftleitung.

Friedrich Burgdörfer / Stadt oder Land?

Berechnungen und Betrachtungen zum Problem der deutschen Verstädterung¹⁾

Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsstruktur

Wenn Deutschland, das bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein ausgesprochenes Agrarland war, sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu einem vorwiegend Industrie und Handel treibenden Land entwickelt hat, wenn aus einem vorwiegend ländlichen Volk ein vorwiegend städtisches Volk geworden ist²⁾, so war die treibende Kraft dieser großen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umschichtung das stürmische Bevölkerungswachstum jener Epoche. Nachdem dieses Bevölkerungswachstum so gut wie aufgehört hat und die Gefahr eines Bevölkerungsstillstandes, ja eines baldigen Rückgangs nahegerückt ist, drängt sich von selbst die Vermutung auf, daß auch jener volkswirtschaftliche Umbildungsprozeß seinem Abschluß oder gar einer gewissen Rückbildung nahe sein dürfte.

Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsstruktur stehen in enger Wechselwirkung. Wie das rüstige Bevölkerungswachstum der treibende Faktor der volkswirtschaftlichen Umschichtung, insbesondere der starken Ausweitung von Industrie, Handel und Verkehr (bei ungefähr gleichbleibender Landwirtschaft) war, so ist umgekehrt jenes stürmische Bevölkerungswachstum bis zu einem gewissen Grad auch wieder bedingt und ermöglicht gewesen durch die kraftvolle wirtschaftliche Entwicklung. Und diese wiederum wurde ihrerseits vorbereitet und aufs nachhaltigste gefördert durch die staatliche Entwicklung: die Gründung des Deutschen Zollvereins, die Wiederaufrichtung und machtpolitische Erstarkung

¹⁾ Auszugsweise entnommen aus dem in Kürze erscheinenden Werk: F. Burgdörfer, *Zurück zum Agrarstaat?* Berlin-Grunewald 1933. Kart. ca. M. 4.80.

²⁾ Vgl. F. Burgdörfer, *Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes*, Deutschland-Jahrbuch 1928, herausg. vom Reichsminister a. D. Dr. Külz, Leipzig 1928, S. 1 f.

des Reiches, die damit verbundene Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes; in ihm wurde die Wirtschaft im Wege der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit von lästigen Fesseln befreit und zugleich mächtig weitergetrieben durch die Fortschritte im binnenländischen und internationalen Verkehrswesen, durch die Entfaltung der Energiewirtschaft (Dampf und Elektrizität), durch Maschinisierung und Mechanisierung des Produktionsprozesses, durch bedeutsame Fortschritte auf allen Gebieten der Technik und der Wissenschaft.

Wie immer man diese enge Wechselwirkung zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsentwicklung beurteilen mag und wie hoch man den Einfluß der anderen (genannten und nicht genannten) Faktoren auf die wirtschaftliche Entwicklung einschätzen mag, so dürfte doch kaum zu bestreiten sein, daß das starke Bevölkerungswachstum, das in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts — weniger durch Steigerung der Geburtenziffer als durch Rückgang der Sterblichkeit, durch die Fortschritte der Medizin und Hygiene, durch zielbewußten Kampf gegen Volksseuchen und die günstigen Auswirkungen der die breiten Massen des Volkes umfassenden Sozialversicherung — erreicht wurde, die primäre Ursache und die treibende Kraft jener wirtschaftlichen Entwicklung war.

Seit Reichskanzler v. Caprivi das Wort von der „Notwendigkeit des Warenexports an Stelle des Menschenexports“ im Deutschen Reichstag (10. Dezember 1891) geprägt hat, sind mehr als vier Jahrzehnte vergangen. Die berufliche und soziale Umschichtung in unserem Volk hat aber schon früher, d. h. vor der bewußten Umstellung unserer Wirtschaftspolitik auf jenes Ziel, begonnen. Sie läßt sich statistisch bis zum Jahre 1882, also auf rund 50 Jahre zurückverfolgen. Der grundlegende Wandel, der sich in der volkswirtschaftlichen Struktur des Deutschen Reichs (heutigen Gebietsumfangs) im letzten halben Jahrhundert vollzogen hat, geht aus folgender Darstellung klar hervor.

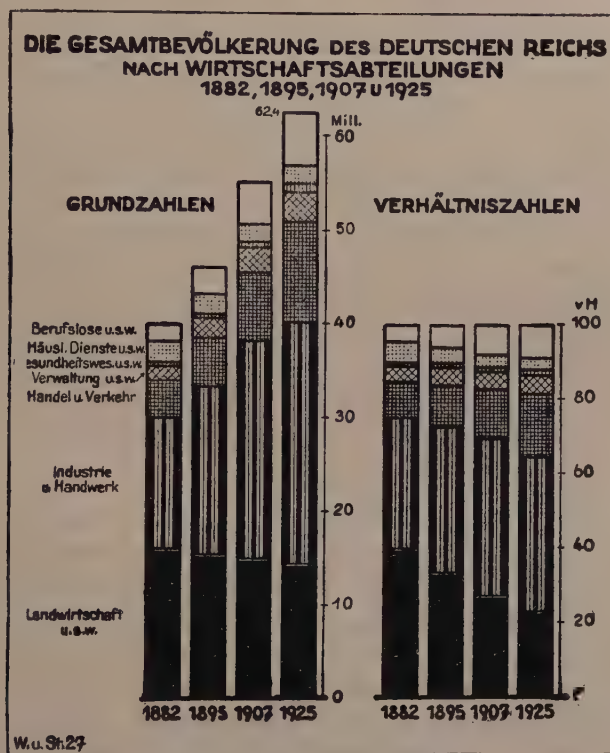
Industrie, Handel und Verkehr haben somit von dem gesamten Bevölkerungszuwachs von rund $22\frac{1}{2}$ Millionen insgesamt $18\frac{1}{2}$ Millionen neu aufgenommen, d. h. mehr Menschen als zu Beginn der Beobachtungsperiode auf Land- und Forstwirtschaft überhaupt entfielen und vor allem mehr Menschen, als heute noch auf die Land- und Forstwirtschaft entfallen.

Die Verstädterung

Hand in Hand mit dieser grundlegenden Wandlung der wirtschaftlichen Struktur ging eine weitgreifende Verstädterung unseres Volkes¹⁾. Die Landgemeinden

¹⁾ Vgl. hierzu den Bericht des Enqueteausschusses, 1. Unterausschuß, 2. Arbeitsgruppe (Vorsitzender Präsident Zahn): „Das Wirtschaftsleben der Städte, Landkreise und Landgemeinden“, Berlin 1930. Ferner W. Morgenroth, Die wirtschaftlichen Grundlagen der Großstadt. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 1931, S. 597 f. — Ders., Das Bevölkerungsproblem der großen Städte, Der Städtetag 1931, Märzheft. — Ferner Referat von Dr. Kessner, Stuttgart, über „Die Entwicklungstendenzen der großstädtischen Be-

(von unter 2000 Einwohnern) konnten zwar ihre Einwohnerzahl von Zählung zu Zählung auf dem gleichen Niveau erhalten: im alten Reichsgebiet auf rund 26 Millionen. Der gesamte Bevölkerungszuwachs aber, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, und der im alten Reichsgebiet von 1871 bis 1910 sich auf rund 24 Millionen (Steigerung der Reichsbevölkerung von 41 auf 65 Millionen), im heutigen Reichsgebiet von 1910 bis 1925 sich auf 4,6 Millionen (Steigerung der Bevölkerungszahl von 57,8 auf



(Aus „Wirtschaft und Statistik“.)

62,4 Millionen) belief, ist restlos den städtischen Gemeinden zugute gekommen. Die Städte waren sonach die Sammelbecken, in denen der gewaltige Bevölkerungszuwachs des Deutschen Reichs, wie wir ihn in der Vorkriegszeit hatten, aufgefangen und dem Reich erhalten wurde. Der Zuwachs selbst war freilich zu weit überwiegendem Teil ländlicher Herkunft, doch hatten auch die Städte bis vor ein oder zwei Jahrzehnten fast durchweg noch ein eigenes Bevölkerungswachstum aufzuweisen.

völkerung“ auf der Tagung des Verbandes der Deutschen Städtestatistiker, Berlin 1932. (Auszug im Deutschen Statistischen Zentralblatt 1932, Heft 7, S. 212 f.).

Im ganzen hat sich der Anteil der Landbevölkerung (hier Gemeinden mit unter 2000 Einwohnern) von rund zwei Drittel (64 v. H.) im Jahre 1871 auf etwa ein Drittel (36 v. H.) im Jahre 1925 verringert, der Anteil der Stadtbevölkerung dagegen ist in der gleichen Zeit von einem Drittel auf rund zwei Drittel angewachsen.

Besonders stark war das Wachstum der Großstädte, d. h. der Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern. Hatten wir 1871 ganze 8 Großstädte mit einer Einwohnerzahl von noch nicht 2 Millionen oder 4,8 v. H. der Reichsbevölkerung, so zählte das Reich (ohne Saargebiet) bei der letzten Volkszählung 45 Großstädte mit 16,7 Millionen Einwohnern oder 27 v. H. der Reichsbevölkerung. Heute 1932, haben wir nach den großen Eingemeindungsaktionen im Ruhrgebiet und in Oberschlesien im Deutschen Reich (ohne Saarbrücken) 50 Großstädte mit insgesamt 19,6 Millionen Einwohnern. Rund 30 v. H. oder fast jeder dritte Deutsche lebt heute in einer Großstadt. Während um das Jahr 1882 die landwirtschaftliche Berufsbevölkerung (im alten Reich) mit rund 19 Millionen Berufszugehörigen zahlenmäßig noch mehr als fünfmal so stark war wie die damalige Großstadtbevölkerung (3,3 Millionen), ist heute die gesamte Einwohnerzahl der deutschen Großstädte bereits um rund 5 Millionen größer als die gesamte landwirtschaftliche Berufsbevölkerung des Reichs ($19\frac{1}{2} : 14\frac{1}{2}$ Millionen). Diese Gegenüberstellung verdeutlicht vielleicht am stärksten die grundlegende Strukturwandlung, die sich in unserer Wirtschaft und in unserem Volk auf der Grundlage des früheren starken Bevölkerungswachstums vollzogen hat.

Diese Epoche kann im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Das stürmische Bevölkerungswachstum hat nicht nur aufgehört, sondern heute ist das deutsche Volk — als Ganzes betrachtet — schon nicht mehr in der Lage oder willens, seinen bloßen Bestand aus eigener Kraft zu erhalten.

Entscheidende Wende in der Bevölkerungsentwicklung

Der Wirtschaftliche Tragkörper wird in zwei oder drei Jahrzehnten zu schrumpfen beginnen. Was das bedeutet, wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in den letzten 50 Jahren die Zahl der Erwerbstätigen innerhalb des heutigen Reichsgebiets sich rund verdoppelt hat; sie ist in dem Vierteljahrhundert von 1882 bis 1907 von 17 auf 25 Millionen (also jährlich um rund 300 000) und in dem Vierteljahrhundert 1907 bis 1932 abermals um 8 Millionen angestiegen. Demgegenüber wird sie in dem nächsten Vierteljahrhundert kaum noch um weitere 2 Millionen ansteigen, also praktisch schon fast stagnieren, um dann in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, wenn die stark besetzten Geburtsjahrgänge der 80er, 90er Jahre aus dem Erwerbsleben wieder ausscheiden, scharf abzusinken bis auf etwa zwei Drittel ihres heutigen Standes.

Wir stehen, von der Bevölkerungsseite aus gesehen, an einer grundsätzlichen Wende. Das Tempo der Bevölkerungsentwicklung hat sich ganz ungewöhnlich verlangsamt. Die Bevölkerungszahl des Reiches dürfte, wie oben näher dargelegt, um das Jahr 1945 mit etwas über 67 Millionen ihren Höhepunkt erreichen und dann — falls nicht die Lücken, welche das deutsche Volk durch willentliche Beschränkung seiner Kinderzahl entstehen läßt, durch Zuwanderung aus fremden Völkern aufgefüllt werden — in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts anfangs noch langsam, in dem letzten Viertel des Jahrhunderts aber mit fortschreitender Ge-

schwindigkeit absinken, um gegen Ende des Jahrhunderts auf einem Niveau anzugelangen (bei etwa 47 Millionen), das wir bereits vor 50 Jahren überschritten hatten. Und was noch wichtiger ist als die Schrumpfung der bloßen Bevölkerungszahl: der Bevölkerungsbestand geht ganz unausweichlich und mindestens auf Jahrzehnte hinaus einem Zustand starker Überalterung entgegen. Wir sind im Begriff, ein „Volk ohne Jugend“ zu werden.

Dieser grundsätzliche Wandel in unserer natürlichen Bevölkerungsentwicklung kann und wird nicht ohne tiefgreifende Rückwirkungen auf unsere wirtschaftliche Entwicklung und auf die künftige Struktur unserer Volkswirtschaft bleiben.

Rückkehr zur ehemaligen Wirtschaftsstruktur?

Ob freilich die 47 Millionen Deutschen, die am Ende dieses Jahrhunderts möglicherweise noch im Reich vorhanden sind, die gleiche wirtschaftliche, soziale und Siedlungsstruktur haben werden wie die 47 Millionen, die wir um das Jahr 1885 im alten Reichsgebiet hatten, mag fraglich erscheinen, fraglich vor allem auch deshalb, weil der Altersaufbau dieser Bevölkerung ein ganz anderer sein wird, als er um das Jahr 1885 war. Von der Gesamtbevölkerung standen bzw. stehen

im Alter von	im Jahre 1885 Millionen v. H.	um das Jahr 2000 Millionen v. H.
unter 15 Jahren (Kinder)	16,6	35,4
15 Jahre bis unter 65 Jahren (Erwerbsfähige)	27,9	59,6
über 65 Jahren (Greise)	2,3	5,0
Insgesamt	46,8	100,0

Unter den 47 Millionen Einwohnern, die am Ende dieses Jahrhunderts nach dem mutmaßlichen Gang der natürlichen Bevölkerungsentwicklung innerhalb des Reichs zu erwarten sind, wird die Zahl der Kinder um die Hälfte kleiner, die der Greise dagegen dreimal so groß sein, wie sie im Jahre 1885 in einer gleich großen Bevölkerungszahl war. Der zahlenmäßige Anteil der Erwerbsfähigen wird zwar mit 67 v. H. etwas größer sein als im Jahre 1885. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß auch innerhalb der Schicht der erwerbsfähigen Altersklassen eine starke Überalterung zu erwarten ist.

Arbeitsmarktpolitisch betrachtet, sind wir noch nicht in das Stadium des scharfen Geburtenrückgangs eingetreten. Die in den erwerbsfähigen Altersklassen verkörperte Produktionskraft unseres Volkes beruht augenblicklich noch fast ausschließlich auf den stark besetzten Geburtsjahrgängen der Vorkriegszeit. Die eigentliche Schrumpfung des lebendigen Tragkörpers unserer Volkswirtschaft wird erst in anderthalb oder zwei Jahrzehnten beginnen, dann nämlich, wenn die stark besetzten Geburtsjahrgänge aus dem Erwerbsleben durch Tod oder Invalidität ausscheiden, ohne daß sie durch die jetzt nachrückenden schwach besetzten Nachkriegsjahrgänge voll ersetzt werden können. Bis dahin aber, d. h. etwa bis zur Mitte dieses Jahrhunderts, haben wir noch mit einem (freilich relativ schwachen) Zuwachs an erwerbsfähigen und erwerbsuchenden Menschen zu rechnen.

Es folgen die Untersuchungen über die in Deutschland bestehenden Möglichkeiten einer Reagrarisierung: über die Grenzen der ländlichen Siedlung von den Bodenverhältnissen wie von der Produktions- und Absatzseite her. Wir können die ausführlich abwägenden Untersuchungen hier nicht zum Abdruck bringen und verweisen für sie auf das demnächst erscheinende Buch. Nur die Schlußfolgerungen mögen an dieser Stelle noch Platz finden.

Die Schriftleitung.

Schlußfolgerungen

Aus alledem ergibt sich, daß nicht nur die Möglichkeiten einer Umsiedlung von nennenswerten Teilen der städtischen Industriebevölkerung auf das Land eng begrenzt sind, sondern daß auch der Festhaltung eines größeren Teiles des ländlichen Nachwuchses im Wege der landwirtschaftlichen Siedlung nicht unerhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen.

Solange Deutschland seine heutige Bevölkerungszahl und Bevölkerungsdichte behalten wird, ist eine Rückbildung zum vorwiegenden Agrarstaat kaum denkbar, ja selbst auch nur eine Verstärkung des agrarischen Anteils innerhalb der gesamten Volkswirtschaft vorerst wenig wahrscheinlich. Auch im Falle der Schrumpfung der Bevölkerungszahl, wie sie von der Mitte dieses Jahrhunderts ab zu erwarten ist, wird Deutschland immer noch ein Agrar-Industrie-Handelsstaat bleiben. Es wird dann aber aller Wahrscheinlichkeit nach eine allmähliche Akzentverschiebung in der Richtung einer stärkeren Betonung der agrarischen Grundlage der Gesamtwirtschaft sich durchsetzen können und durchsetzen müssen, — wenn man will: eine Reagrarisierung mit dem Ziel der Wiederherstellung eines angemessenen Gleichgewichts zwischen Landwirtschaft und Industrie im Rahmen unserer gesamten Volkswirtschaft.

Das scheint mir die Gesamtrichtung zu sein, die sich auf lange Sicht aus den bevölkerungsdynamischen Grundtatsachen heraus mehr oder weniger zwangsläufig ergeben dürfte. Unsere Zeit steht — auch bevölkerungsdynamisch betrachtet — im Zeichen des Übergangs mit seinen ganz besonderen Schwierigkeiten und den notwendig daraus folgenden Zwiespältigkeiten hinsichtlich der unmittelbaren praktischen Zielsetzung. Aufs ganze gesehen wird man aber das Ergebnis der bevölkerungsdynamischen Betrachtungen etwa wie folgt zusammenfassen können:

1. Das Hauptziel einer nationalen Wirtschaftspolitik wird sein müssen, die landwirtschaftliche Grundlage unserer Volkswirtschaft, insbesondere ein starkes Bauerntum, als die ergiebigste Regenerationsquelle unseres Volkes nicht nur zu erhalten, sondern womöglich noch zu verstärken und zugleich damit den bereits erreichten relativ hohen Grad von Nahrungsfreiheit zu behaupten oder ihn noch zu verbessern. Es kann — schon im Hinblick auf die biologische Unterbilanz unseres Volkes und die drohende Schrumpfung und Überalterung des Volkskörpers — keine Wirtschaftspolitik betrieben werden, die den Bauer von der Scholle vertreibt und den ländlichen Nachwuchs von der Scholle wegdrängt oder weglockt.

2. Dazu ist eine großzügige und umfassende ländliche Siedlung, vor allem im dünn besiedelten und von fremdem Volkstum bedrohten deutschen Osten erforderlich. Wenn auch, wie wir gesehen haben, die Möglichkeiten der ländlichen Siedlung sowohl von der Bevölkerungsseite als von der Seite des Bodenvorrats als auch von der Absatz- und Produktionsseite her nicht unbegrenzt sind, und wenn auch das praktisch mögliche Maß wahrscheinlich recht erheblich hinter vielfach vertretenen romantischen Wunschzielen zurückbleiben dürfte, so kann doch kaum in den nächsten 10 oder 20 Jahren auf dem Gebiet der ländlichen Siedlung zuviel geschehen, sofern es nur richtig geschieht, d. h. sofern insbesondere durch Bereitstellung von billigem Grund und Boden und durch Vermeidung unnötig hoher Gebäudeinvestitionen gebührend Sorge für eine gesunde Lebensfähigkeit und für Rentabilität der Siedlungen getroffen wird. Jedenfalls muß aus volksbiologischen und allgemein nationalpolitischen Gründen eine möglichst vollständige Ausnutzung der zwar nicht unbegrenzten, aber zweifellos (insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Osthilfeverfahren) noch reichlich vorhandenen Siedlungsmöglichkeiten gefordert werden.

3. Eine durchgreifende Entlastung des Arbeitsmarktes wird freilich von der Seite der bäuerlichen Siedlung kaum zu erwarten sein. Auch eine Rücksiedlung des Millionenheeres von industriellen Arbeitslosen auf das Land dürfte nur in so bescheidenem Umfang praktisch durchführbar sein, daß davon ebenfalls keine entscheidende Entlastung des Arbeitsmarktes erwartet werden kann. Eine Wiedereingliederung des Millionenheeres von Arbeitslosen in die produktive Wirtschaft ist im wesentlichen nur zu erwarten, wenn es gelingt, den gewerblichen Produktionsapparat, der gegenwärtig nur noch zu etwa 50 v. H. seiner Leistungsfähigkeit (gemessen am tatsächlichen Produktionsstand von 1928/29) ausgenutzt ist, wieder stärker in Gang zu bringen. Da die Möglichkeiten des Binnenmarktes, die selbstverständlich in erster Linie zu fördern sind, nicht ausreichen, wird die Wirtschaftspolitik vor allem auch auf Aufrechterhaltung und Förderung der deutschen Ausfuhr, insbesondere von hochqualifizierten Industrieerzeugnissen, bedacht sein müssen. Den richtigen Ausgleich zwischen diesem Ziel der Exportbehauptung und Exportförderung und dem Ziel größtmöglicher Selbstversorgung auf dem Gebiet der Nahrungswirtschaft zu finden, wird freilich auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten des Übergangs ein ungemein schwieriges und viel umkämpftes Problem der praktischen Wirtschaftspolitik bleiben.

4. Die Rücksicht auf die industriellen Exportinteressen wird — volksbiologisch betrachtet — ihre obere Grenze dort finden müssen, wo eine weitere Förderung der Industrie zu einer stärkeren Ausweitung des industriellen Produktionsapparates und hierdurch dazu führen würde, daß die Landflucht etwa wieder im früheren Aus-

maß aufleben würde. Eine solche Entwicklung würde, wie wir gesehen haben, volksbiologisch auf Kosten der Bevölkerungssubstanz des flachen Landes und damit der relativ ergiebigsten Regenerationsgrundlage des Gesamtvolkes führen. Einstweilen sind wir freilich von einer solchen Entwicklung — bei kaum halber Ausnutzung der industriellen Produktionskapazität — noch weit entfernt, und es mag im Hinblick auf die Wandlungen der gesamten weltwirtschaftlichen Struktur¹⁾ (starke Industrialisierung früherer Rohstoffländer, handelspolitische Absperrungstendenzen großer Wirtschaftsräume usw.) fraglich erscheinen, ob wir in absehbarer Zeit auch nur zu einer annähernd vollen Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazität wieder kommen werden.

Sollte jedoch in einzelnen Wirtschaftszweigen eine Ausweitung der Produktionskapazität und die Errichtung neuer Produktionsstätten erforderlich werden, so würde dann wohl besonders Bedacht auf eine möglichst Dezentralisierung der Industrie zu nehmen sein. War die industrielle Zusammenballung im Zeitalter der Dampfkraft vielfach schon betriebstechnisch notwendig, so liegt im Zeitalter der Elektrizitäts-Fernleitung mindestens von dieser Seite her nicht mehr die gleiche Notwendigkeit vor. Auch aus vielen anderen Gründen, nicht zuletzt aus volkspolitischen Gründen, dürfte es angezeigt sein, Übertreibungen der letzten Jahre und Jahrzehnte, wie sie ihren Ausdruck in einer zweifellos stark überspannten Zusammenschlußtendenz und in der Bildung von Mammutbetrieben gefunden hat, künftig zu vermeiden und mehr als bisher Bedacht auf die Erhaltung des selbständigen Mittelstandes in Gewerbe, Handwerk und Handel zu nehmen.

5. Vor allem sollte auch eine Auflockerung der Groß- und Mammutstädte angestrebt und jedenfalls Schluß gemacht werden mit der Verstädterung ganzer Landschaften. Liegt doch, wie Reichskanzler von Schleicher in seiner Programmrede vom 15. Dezember 1932 ausgeführt hat, ganz zweifellos „der tiefere Grund für die Not Deutschlands und der Welt darin, daß zu viel Menschen die Verbindung mit dem Boden verloren haben, in Großstädten zusammengeballt leben und damit von jeder Wirtschaftsveränderung stärker getroffen werden als der Mann auf eigener Scholle“. Es wird allerdings, wie er weiter hinzufügte, der Arbeit einer Generation bedürfen, die Fehler dieser Entwicklung auszugleichen. Die Erreichung dieses Zieles dürfte durch die Bevölkerungsentwicklung in gewissem Sinne erleichtert werden, und gerade auch wieder die Rücksicht auf die künftige Bevölkerungsentwicklung erfordert die bewußte Festhaltung dieses Ziels.

6. Man kann selbstverständlich die vorhandenen großstädtischen Mietskasernen nicht einfach verfallen lassen oder — sofern sie nicht baufällig sind — abbrechen.

¹⁾ Vgl. E. Wagemann, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft, Berlin 1931.

Man wird vielmehr — gerade auch im Hinblick auf den noch zu erwartenden Zuwachs an Haushaltungen und den Zuwachsbedarf an Wohnungen und im Hinblick auf den in den vorhandenen Wohnungen investierten großen Teil unseres Volksvermögens — bemüht sein müssen, ihn nach Möglichkeit zu pflegen und zu erhalten. Man sollte aber bei dem in Zukunft noch erforderlich werdenden Wohnungsbau, soweit nur irgend möglich, von der Beibehaltung des Mietskasernentypus absehen.

7. Im Interesse der biologischen Gesunderhaltung und der Bestandserhaltung des deutschen Volkes, im Interesse der Behauptung des deutschen Volksbodens durch das deutsche Volk und für das deutsche Volk, erscheint es sonach in erster Linie erforderlich, den Nachwuchs der Landbevölkerung möglichst weitgehend auf dem Lande durch bäuerliche und gärtnerische Siedlung festzuhalten. Daneben ist aber auch eine möglichste Dezentralisierung der Industrie und Auflockerung der Großstädte, insbesondere auch durch Schaffung vorstädtischer Nebenerwerbssiedlungen anzustreben.

Je weitgehender dieses Doppelziel erreicht wird, um so günstiger sind die natürlichen Voraussetzungen für eine auch vom Standpunkt der nationalen Sicherheit und Unabhängigkeit anzustrebende, weitgehende Selbstversorgung des deutschen Volkes aus der eigenen Scholle gegeben, um so besser dient dies auch dem obersten und entscheidenden Ziel aller wahren Staats- und Volkspolitik: der Sicherung des Bestandes und der Zukunft des deutschen Volkes im deutschen Raum. Stärkere Verwurzelung unseres Volkes im heimatlichen Boden und Verstärkung der agrarischen Grundlage unserer Volkswirtschaft ist darum nicht nur eine agrarpolitische, sondern schlechtweg eine volks- und nationalpolitische Aufgabe der Gegenwart und Zukunft.

Elisabeth Pfeil / Die deutschen Juden als Beispiel für das Aussterben bei Verstädterung

Die Geburtenzahlen der deutschen Juden¹⁾ sind in den letzten 50 Jahren auf ein Drittel ihrer früheren Höhe zurückgegangen. Sie betrugen in Preußen:

bei den Juden		bei den Nichtjuden	
1822—40	35,5 v. T.	40	v. T.
1901—05	18,5 „ „	36	„ „
1927	10 „ „	19,1 „ „	bei der Gesamtbevölkerung
bei den Berliner Juden		bei der Berliner Gesamtbevölkerung	
1871	27,5 v. T.		
1911—14	13,6 „ „	19,6	(1913)
1927	9,4 „ „	9,9	(1927)

¹⁾ Vgl. meinen Aufsatz über „Die Bevölkerungspolitik der deutschen Juden“ in: „Archiv für Bevölkerungspolitik“, 1932, S. 10 ff. Dort auch Hinweise auf die Quellen und die jüdische Literatur zu dem Problem, vor allem auf die grundlegenden Arbeiten Theilhabers.

17 v. T. wären bei der heutigen Sterbezahl nötig, um eine Bevölkerung auf gleicher Höhe zu erhalten. Schon lange vor dem Kriege wurde diese Zahl unterschritten. Wenn trotzdem nicht gleich ein Abnehmen der jüdischen Bevölkerung eintrat, so liegt das daran, daß die Sterbezahl damals gleichfalls zurückging, so daß sich eine Zeitlang noch ein Geburtenüberschuß ergab. Damit aber vollzog sich eine Umschichtung des Altersaufbaues; die höheren Altersklassen wurden stärker besetzt, die jüngeren immer schwächer. Die stärkere Besetzung der höheren Jahrgänge mußte wieder die Sterblichkeitszahl in die Höhe treiben; das ist auch tatsächlich seit 1922 der Fall, wogegen die geringe Besetzung der heiratsfähigen Jahrgänge auf die Zahl der Eheschließungen und damit wiederum auf die Geburten drückt. 1927 hatten die Juden nur noch 6 v. T. Ehen (gegen 8,5 v. T. in der Gesamtbevölkerung).

1911 hatte die jüdische Bevölkerung in Preußen zum erstenmal ein absolutes Geburtendefizit aufzuweisen. Todesfälle und Austritte wurden nicht ersetzt. Es wäre bedeutend größer gewesen, wenn nicht die Einwanderung von Ostjuden es z. T. kompensiert hätte. Seit 1880 ist jeder Zuwachs der deutschen Juden auf ostjüdische Einwanderung zurückzuführen.

Von der Familie aus gesehen, stellt sich das jüdische Bevölkerungsproblem so dar:

1. Ehelosigkeit:

25 v. H. der Juden heiraten nicht (doppelt so hoch wie bei Nichtjuden).

Die Ehelosigkeit in den kleineren jüdischen Gemeinden ist überraschend groß. Oft gibt es z. B. noch 8 bis 10 jüdische Männer im heiratsfähigen Alter und etwa doppelt soviel Frauen, die alle unverheiratet sind.

2. Späthehe:

die meisten Juden heiraten erst im 4. Lebensjahrzehnt.

Die Hälfte aller Jüdinnen heiratet erst nach dem 27. Lebensjahr.

3. Mischehen,

von deren Kindern nur 22 v. H. jüdisch bleiben.

Charakteristisch für die jüdische Ehe sind:

a) Kinderlosigkeit:

25 v. H. aller Juden leben in kinderlosen Ehen.

b) Einkindersystem:

25 v. H. der Ehen haben nur 1 bis 2 Kinder.

So weit die Tatsachen. Wie sind sie zu bewerten?

Die deutschen Juden werden, falls die Fruchtbarkeit im gleichen Maße weiter sinkt, aussterben, wenn sie nicht dauernden Zuzug aus Rußland und der Ukraine erhalten. Und auch das ist nicht mehr mit Sicherheit in Rechnung zu stellen, denn der Hauptstrom der ostjüdischen Auswanderer wendet sich seit einigen Jahren nicht mehr nach Deutschland, sondern nach Frankreich, wo sie bessere Aufstiegsmöglichkeiten finden. Außerdem beginnt

ihre bis vor kurzem außerordentliche Fruchtbarkeit bereits nachzulassen; man kann annehmen, daß die Geburteneinschränkung auch bei ihnen von Jahr zu Jahr zunehmen wird.

Im Falle, daß es gelänge, die heutige Fruchtbarkeitszahl der deutschen Juden zu stabilisieren, oder wenn sie von selbst nicht weiter absänke, würde der Rückgang nach einigen Jahrzehnten geringer werden, als er heute ist, dann nämlich, wenn die anormal hohe Besetzung der oberen Altersklassen sich wieder ausgeglichen haben wird. Aber auch bei normalem Altersaufbau müßte die Geburtenzahl fast doppelt so hoch sein, um den Bestand zu erhalten, wie es die jüdische von heute tatsächlich ist. Es würde also nur eine Verlangsamung der Abnahme eintreten.

*

Vergleicht man die jüdische Bevölkerungsbewegung mit der gesamtdeutschen, so ergibt sich, daß ihre Abfallskurve der deutschen etwa um 30 Jahre vorseilt. Auch in allen anderen westeuropäischen Ländern haben die Juden eine geringere Geburtenzahl als das Wirtsvolk. Schon vor dem Kriege erregte diese Erscheinung die Aufmerksamkeit der deutschen Bevölkerungspolitiker. Grotjahn äußerte sich dahin, daß der Verfall bei den Juden deshalb reiner zur Beobachtung käme, weil sie keinen Zufluß aus dem ländlichen und städtischen Proletariat hätten.

Damit rühren wir an die Frage nach den Ursachen. Sie liegen nicht in einer besonderen Konstitution der jüdischen Rasse, die von der deutschen wesentlich unterschieden wäre. Die verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten, namentlich von Ullmann, über Todesursachen und typische Erkrankungen der Juden haben im Vergleich mit der nichtjüdischen Bevölkerung keine wesentlichen Unterschiede ergeben, die eine Degeneration der Juden dartun würden. Sie liegen weiterhin nicht in den wirtschaftlichen Verhältnissen; die Wirtschaftskrise mag verstärkend einwirken auf die Beschränkung der Kinderzahl, primäre ursächliche Bedeutung hat sie nicht, denn der Geburtenrückgang hat eingesetzt und im schärfsten Tempo sich entwickelt zu einer Zeit, wo die Juden den mächtigsten wirtschaftlichen Aufschwung erlebten.

Das muß besonders betont werden, weil die heutige jüdische Bevölkerungspolitik den wirtschaftlichen Faktor sehr hoch einschätzt.

Weit eher wirkt sich hier im Sinne Grotjahns die eigentümliche gesellschaftliche Schichtung aus: nur 1 v. H. der Juden in Deutschland ist in der Landwirtschaft tätig (gegen 29 v. H. der Gesamtbevölkerung), Industriearbeiter gibt es so gut wie gar nicht. Die Juden gehören fast nur den oberen und mittleren Schichten an.

Die Zusammenballung von Handel und Industrie in wenigen Großstädten hat den jüdischen Kaufmann seit langem in die Großstadt gelockt. Der Zusammenbruch des Kleinhandels in letzter Zeit hat die Abwanderung der dörflichen und klein-

städtischen Juden in die Industrie- und Handelszentren besonders begünstigt. Doch hat die Landflucht auch geistige Ursachen: die starke Neigung der begabten Juden zu akademischen Berufen. Die Juden stellen einen, an ihrer Bevölkerungszahl gemessen, unverhältnismäßig hohen Anteil der deutschen Akademiker.

Aber auch der jüdische Nichtakademiker ist seiner Geistesart nach in den meisten Fällen Stadtmensch: die ganze Bevölkerungsabnahme der deutschen Juden geht Hand in Hand mit ihrer unerhört starken Verstädterung.

Heute leben in Deutschland 564 000 Juden, davon 377 000 in den Großstädten, also zwei Drittel. Der prozentuale Anteil der Großstädter war

	bei den deutschen Juden	bei der Gesamtbevölkerung
1895	43,2 v. H.	16 v. H.
heute	66,7 „	fast 30 „

In den letzten Jahren haben Dorf und Kleinstadt ihren Nachwuchs an die Großstädte abgeben, vor allem an Berlin, wo die Hälfte der jüdischen Großstädter leben. Die ostdeutschen Provinzen stießen 1880 bis 1910 ihren gesamten Geburtenüberschuß von 60 000 Menschen an den Westen ab, vor allem nach Berlin (75 v. H.), Rheinland (13 v. H.), Westfalen (3 v. H.), Sachsen (3 v. H.), Hannover (3 v. H.); d. h.: die Provinz wurde weitgehend von den Juden entvölkert. Der Abzug aus Kleinstädten und Dörfern ist so groß, daß in vielen früher blühenden jüdischen Gemeinden heute überhaupt keine Jugendlichen mehr vorhanden sind. Jüdische Schulen gehen ein; wo vor 30 Jahren 40 Schüler waren, finden sich jetzt etwa 5.

Selbst in Mittelstädten können die jüdischen Gemeinden sich nur dadurch noch halten, daß der ostjüdische Zuzug den Wanderungsverlust ausgleicht und zugleich die große Fruchtbarkeit der Ostjuden die Menge der Nachkommenschaft einigermaßen ausgleicht. Der Gewinn in Berlin geht also einmal auf Kosten des jüdischen Bestandes in der Provinz vor sich, dann durch ostjüdische Zuwanderung. Sie ist es auch allein, der die jetzige „Höhe“ von 9,4 Kindern in Berlin zu verdanken ist, weil sie die noch tieferen Geburtenzahlen der deutsch-jüdischen Familien ausgleicht. Wenn in Berlin die Heiratszahl höher ist, als dem Reichsdurchschnitt entspricht, so liegt das nur daran, daß alle Zuziehenden in heiratsfähigem Alter sind, hat aber keinen absoluten Wert. Übrigens hatte Berlin trotz aller Zuwanderung 1927 bereits einen Verlust von 1000 Seelen.

Die Großstadt bot einst den meisten — heute allerdings nur noch wenigen — die erhsehnte Gelegenheit zum Aufstieg. Die Schichten, denen der Aufstieg gelungen ist, zeigen einen ausgeprägten Individualismus; sie fühlen sich der jüdischen Gemeinschaft oft nicht mehr verpflichtet. Um des persönlichen Lebensgenusses willen wird auf genügenden Nachwuchs verzichtet. Das war bei den wirtschaftlich erfolgreichen Juden nicht immer so. Die reichen Frankfurter, Amsterdamer und Berliner Juden des 18. Jahrhunderts hatten große Kinderscharen. Jüdische Männer, denen der Aufstieg versagt bleibt, heiraten spät oder gar nicht.

Die Frauen werden durch wirtschaftliche Not wie durch ihren Intellektualismus zur Berufsarbeit gedrängt. Die berufstätige Frau und der auf lange Jahre zur Ehelosigkeit verdamnte Mann neigen zur Eingehung freier Verbindungen. Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten und damit sekundäre Sterilität waren und sind noch oft die Folge. Die Spätehe ist stets kinderarm, nicht nur wegen der häufigeren Sterilität, sondern auch, weil der Wille zum Kinde mit zunehmendem Alter erfahrungsgemäß nachläßt.

Alle diese Erscheinungen sind aber auch in der kleinstädtischen jüdischen Gemeinde anzutreffen; deshalb dürfen wir den Einfluß des modernen Großstadtlebens nicht überschätzen.

Das Hindrängen zur Großstadt ist nicht Ursache, sondern Symptom. Die gleiche geistige und moralische Wandlung ist der Grund, auf dem so Geburtenrückgang wie das Hinströmen zur Stadt erstehen (daß wirtschaftliche Verhältnisse abschwächend oder verschärfend in einen solchen Prozeß eingreifen, ist selbstverständlich). Führende Juden haben es selbst ausgesprochen, daß der Rückgang der Kinderzahl letzten Endes begründet liegt in dem Nachlassen der religiösen und ethischen Bindung. Das „Seid fruchtbar und mehret euch“ aus dem 1. Kapitel der Genesis ist nicht mehr Gebot. Der Jude in der Provinz wie in der Großstadt hat sich weitgehend vom strengen Glaubensgesetz emanzipiert. Rabbiner Dr. Eschelbacher hat es auf der Tagung des bevölkerungspolitischen Ausschusses des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden so ausgedrückt, daß die Gebärfreudigkeit verlorengegangen sei zusammen mit dem gläubigen Vertrauen auf das Leben und die Zukunft. Wo Lebensangst statt Lebenszuversicht die Menschen beherrscht, darf man keinen Willen zur Fortpflanzung erwarten.

Hans Harmsen / Verstädterung und Entvölkerung Frankreichs

Die Verstädterung und der Geburtenrückgang bei der Landbevölkerung¹⁾

Wie in allen Ländern Westeuropas hat mit der Entwicklung der Industrie, des Handels und dem Aufschwung des Verkehrswesens auch in Frankreich eine Wanderungsbewegung vom Lande zur Stadt hin eingesetzt. Als Verstädterung sei dabei hier die bevölkerungstatistische Entwicklung bezeichnet, durch welche von der Gesamtzahl der Einwohner des Landes ein ständig wachsender Prozentsatz zur städtischen Bevölkerung übergeht. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat diese Entwicklung auch in Frankreich mit Macht eingesetzt, während ihm hierin alle Industriestaaten Europas weit vorausgeeilt waren.

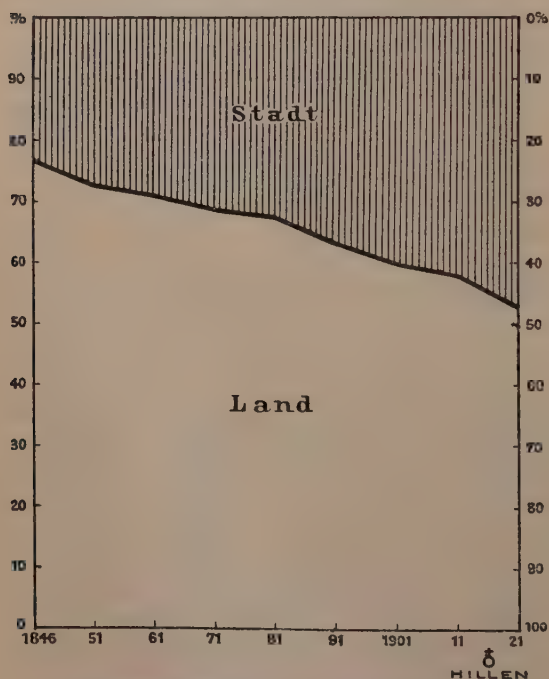
¹⁾ Aus Hans Harmsen, Bevölkerungsprobleme Frankreichs, unter besonderer Berücksichtigung des Geburtenrückganges. Berlin-Grünwald 1927, Kurt Vowinkel Verlag. Geb. M. 6,40.

Die Wanderungsbewegung vom Lande zur Stadt

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des städtischen und ländlichen Bevölkerungsanteils in Frankreich.

Jahr	von der Gesamtbevölkerung		vom Hundert der Bevölkerung		Höhe der prozentualen Verschiebung
	städtisch	ländlich	städtisch	ländlich	
1846	8 751 315	26 650 446	24,4	75,6	1,1
1851	9 135 459	26 647 711	25,5	74,5	1,8
1856	9 844 828	26 194 536	27,3	72,7	1,6
1861	10 789 766	26 576 547	28,9	71,1	1,6
1866	11 595 348	26 471 716	30,5	69,5	0,6
1871	11 234 899	24 868 022	31,1	68,9	1,3
1876	11 977 396	24 928 392	32,4	67,6	2,4
1881	13 096 542	24 575 506	34,8	65,2	1,1
1886	13 766 508	24 452 395	35,9	64,1	1,5
1891	14 311 048	24 031 900	37,4	62,6	1,7
1896	15 025 812	23 491 520	39,1	60,9	1,8
1901	15 957 190	23 004 755	40,9	59,1	1,2
1906	16 537 234	22 715 011	42,1	57,9	2,1
1911	17 508 940	22 093 318	44,2	55,8	2,3
1921	18 200 000	21 000 000	46,5	53,5	

Dieser Prozeß verläuft, wie die unten folgende graphische Darstellung zeigt, ziemlich gradlinig mit einer Verschiebung des ländlichen Bevölkerungsanteiles zugunsten des städtischen um durchschnittlich 1,5% für jedes Jahr fünf ab.



1. Bevölkerungsanteil von Stadt und Land in Frankreich 1846—1921.

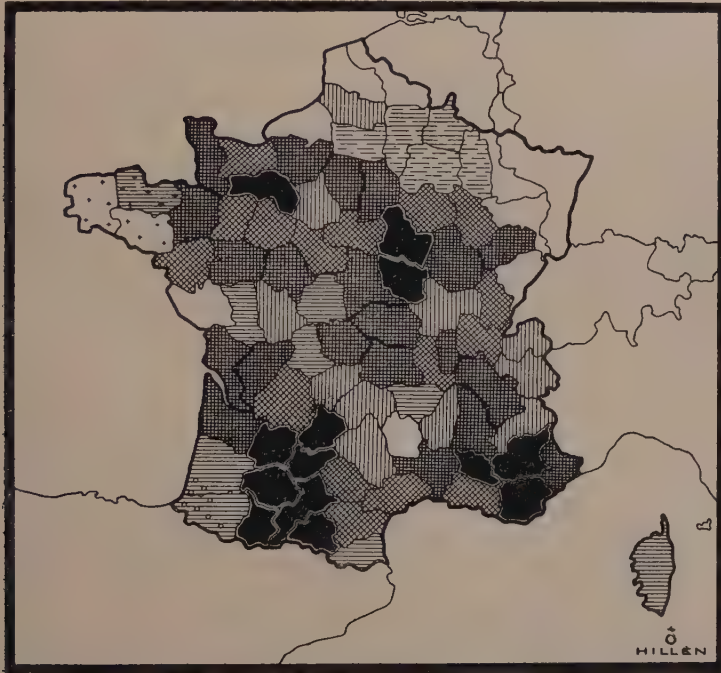
Eine nähere Betrachtung der diese Bewegung hauptsächlich tragenden Elemente zeigt überdies, daß es bei dem allgemeinen Schwund der landwirtschaftlichen Bevölkerung in erster Linie die landwirtschaftlichen Arbeiter sind, die in die Städte abwandern.










Diese Wanderungsbewegung allein würde nun nicht von so wesentlicher Bedeutung sein, wenn das Land mit Leichtigkeit die starke Anziehungskraft der Städte befriedigen könnte und außerdem ein Steigen der ländlichen Bevölkerungszahl durch seinen Geburtenreichtum gewährleisten würde, wie es noch in fast allen anderen europäischen Ländern der Fall ist. In Frankreich ist aber diese ganz allge-

meine europäische Verschiebung des Schwergewichtes vom Lande zur Stadt zu einem äußerst bedrohlichen Problem geworden, und wir sehen schon 1784 die Akademie von Châlons die Preisaufgabe stellen:

„Quelles sont les causes les plus ordinaires de l'émigration des gens de la campagne vers les villes et quels seraient les moyens d'y remédier?“

Der Grund für die ernste Gefahr, die die Verstädterung für Frankreich bedeutet, liegt in der Tatsache, daß sich die französische Landbevölkerung völlig unzureichend vermehrt. Die schwache Geburtnlichkeit hat hier in Verbindung mit der allgemeinen Erscheinung der Abwanderung vom Lande zur Stadt die Folge, daß sich das flache Land tatsächlich entvölkert.



-  Departements mit starkem Geburtenüberschuß
-  Geburtenstillstand, Überschuß bis 2,3 a. d. Tausend
-  Geburtenrückgang über 2,3 a. d. Tausend
-  Starker Überschuß, mindest einmal aber schon Verlust
-  Geburtenstillstand, Überschuß unter 1,0 a. d. Tausend
-  Basken
-  Überschuß von mittlerer Höhe
-  Geburtenrückgang bis 2,3 a. d. Tausend
-  Bretonen (Kelten)

2. Geburtenrückgang, -stillstand und -überschuß in ihrer Verteilung.

Es folgen Tabellen über den Bevölkerungsschwund in den 4 Hauptgebieten des französischen Geburtenrückgangs. Wir können die Tabellen an dieser Stelle aus Platzmangel nicht bringen, geben nur kurz die Ergebnisse an und verweisen im übrigen auf die beigelegte Karte.

Die absolute Verminderung der Bevölkerung in den 40 Jahren von 1872–1911 betrug:

1. In den Departements der Gascogne ca. 25 v. H.
2. In den Departements der Normandie und Mayenne 22,49 v. H.
3. In den Departements des Ostens der Côte d'Or und Aube 22,5 v. H.
4. In den Departements der Dauphinée 25,57 v. H.

Die französische Innenkolonisation

Als Musterbeispiel der Fremden- und Innenkolonisation dürfte heute in Frankreich das Garonnebecken anzusehen sein. Pierre Caziot, der im Jahre 1924 eine ganze Reihe umfangreicher Betrachtungen über die Agrarkrise in der *Journée Industrielle* veröffentlicht hat, charakterisierte die Lage einige Monate vor Kriegsbeginn schon dahin, daß man die Gascogne wohl wie eine afrikanische Besitzung wieder kolonisieren müsse. Und diese Kolonisation hatte bereits seit langem eingesetzt. Überall drangen die Spanier vor, die südlich gelegenen Gebiete „infiltrierend“. Sie wurden im Limousin, Rouergat, Saintongeais, der Vendée heimisch und drangen in die Armagnac und Aynais vor. Auf der anderen Seite verfielen die alten französischen Bauernhöfe und vermehrten sich die Flecken unangebauten Landes. Die Entvölkerung nahm, wie Caziot versichert, nach dem Kriege noch größere Dimensionen an. Manch Dorf kann genannt werden, in dem die Gesamtheit der jungen Leute nach ihrer Militärzeit den alten Heimatsort verließen, um in die Weltstadt Paris auszuwandern. Ihr Wunsch war es geworden, in den staatlichen Verwaltungsdienst einzutreten, zur Eisenbahn zu gehen oder bei der Pariser Untergrundbahn Stellung zu nehmen, und so scheint das früher tüchtigste Volk Frankreichs, die Gascogner, auszusterben in der Verstädterung. Früher wäre dies völlig unmöglich gewesen, weil der Bauer innigst mit seinem Boden verknüpft war, heute aber sind diese uralten, seelischen Bindungen zerschnitten und mit der inneren Entwurzelung schreitet schnell die äußere fort. —

Das Problem der Unterwanderung Frankreichs

Als wesentliches Kennzeichen der Unterwanderung ist der Übergang der Urproduktion in die Hand eines fremden Volkstums anzusprechen. Begünstigt wird diese Erscheinung vor allem durch die zunehmende Verstädterung und die Verbeamtung. Das Streben zur sozial höherstehenden Stellung im Wirtschaftsleben und zum Beamtentum entzieht immer mehr Stammesfranzosen der Urproduktion...

Staatspolitisch wird eine solche Entwicklung in dem Augenblick bedrohlich, wo die zunächst klassenmäßige Trennung [...] zwischen den führenden Schichten und der das Land bebauenden, die Nation ernährenden Volksschicht [...] eine Scheidung nach verschiedenen Nationalitäten bedeutet [...]

Probleme des Geburtenrückganges

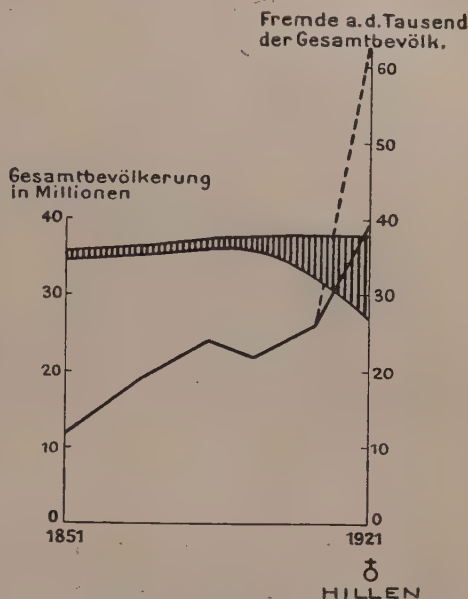
Für Frankreich kommt Harmsen zu recht aufschlußreichen Überlegungen über die Gründe der Geburtenbewegung. Er setzt sich zunächst mit den Thesen auseinander, die den Geburtenrückgang als Folge der körperlichen Degeneration des einzelnen oder die ihn bedingt sehen durch wirtschaftliche Einflüsse. Er kommt zu dem Schluß:

Es ist unmöglich, den Geburtenrückgang auf rein physische Entartung oder auf Erscheinungen des Wirtschaftslebens allein zurückzuführen...

Die Erscheinung des Geburtenrückganges muß vielmehr wohl nur als ein Symptom und Maßstab für das Schwinden der geistigen Erhaltungskraft des Volkstums und des Willens auf Bestand angesehen werden. — Zweifellos haben wir es mit einer komplexen Wirkung der verschiedensten Umweltbedingungen zu tun. Wichtiger aber erscheint die Veränderung der psychischen Volksstruktur, die ihrerseits unmittelbar den Geburtenrückgang bedingt.

Ganz allgemein dürfte zunächst hier der Einfluß der wachsenden Zivilisation anzuführen sein. Die Folgen sind eine ständige Steigerung der Lebensansprüche jedes einzelnen, die sich sowohl auf materielle wie auf geistige Güter richten; das Streben nach Luxus und erhöhtem Komfort ebenso wie nach Kunst und Wissen. Ihre Befriedigung kann aber nur durch eine Erhöhung der maschinellen und technischen Arbeit geleistet werden, und wir finden zugleich mit dem Herausfallen aus dem natürlichen rhythmischen Ablauf des ursprünglichen Lebens die sprunghafte Steigerung des Bedarfes nach äußeren Reizmitteln, die die Seele und ihr erschüttertes Sein beruhigen, befriedigen und betäuben sollen — Alkohol, Tabak, Kino und ein zügelloses Geschlechtsleben.

Das ganze äußere Leben hat eine ungeheure Rationalisierung erfahren. Das Bewußtsein, nur ein Glied in der Kette des Lebens zu sein, daß man von den Eltern empfangen hat, um es den Kindern weiterzugeben, ist geschwunden. In sich selbst sieht der Mensch das letzte und einzige Ziel. Beim Mann kommt dies am deutlichsten zum Ausdruck in seiner ganzen Einstellung zum Beruf, die wiederum nicht



3. Das Verhältnis der Fremden zur französischen Gesamtbevölkerung.

zum wenigsten durch eine Überschätzung des Wertes und der Bedeutung des heutigen Schulwissens bedingt ist. Bei den Frauen prägt sie sich vor allem in dem Wunsch aus, Männer zu heiraten, die pensionsberechtigt sind. Man bezeichnet diese Einstellung nicht mit Unrecht als die „Rentenhysterie“, und gerade in Frankreich scheint das ganze Volk von der Sucht nach einem arbeitslosen Einkommen erfüllt zu sein, die sich gleichzeitig oft mit dem Wunsch nach einer entsprechenden Stellung verknüpft. Wir finden hier auch am deutlichsten die Kehrseite des Wunsches nach sozialem Aufstieg ausgeprägt, der die landwirtschaftliche Urarbeit als etwas Minderwertiges erscheinen läßt und in Verbindung mit dem oben angeführten die Loslösung vom Boden und die Abwanderung in die Stadt begünstigt.

Es ist ausgesprochenermaßen die Furcht vor dem Lebensrisiko und die Trägheit in bezug auf die Aufzucht der Kinder, die die französischen Familien so klein sein läßt, es sind weder wirtschaftliche noch biologische Gründe. Bei der Betrachtung unserer modernen soziologischen Probleme sollte man sich vergegenwärtigen, daß wir immer geneigt sind, Auswüchse und Mißstände in unserem gesellschaftlichen Leben auf wirtschaftliche Konflikte zurückzuführen, während sie wesentlich in seelischen Zuständen begründet sind.

Aber auch damit ist nur die Brücke zu jenem transzendenten Gebiete gegeben, welches letztlich ausschlaggebend für unser Problem ist. Leroy-Beaulieu, der bekannte freisinnige Soziologe, führt uns dahin, wenn er gesteht, daß es im letzten Grunde religiöse Anschauungen sind, die ein Volk erhalten oder die es verschwinden lassen.

Fruchtbar zu sein, war das Ziel der noch in der Religion gebundenen Generationen; sie empfanden das Kind als eine Segnung des Himmels und hatten ganz allgemein Organe für die lebendige Kraft, die aus einem wahren Familienleben auch noch heute quillt, und so ist eine ewige Wahrheit auch im rein bevölkerungspolitischen Sinne das Wort: Glaubet ihr nicht, so bleibet ihr nicht. Es werden alle technisch-wirtschaftlichen Maßnahmen, die den Geburtenrückgang mit nur äußeren Mitteln allein überwinden wollen, zur Erfolglosigkeit verdammt sein, wenn nicht das Volk wieder eine unmittelbare Beziehung zu den eigentlichen Quellen des lebendigen Lebens und zu dem Geistigen, seiner Religion, Zugang findet. Dann aber werden wir auch ein neues Sittengesetz haben.

Das bevölkerungspolitische Programm Mussolinis: „Entvölkerung der Städte“ und „Verländlichung“¹

Mussolini und der Faschismus haben die bevölkerungspolitischen Fragen in ihrer entscheidenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung von Anbeginn erkannt und in das neue System organisch eingegliedert. Die Erkenntnis, daß die Macht eines Volkes sich nicht zuletzt in der Bevölkerungsstärke ausdrückt, und der unbeugsame Wille zur Macht sind der Ausgangspunkt zum Verständnis der zahlreichen und mannigfaltigen italienisch-faschistischen Maßnahmen, die eine Förderung der Bevölkerungszahl zum Ziel haben.

Die der Auswanderung entzogenen Kräfte sollen bei der Durchführung eines großen Meliorationsplanes und später bei der Bearbeitung des dadurch dem Anbau wiedergewonnenen Bodens Beschäftigung finden. Wie auf vielen anderen Gebieten ist Italien auch in der Lage gewesen, die Richtung seiner Wirtschaftspolitik in dem kurzen Zeitraum von sechs Jahren völlig zu ändern. Zu Anfang des faschistischen Regimes nahm die industrielle Entwicklung vor allem unter Begünstigung der Inflationspolitik der Jahre 1923 bis 1926 einen großen Aufschwung. Der Export wurde gesteigert, die industriellen Anlagen und ihre Leistungsfähigkeit gehoben. Dennoch war es eine Scheinkonjunktur. Im Jahre 1926 brach Mussolini mit der bisherigen Förderung des Industrialismus, er erkannte klar seine nachteiligen Auswirkungen auf die Bevölkerungsbewegung. Die Bauern verließen ihre Felder und strömten den Städten zu, wo sie günstigere Verdienstmöglichkeiten und bessere Lebensweise fanden. Die Landflucht nahm großen Umfang an, die Städte wuchsen, Wohnungsnot und Elend nahm zu. Mit dem Ende der industriellen Blüte nahm die Arbeitslosigkeit zu, und die Preise stiegen gewaltig. Im engen Zusammenhang mit dieser Entwicklung steht der starke Geburtenrückgang der meisten Städte Norditaliens, der die natürliche Bevölkerungsvermehrung dort zum Stillstand brachte. In seiner Rede vom 26. Mai 1927 stellte Mussolini als Programmforderung die „Verländlichung“ — *ruralizzazione* — in den Vordergrund. Im Herbst 1927 erließ der Ministerrat ein Dekret gegen die Überindustrialisierung der Städte, welches die Anlage von Fabriken mit mehr als 100 Arbeitern in Provinzstädten mit über 100000 Einwohnern verbietet!

Herbst 1928 nahm der Ministerrat den Plan der „Bonifica Integrale“, d. h. der Melioration des gesamten meliorationsfähigen Bodens an; er betrifft nicht weniger als 2 Mill. ha, die meist im Süden und auf den Inseln, den alten Kornkammern Roms, liegen.

¹) Entnommen dem Buch: Hans Harmsen und Karl Christian von Loesch: Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum, Berlin 1929, aus dem Abschnitt: Harmsen, Die Bevölkerungspolitik Deutschlands, Frankreichs und des italienischen Faschismus, S. 35.

Die gegenwärtige Stellungnahme Mussolinis ist eine offene Kampfansage gegen die Stadtkultur und den Malthusianismus:

„Die Beweisführung, daß der Geburtenrückgang in der ersten Phase die Potenz der Völker bedroht und sie in einer ferneren Zeit zum Tode führt, ist unanfechtbar. Auch die verschiedenen Phasen dieses Prozesses sind exakt gesehen und haben einen Namen, der alles in sich vereint: Verstädterung oder Metropolisismus und Weltstadtmenschentum.

An einem gewissen Punkt der Entwicklung angelangt, wächst die Stadt großartig, aber pathologisch an, nicht durch die eigene Kraft, sondern durch Zuzug von außen. Je mehr die Stadt anwächst, desto unfruchtbarer wird sie.

Die fortschreitende Unfruchtbarkeit der Stadtbevölkerung steht in direktem Verhältnis zur monströsen Vergrößerung der Städte. Berlin, dessen Einwohnerzahl in einem Jahrhundert von 100 000 auf 4 Millionen stieg, ist heute die unfruchtbarste Stadt der Welt. Sie hat das Primat der niedrigsten Geburtenziffer, die nicht mehr durch Verminderung der Sterbefälle kompensiert wird. Die Metropolis wächst, indem sie die Landbevölkerung in sich aufsaugt, die jedoch in dem Augenblick, wo sie städtisch wird, ihre Zeugungskraft verliert. Wüst und leer werden dann die freien Felder, aber wenn die Wüste ihr menschenleeres und verdorrtes Gelände ausdehnt, wird die Stadt erdrosselt: weder der Handel, noch die Industrie, noch ihre Ozeane aus Stein und Eisenbeton können das nunmehr unwiderbringlich zerstörte Gleichgewicht wiederherstellen; es kommt zur Katastrophe.

Es ist wahr, daß die italienische Gesamtbevölkerung im Jahre 1926 um 414 000, im Jahre 1927 um 457 000 und im ersten Halbjahr 1928 um 239 000 zugenommen hat; hinter diesem scheinbar befriedigenden Resultat versteckt sich aber eine erschreckende demographische Agonie. Der Überschuß kommt ausschließlich vom Lande, denn alle Städte Italiens verzeichnen ein absolutes Defizit. Dort ist bereits das Gleichgewicht umgestoßen, die Zahl der Toten übertrifft die Zahl der Geburten. Die Wiegen sind leer, während die Friedhöfe sich verbreitern.

Ein besonders abschreckendes Beispiel zeigt Bologna: von 1873 bis 1927 hat diese Stadt insgesamt einen Überschuß der Geburten über die Sterbefälle von 2658 gehabt, während sich die Bevölkerungszahl in der gleichen Zeit verdoppelt hat, und zwar auf Kosten der Landbevölkerung. Die Register Bolognas weisen fast ununterbrochen Tag für Tag doppelt soviel Tote als Geburten auf...

Mussolini stellt zum Schluß die Frage: Kann heute oder in Zukunft die demographische Gesetzgebung Positives leisten? — „Wenn auch diese Gesetze ihre Wirkung bisher nicht voll gezeigt haben, so ist es doch meine Meinung, daß es geboten ist, alle Mittel gegen die Dekadenz der Bevölkerung in Anwendung zu bringen, so wie man bei einem Schwerkranken alle möglichen Arzneien anwendet, um

den Tod zu verhüten. Auch glaube ich, daß die demographische Gesetzgebung dort gute Resultate zeitigen kann, wo der soziale Organismus, auf den sie angewendet werden, noch reaktionsfähig ist . . .

Mehr als durch das formale Gesetz ist aber durch eine Hebung der Moral und vor allem des religiösen Bewußtseins des Individuums zu erreichen. Wenn es einem Menschen nicht Freude und Stolz gibt, sich fortzupflanzen als Individuum, als Familie, als Volk, dann sind auch die drakonischsten Gesetze machtlos. Ich sage das ausdrücklich den faschistischen Familien: in der Geburtenzahl liegt nicht nur, wie Spengler sagt, das Geheimnis der Macht des italienischen Volkes, sondern auch das, was es von den anderen Völkern unterscheidet; sie ist das Kennzeichen seines Lebenswillens. Kommen wir nicht wieder auf die aufsteigende Linie, dann ist alles, was die faschistische Regierung getan hat, völlig umsonst gewesen . . .“

Zahlen zur Geburtenentwicklung Italiens¹.

1. Absolute Geburtenzahl.

	Durchschn.-Zahl der jährlich Lebendgebo- renen (in 1000)	Meßziffer (Durchschnitt 1910—1914 = 100 gesetzt)
1905—09	1094	98
1910—14	1122	100
1915—19	819	73
1920—24	1120	100
1925—29	1082	96
1930	1085	97

2. Geburtenziffer und Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner.

	Geburten (ohne Totgeborene)	Geburten- überschuß
1913	31.7	13
1927	27.0	11.2
1928	26.2	10.4
1929	25.2	9.1
1930	26.0	12.4

3. Die bereinigte Lebensbilanz.

	Bereinigte Sterbeziffer	Bereinigte Geburtenziffer	Roher Geburtenüberschuß	Bereinigter Geburtenüberschuß
1926/27	} 19.8	24.9	+ 10.8	+ 5.1
1929/30		24.2	+ 10.8	+ 4.4

¹ Nach Burgdörfer, Fr.: Volk ohne Jugend. Berlin 1932. S. 354, 358, 366.

KARL HAUSHOFER:**Literatur zum Auslandsdeutschum**

Grothe, Hugo. *Kleines Handwörterbuch des Grenz- und Auslands-Deutschtums.* München-Berlin 1932. R. Oldenbourg. 400 S., 22 Kartenskizzen. Gbd. RM. 14.

Hervorgegangen aus dem herben, gewaltig durchglühten Nachkriegsbuch: „Staaten und Völker nach dem Weltkriege“ stellt der in seiner Art wohl stärkste Einzelkämpfer des wissenschaftlichen Grenz- und Auslandsdeutschums seine persönlichen, ausgereiften Erfahrungen und wohl auch den besten Teil der Zettelkunde seiner Organisationen in enzyklopädischer Form zur Verfügung. So ist ein Mittelding entstanden zwischen Banes Geographischem Lexikon und dem 1930 erschienenen zweibändigen Handwörterbuch der Deutschtumskunde, ein höchst persönliches Dokument und ein mahnender, fast zorniger Vorreiter der so arg in Rückstand geratenen „Encyklopädia germanica“, die zuerst die deutsche Kultur- und Volksbodenstiftung und manch anderer plante, und deren sich nun in Lieferungen der Verlag Hirt annimmt. Wer Grothes Lebenswerk kennt, der weiß, daß er sich nicht so eifrig um sein Erstkämpferrecht zu wehren brauchte. Aber schließlich ist die Betreuungseifersucht im ganzen deutschen Volksboden ein angestammtes Laster; und manches Kindlein starb, weil die Betreuer sich nicht zu einigen wußten, wer ihm Nährbrust, Sauglöffel und das wissenschaftliche Gebrauchsgerät zu beidem liefern dürfe. Von allen diesen Kämpfen wetterleuchtet auch eine Spur in diesem kühnen Anlauf nach; darin liegt vielleicht sein größter Reiz, wie überhaupt mehr in der Anregung als in der Erfüllung, die längst die Kräfte eines Einzelnen überschreitet und nur in wohlgeleiteter, enzyklopädischer Zusammenarbeit geleistet werden kann, wie etwa bei der „Encyklopädia britannica“ auch. Dafür fehlt natürlich einem solchen Sammelwerk die Glut persönlichen Hassens und Liebens, die Grothes kleines Handwörterbuch reichlich spendet, zuweilen offener, zuweilen verhalten. Es ist in seinen geographischen Grundzügen wie in seiner Deutschkunde dynamisch und vulkanisch, kein „wäßriger Niederschlag“. Man muß mit ihm ringen und mit dem Willen zu lebendiger, persönlicher Auseinandersetzung daran gehen, dann wird man allerhand Segen von diesem Abringen empfangen!

ALBRECHT HAUSHOFER:**Literaturbericht aus der atlantischen Welt**

Survey of American Foreign Relations. 1929. New Haven, Yale University Press.

Amerika hat eine Einrichtung, um die man es beneiden könnte: das „Council on foreign relations“. Der Name ist in Wirklichkeit ebenso unübersetzbar wie (leider) die Tätigkeit. Dieses Council gibt außer der Zeitschrift „Foreign Affairs“ jedes Jahr eine Übersicht über die außenpolitischen Beziehungen der Vereinigten Staaten heraus. Diese ist nicht chronologisch, sondern sachlich geordnet. Nicht jedes Gebiet wird jedes Jahr behandelt. Der vorliegende Band beschäftigt sich nun mit drei Fragenkreisen, von denen der zweite und dritte sehr viel weniger Raum einnehmen als der erste. Sie behandeln das Thema „Internationale Organisation“, d. h. Haager Gericht und Kellogg-Pakt (der Völkerbund fehlt bezeichnenderweise!) und die

Einwanderungsfrage. Auf 100 Seiten findet sich alles Wesentliche zum Einwanderungsproblem gesagt: eine höchst aufschlußreiche Zusammenfassung! — Der Hauptteil des Bandes aber ist Westindien und Mittelamerika gewidmet. Hier findet sich in übersichtlicher historisch-politischer Darstellung eine amerikanische Geopolitik des karibischen Raumes, geordnet nach den einzelnen Einflußgebieten: zuerst Kuba und Haiti, dann die mittelamerikanischen Republiken. Wer sich bewußt bleibt, daß ihm hier die nordamerikanische Auffassung mittelamerikanischer Politik gezeigt wird, der wird aus der Darstellung etwa des Eingreifens in die kubanische Innenpolitik (Bryan-Chamorro-Abkommen, General Crowder usw.) oder der Probleme rund um den Nicaraguakanal vieles erfahren und vieles lernen können.

Dix, Arthur. Weltkrise und Kolonialpolitik. Berlin, Paul Neff, 1932.

Ein Buch, das sich schwer auf eine Formel bringen läßt. Es enthält Betrachtungen zur Kolonialgeschichte vor allem Afrikas und speziell zur deutschen Kolonialpolitik; von der Weltkrise ist nur im Titel die Rede. Die Darlegungen, die in den bekannten Kolonialforderungen enden, sind ohne eigentlichen inneren Aufbau, mehr eine Aufsatzfolge als ein Buch. Die beigegebenen Bilder sind gut gewählt; die Textskizzen mangelhaft.

Katz, Richard. Schnaps, Kokain und Lamas. Berlin, Ullstein, 1931.

Wer an gut geschriebenen Schilderungen fremder Erdteile Freude hat, braucht sich durch den etwas aufdringlichen Titel dieses Buches nicht abschrecken lassen. Es enthält Augenblicksbilder aus Südamerika, gesehen mit den Augen eines Journalisten, der auf immerhin nicht ganz neuen Wegen ein scharfer und im Verhältnis zu manchen anderen seiner Zunft auch gründlicher Beobachter ist.

Don Fernando de Alva Ixtlilxochitl. Das Buch der Könige von Tezcuco. (Herausgeb. G. Bonte.) Leipzig, Brockhaus, 1930.

Der hübsch ausgestattete kleine Band enthält in geschickter Auswahl eine der wichtigsten Quellschriften zur Geschichte und Kulturgeschichte des mexikanischen Hochlandes in dem der spanischen Eroberung vorangehenden Jahrhundert.

Ehrenburg, Ilja. Spanien heute. Berlin, Malik, 1932. RM. 3,20.

Wer vom Lande Spanien so gut wie nichts, vom spanischen Menschen mehr Falsches als Richtiges erfahren will, aber den Wunsch hat, einen blinden Fanatismus kennenzulernen, der von Grund auf unfähig ist, sich in den Geist eines fremden Landes einzufühlen; wer sich außerdem für die unerquicklichen Resentiments eines bekannten revolutionären Schriftstellers interessiert, — der greife zu diesem Buch über Spanien.

v. Loesch, Harald. Die Mir-Verfassung. Berlin, Parey, 1932. RM. 4,80.

Gegenüber den unklaren Vorstellungen, die vielfach über den „Mir“ und seine historische Bedeutung bestehen, ist es ein Verdienst, wenn einmal gewisse Grundzüge der russischen Agrargeschichte zusammenhängend dargestellt

werden. Der Verf. stellt nach einem Überblick über die geschichtliche Herkunft der Mir-Verfassung — wie vieles ist davon unsicher und umstritten! — deren Höhepunkt vor der Stolypinschen Reform in klaren Zügen vor Augen; er schildert den Eingriff Stolypins, die Auflösung des „Mir“, und das eigentümliche Hin und Her der Kriegs- und Revolutionsjahre. Ein etwas summarischer Überblick über die Agrarpolitik der konsolidierten Sowjetregierung beschließt das Ganze.

Mehnert, Klaus. Die Jugend in Sowjetrußland. Berlin, S. Fischer, 1932.

Menschen, die zwischen den Völkern stehen, mit der Aufgabe, die selbstverständliche Zugehörigkeit zu dem einen nicht zu verlieren, das andere verstehen zu wollen — die haben es schwer. Die meisten zerbrechen daran. Wenn einer nun eine solche Lage fruchtbar macht, es fertigbringt, beiderseits anerkannter Mittler zu sein, so horcht man auf, schon wenn es sich um Völker ein- und desselben Kulturkreises handelt. Wieviel mehr, wenn einer es unternimmt, das junge Rußland von heute zu verdolmetschen — aus freundlicher Gesinnung heraus, aber doch nicht kritiklos. Was Mehnert von der russischen Jugend berichtet, zeugt von genauer Kenntnis und scharfer Beobachtung — und von ehrlichem Mühen um einen eigenen Weg.

Ullmann, Hermann. Kolonisation oder Zerstörung. München, Callwey, 1932. RM. 1,80.

Dieses „Tagebuch einer russischen Reise“ stellt seinem Verfasser sowohl als beobachtendem wie als nachdenkendem Geist ein Zeugnis von besonderen Qualitäten aus. Vorurteilsfreie Beobachtung, ruhiges Abwägen des Gesehenen und Gehörten, Gefühl für das Unwägbare, Sicherheit des eigenen geistigen Standorts und ausgesprochene Fähigkeiten des Schilderns geben dem schmalen Band sein besonderes Gewicht.

Brutskus, Boris. Der Fünfjahresplan und seine Erfüllung. Leipzig, Deutsche Wissenschaftliche Buchhandlung, 1932.

Eine kurze, kritische Betrachtung der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, maßvoll in der Form, durchaus ablehnend im Inhalt. Die Entwicklung des letzten Jahres gibt dem Verf. in vielen Punkten recht.

Kummer, Ludwig und Elfriede. Das Land ohne Sonntag.

Schilderung einer Autoreise durch Armenien, Georgien, Teile Südrußlands und der Ukraine; mit vielen Hemmnissen und mancher Gelegenheit zu guter Beobachtung; dargebracht in lockerer, angenehm lesbarer Form.

Oppenheim, Max Frhr. von. Der Tell Halaf. Leipzig, Brockhaus, 1931.

Übersichtliche und glänzend illustrierte Darstellung der bedeutsamen archäologischen Forschungen des Verfassers im ältesten Mesopotamien. Manche Streiflichter fallen auch auf Vorkriegs- und Gegenwartszustände.

Müller, Eugen. Judentum und Zionismus.

Köln, Bachem, 1931. RM. 3,60.

Eine Betrachtung der Judenfrage, die zwei Vorzüge hat: sie wahrt die gute Form, und sie geht von einer durchaus in sich geschlossenen Haltung aus: der des Katholiken, dem Palästina heiliges Land ist. Zum Schluß kommt Müller zu einer ausgesprochenen Verurteilung des Zionismus. Wenn eine Kritik geübt werden soll, dann vielleicht die, daß die Verwendung des fleißig gesammelten Materials etwas kritischer sein könnte — eine Anmerkung, die freilich anderen Werken zur Judenfrage in sehr viel höherem Maß gemacht werden muß.

Stolz, Otto. Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden. 3. Band, in 2 Teilen. München, Oldenbourg, 1932. RM. 16,50 und RM. 12,50.

Das bedeutende Werk des Innsbrucker Historikers, dessen erster Band eine allgemeine Übersicht über die Entwicklung der deutsch-italienischen Grenzbeziehungen im Etschgebiet, dessen zweiter eine genaue Untersuchung des Deutschtums im Bozener Unterland gebracht hatte, ist nun um einen weiteren Band bereichert, der in tiefgründiger Untersuchung die Entwicklung des Deutschtums in und um Bozen und Meran behandelt. Er ist zugleich eine Geschichte des Deutsch-

tums und des Deutschbewußtseins in Südtirol; streng, gewissenhaft und bis zum Letzten überzeugend.

Grothe, Hugo. Die deutsche Sprachinsel Gottschee in Slowenien. Münster, Aschendorff, 1931. Br. RM. 10,50, Ln. RM. 12.

Eine breit angelegte volkskundliche Beschreibung der deutschen Karst-Sprachinsel Gottschee, die in ihrer geographischen Abgeschlossenheit viel eigentümliches Kulturgut bewahrt hat. Die Schilderung geht von zahlreichen eigenen Beobachtungen aus; historische Quellen sind benutzt; das Geographische tritt stark zurück. Skizzen, Kärtchen und Bilder dienen der Illustrierung.

Rohmeder, Wilhelm. Das Deutschtum in Südtirol. München, Lehmann, 1932.

Neben dem streng wissenschaftlichen Werk von Stolz, das sich der Vollendung nähert, steht der Nachlaßband des alten Vorkämpfers Rohmeder in einem volkstümlicheren Gewand. Er berichtet in einem ersten Abschnitt — entlang bekannten Linien — die Entwicklungsgeschichte des deutschen Volkstums in Südtirol und behandelt in einem zweiten einzelne Landschaften, vor allem die Gebiete deutschen Volkstums südlich der durch die Salurner Klause ziehenden Grenze des geschlossenen Sprachgebietes.

Friis, Achton. Wilde weite Arktis. Stuttgart, Engelhorn, 1932.

Ein Teilnehmer der „Danmark“-Expedition berichtet lebhaft und farbig seine Eindrücke und Erlebnisse in Ostgrönland.

Byrd, Richard Evelyn. Flieger über dem sechsten Erdteil. Leipzig, Brockhaus, 1931.

Der Bericht über die amerikanische Südpolarexpedition 1928–30, der sich in deutscher Übersetzung gut und fesselnd liest, zeigt die modernsten Methoden der Polarforschung, aber zugleich auch ihre Grenzen an dem Beispiel von „Little America“ und der von dort ausgeführten Erkundungsflüge.

Ein neues Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik

JOHANNES F. GELLERT

Die politisch-geographische Entwicklung und Struktur BULGARIENS

10. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik

8°, 45 Seiten, 6 Karten. Kartoniert 2.60

INHALT: Einleitung. Die politische Entwicklung auf der Balkanhalbinsel. — Das bulgarische Interessengebiet und die räumliche Entwicklung der bulgarischen Reiche. 1. Das bulgarische Interessengebiet. 2. Das ostbulgarische Zarenreich. 3. Das westbulgarische Zarenreich. 4. Das donaubulgarische (nordbulgarische) Zarenreich. 5. Das bulgarische Kulturgebiet (Kirchengebiet) in Mittelalter und Neuzeit. 6. Das neue hochbulgarische Zarenreich. — Geographische Motive in der bulgarischen Geschichte. — Die politisch-geographische Struktur Bulgariens und seiner Landschaften. — Zusammenfassung und Schlussergebnis. — Literaturverzeichnis.

DIE BEIHEFTE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

- | | |
|--|---|
| 1. Hesse, F.: <i>Die Mossulfrage</i> / 1925 / 68 S., 4 Karten. 2.80 | 6. Koch-Weser, E.: <i>Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit 1919—1929</i> / 1930 / 148 S. Kartoniert 2.—, Leinen 3.20 |
| 2. Langhans-Ratzburg, M.: <i>Begriff und Aufgaben der geographischen Rechtswissenschaft (Geojurisprudenz)</i> / 1928 / 78 S., 5 Karten. 3.20 | 7. Seyfullah, I.: <i>Italien im östlichen Mittelmeer. Eine politische Studie über die Bedeutung der anatolischen Küsteninseln</i> / 1930 / 92 S., 14 Karten und Skizzen 3.20 |
| 3. Hobelsperger, A.: <i>Europa im Abstieg / Weltpolitik und Weltwirtschaft seit 1913</i> / 1928/70 S., 2 Karten, 13 farbige Tafeln 4.— | 8. Cohn, Josef: <i>England und Palästina. Ein Beitrag zur englischen Empire-Politik</i> / 1931 / 328 S. Kartoniert 5.50, Leinen 6.80 |
| 4. Gattineau, H. I. C.: <i>Verstädterung und Arbeiterherrschaft. Ergebnisse einer kritischen Betrachtung der australischen Verhältnisse. Mit Vorworten von A. Frowein und K. Haushofer</i> / 1929 / 246 S., 8 graph. Darst. Kartoniert 6.80, Leinen 7.60 | 9. Burgdörfer, Fr.: <i>Volk ohne Jugend, Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers</i> / 1932 / 448 S., 28 Karten und Skizzen. Kartoniert 7.80, Leinen 9.50 |
| 5. Harmsen, H., u. K. C. von Loesch: <i>Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum</i> / 1929 / 92 S., 4 Abb. 3.— | 10. Gellert, J. F.: <i>Die politisch-geographische Entwicklung und Struktur Bulgariens</i> / 1933 / 45 S., 6 Kartenskizzen 2.60 |

Kurt Vowinkel Verlag GmbH · Berlin-Grünwald

Bestellkettel auf der Rückseite

VORANZEIGE

In Kürze erscheinen bei mir zwei grundlegende agrarpolitische Werke:

FRIEDRICH BURGDÖRFER STADT ODER LAND?

*Bevölkerungsdynamische Grundlinien der künftigen
deutschen Agrar-Siedlungs- und Wirtschaftspolitik*

Nach einem Überblick über die Bevölkerungsentwicklung im Reichsgebiet, die Bilanz der Wanderungsbewegung, die zukünftige Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land gipfelt die Untersuchung in den drei Abschnitten:

- VI. Künftige Entwicklung der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung unter dem Einfluß von Geburtenrückgang und Landflucht.
- VII. Bevölkerungsentwicklung und landwirtschaftlicher Absatzmarkt.
 - 1. Bevölkerungszahl und Verbrauchskapazität.
 - 2. Wandlungen der Familiengröße und ihre Auswirkungen auf den Nahrungsmittelverbrauch.
- VIII. Industrie- oder Agrarstaat?
 - 1. Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsstruktur.
 - 2. Wandel der Wirtschaftsstruktur in der veränderten Bevölkerungsdynamik.
 - 3. Wirtschaft und Volkstum.
 - 4. Wirtschaftspolitische Aufgaben im schrumpfenden Volk.
 - 5. Die ländliche Siedlung.
 - 6. Schlußfolgerungen.

Großoktav (Format der Zeitschrift), ca. 200 Seiten. Kartoniert ca. 4.80, Leinen ca. 5.80

✱

PETER QUANTE

DIE FLUCHT AUS DER LANDWIRTSCHAFT

*Umfang und Ursachen der ländlichen Abwanderung
dargestellt auf Grund neueren Tatsachenmaterials*

Der Verfasser geht von der unbefriedigenden Erscheinung aus, daß der heftige politische und wissenschaftliche Streit um die Gründe der Landflucht und um die Maßnahmen zu ihrer Verhinderung seit Jahren ausgefochten wird, ohne daß auch nur die Tatsachen der Abwanderung vom Land genügend bekannt sind. Diese Tatsachen nun gibt der Verfasser auf Grund seiner Arbeiten im Preußischen Statistischen Landesamt nach einer Darstellung der bisherigen Anschauungen über die Gründe der Landflucht. In einer scharfen Auseinandersetzung mit den Theorien von Oppenheimer entwickelt er zum Schluß die eigene, auf Tatsachen gestützte Ansicht.

Oktav, ca. 400 Seiten. Kartoniert ca. 5.60, Leinen ca. 6.80

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

Aus dem KURT VOWINCKEL VERLAG · BERLIN-GRUNEWALD
☐ Beil. 10: Bestell. ich
☐ Burgdörfer, Stadt oder Land? 2.60
☐ Quante, Flucht. Kart. 5.60, Leinen 6.80
Name: _____
Anschrift: _____